D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 6
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

12. Februar 1982
Preis 1,80 DM

Das ,,Beschäftigungsprogramm" der Regierung

Wenn das kein Kuckucksei ist!

Von Friedemann Bleicher

Wie soll man sich zu dem ,,Beschäftigungsprogramm", das die Bundesregierung nunmehr nach langem Sträuben und langem Hin und Her beschlossen hat, stellen? Ist es trotz aller Kritik im Detail in seinen beschäftigungswirksamen Ansätzen nutzbar? Soll man sich also vor einer pauschalen Ablehnung hüten? Ins Rollen gebracht hat den Stein der DGB, das ist sicher; ohne seine Initiative wäre wohl gar nichts geschehen. Er hat sich jetzt entschieden, mit dem Ergebnis zu leben, und er will die damit gegebenen politischen Möglichkeiten und beschäftigungspolitischen Impulse aufgreifen. Seine Begründung: Die Gewerkschaften könnten nicht eine Koalitionsregierung in Frage stellen, ,,die jedenfalls etwas tut, während die Opposition zur Zeit ein beschäftigungspolitisches Konzept vermissen läßt" (Vetter).

Nimmt man bloß das Programm für sich, so mag man sich angesichts des gerade mit der ,,Operation '82" eingesteckten Schlags kaum länger damit aufhalten. Die Rezepte sind abgestanden, die Wirkung auf die Beschäftigung wird allenfalls gering sein. Etwas anders stellt sich die Sache dar, wenn man sie im Zusammenhang sieht. Dann tut man wohl gut daran, in der sogenannten ,,Gemeinschaftsinitiative" ein Kuckucksei zu sehen, das erst noch richtig ausgebrütet wird.

Sucht man die Konzeption, die die CDU mehr, die SPD etwas weniger verfolgt, so bietet sich ein Blick in das letzte Jahresgutachten des Sachverständigenrates an. Dort nämlich sind die Hebel entwickelt, die den Profit wieder flott machen sollen. Konzentration auf die Industrie, Einschränkung aller anderen Bereiche ist der erste Eckpunkt dieses Konzepts. Daher die Forderung nach Kürzung der öffentlichen Haushalte durch Senkung der Sozial-, aber auch der Personalausgaben. Denn letztlich geht die Finanzierung der öffentlichen Haushalte zu Lasten des Industrieprofits – der aber soll für Investitionen, das heißt für Kapitalakkumulation frei werden.

Die Investitionen sollen zum zweiten dadurch gesteigert werden, daß jeder Zuwachs des materiellen Reichtums hierfür reserviert bleibt. Für die Löhne bedeutet dies, daß in den nächsten Jahren eine Erhöhung des Reallohns in jedem Fall ausgeschlossen bleibt. Für den Produktionsapparat bedeutet dies, daß eine Verlagerung stattfinden muß zwischen den beiden großen Abteilungen zugunsten der Investitionsgüterproduktion (Maschinenbau usw.) und zu Lasten der Konsumgüterproduktion (Nahrungsmittel usw.). Drittens schließlich werden breitangelegte Rationalisierungen und Innovationen verlangt, denn das westdeutsche Kapital hat sich auf dem Weltmarkt zu bewähren und kann eine erhöhte Warenmenge zum Teil auch nur dort absetzen.

So etwa sieht das ,,Beschäftigungsprogramm" aus, das sich das westdeutsche Kapital für sich vorstellt, und seine ökonomische Schranke findet es allenfalls in der notwendigen Expansion des gesamten Weltmarktes. Sein ,,Erfolg" hängt davon ab, ob es politisch durchgesetzt werden kann. Kann es durchgesetzt werden, so ist ein neuerlicher kapitalistischer Aufschwung jedenfalls nicht unmöglich, die Verhältnisse in diesem Land sind dann aber andere. Denn es setzt eine entscheidende Niederlage der Arbeiterbewegung voraus und baut auf eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse für die Massen. Und das Unangenehme ist, daß sich die jetzige ,,Gemeinschaftsinitiative" der Bundesregierung als Einstieg in die erstrebte Umwälzung erweisen könnte, keinesfalls aber als Hemmschuh.

Staatliche Maßnahmen sollen nämlich diese Umwälzung befördern. An vorderster Stelle steht die steuerliche Förderung der Investitionen. Gesetz geworden ist bereits die degressive Abschreibung, was den Unternehmen bis 1985 12,5 Mrd. DM bringt. Der Sachverständigenrat hat dies begrüßt und eine ganze Latte weiterer Forderungen erhoben. Kühl stellt er dann fest: ,,Mehr Investitionsförderung bringt Steuerausfälle mit sich ... Daher ist zu bedenken, wie diese Steuerausfälle ersetzt werden können. Sie müssen im wesentlichen wohl durch Steuererhöhungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Angehoben werden müßten diejenigen Steuern, die am wenigsten wachstumshemmend sind, weil sonst die positiven Wirkungen einer steuerlichen Entlastung von Investitionen teilweise wieder zunichte gemacht werden. Zu diesen Steuern zählen die Mehrwertsteuer und die Verbrauchssteuern." Aus ,,verteilungspolitischen Gründen" ließe sich eine solche Umschichtung im Steuersystem wohl am besten ,,im Zusammenhang mit allfälligen Steuersenkungsmaßnahmen bei der Lohn- und Einkommenssteuer bewerkstelligen".

Und eben diese Umschichtung des Steuersystems verfolgt die Bundesregierung mit ihren Beschlüssen, bloß daß sie eben über ein halbes Jahr gestreckt ist. Die Absicht besteht darin, alles Einkommen, das investiert wird, steuerfrei zu machen, während die Last der Finanzierung aller Staatsausgaben ganz auf das dem persönlichen Konsum zur Verfügung stehende Einkommen gelegt wird. Als Kapital angelegtes Einkommen, also alle Investitionen, sind von der Mehrwertsteuer ganz befreit, während jede Ware, die in den Verbrauch geht, durch sie mit einem Preisaufschlag von dann 14% (jetzt noch 13%) belegt wird. Die Umschichtung des Steuersystems von der Einkommens- zur Mehrwertsteuer steht in vollkommenem Widerspruch zur Forderung nach progressiver Besteuerung von Einkommen und Vermögen.

Und das ganze ist eben nicht bloß eine Änderung des Steuersystems, sondern Teil einer Wende im Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Auch CDU/CSU lehnen die Regierungsbeschlüsse ja nicht grundsätzlich ab, sondern wollen erstens *vorab* weitere Sozialleistungen gesenkt sehen, zweitens mit dieser Forderung die FDP locken und die Koalition spalten. Für die Absichten der CDU ist die ,,Gemeinschaftsinitiative" mehr Vorbereitung als Schranke, das sollte man nicht übersehen. Zusätzlich zu den sonstigen Gemeinheiten, die diese neueste Operation bereithält.

Die US-Militärausgaben sollen um 18 Prozent steigen, die Sozialausgaben erneut um über 30 Milliarden Dollar gekürzt werden – das sind die Eckpunkte des US-Haushaltsplans für 1983, den die Regierung jetzt vorgelegt hat. Finanzminister Reagan demonstriert hier die erwarteten Einnahmen. (siehe Seite 8)

Landtagswahlen Hessen:

Wird ein einheitliches Vorgehen möglich sein?

anm.Frankfurt. Nach der Ablehnung des Volksbegehrens durch den Staatsgerichtshof hat sich die Diskussion um die Landtagswahlen in Hessen deutlich intensiviert. Von einigen, zum großen Teil den Grünen, werden die Landtagswahlen und die Wahl der Grünen jetzt als *das Mittel* hingestellt, um die politischen Kräfteverhältnisse zu verändern. Von großen Teilen der Bewegung wird angestrebt, die im Kampf gegen die Startbahn hergestellten Verbindungen und Kampferfahrungen zu nutzen, um in diesen Wahlen die Möglichkeit zu haben, nicht nur gegen die Börnersche Politik zu votieren, sondern auch bessere Bedingungen für den Kampf gegen die Regierung herzustellen.

Ein Mittel im Kampf gegen die Startbahn kann die Landtagswahl sicher nicht sein: Bestenfalls können sich die politischen Kräfte, die in diesem Kampf und anderen gewonnen wurden, in den Wahlen ausdrücken. Dabei springt immer mehr ins Auge, daß die alleinige Kandidatur der Grünen das nicht leisten kann. Der Börnersche Einwurf am Sonntag, die Grünen seien nicht dazu in der Lage, ein eigenständiges Programm zu entwerfen und würden sich mit anderen Kräften total überwerfen, der Sieg der SPD in den Landtagswahlen sei daher sicher, ist nicht nur eine Zweckbehauptung. Es ist schon davon auszugehen, daß die Grünen ein Programm zu den Landtagswahlen zumindest unter sich verabschieden werden. Zu bezweifeln ist aber, ob der bisherige Verlauf der Vorbereitung der Wahlen das Ergebnis haben wird, daß die mit der Politik der SPD unzufriedenen Teile der Arbeiterbewegung sowie auch die Startbahnbewegung sich in diesen Wahlen ausdrücken können.

Die Landesmitgliederversammlung der Grünen, an der 200 der 2000 hessischen Mitglieder teilnahmen, hat am Sonntag den ersten Teil des Landtagswahlprogramms verabschiedet. Eindeutig wird versucht, in dem Programm nach links zu gehen und sich auch für Teile der Arbeiterbewegung wählbar zu machen. Der Wirtschaftsteil des Programms erhebt den Anspruch, eine radikale Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft zu leisten und konkrete Alternativen aufzuzeigen, inwieweit jetzt Schritte zum Beispiel gegen die Arbeitslosigkeit unternommen werden können. Es hat den Anspruch zu zeigen, daß ökologisch nicht heißen muß oder nicht heißt, gegen die Arbeiterbewegung oder gegen die elementaren ökonomischen Interessen der Arbeiter zu sein. Für die Grünen ist das ein Fortschritt, auch wenn der Anspruch, der erhoben wird, am Programm noch näher untersucht werden muß. An anderer Stelle auf dieser Landesmitgliederversammlung konnte man aber feststellen, wie weit entfernt, trotz dieser positiven Entwicklung, die Grünen als Partei von den Erfahrungen und der Tradition und auch den Bedingungen des Kampfes der Arbeiterbewegung in der BRD sind.

Ein Antrag, im Programm positiv das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zu verankern, wurde abgelehnt, weil man nicht ausschließen könne, daß neben den bestehenden Gewerkschaften andere ins Leben gerufen werden sollten. Nicht, daß die Grünen das vorhätten. Aber es zeigt doch, daß sie weit davon entfernt sind, die Frontbildung, die es gibt und die ja gerade in den Gewerkschaften sich weiter entwickelt mit dem Ziel, die Selbständigkeit der Ge-

Fortsetzung Seite 2

Die US-Militärausgaben sollen um 18 Prozent steigen, die Sozialausgaben erneut um über 30 Milliarden Dollar gekürzt werden – das sind die Eckpunkte des US-Haushaltsplans für 1983, den die Regierung jetzt vorgelegt hat. Finanzminister Reagan demonstriert hier die erwarteten Einnahmen. (siehe Seite 8)

Landtagswahlen Hessen:

Wird ein einheitliches Vorgehen möglich sein?

Protest in Südafrika

bep. Schwarze Gewerkschaften in Azania (Südafrika) haben zu einer halbstündigen Arbeitsniederlegung am heutigen Donnerstag aufgerufen. Der Streik soll Ausdruck der Trauer um den Gewerkschaftsfunktionär Dr. Neill Aggutt sein, der letzte Woche tot in einer Zelle des Polizeipräsidiums in Johannesburg aufgefunden worden war; zugleich ist er eine Protestdemonstration gegen das südafrikanische System der Sicherheitsgesetze und die von der Polizei angewandten und von der Regierung geförderten Methoden. Aggutt, ein Weißer, hatte zuletzt den Aufbau einer nicht offiziell registrierten Gewerkschaft schwarzer Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie in der Provinz Transvaal betrieben.

Aggutts Gewerkschaft, die ,,African Food and Canning Workers Union", gehört zu den Gewerkschaften, die schwarze Arbeiter organisieren und sich bisher nicht von der Regierung haben lizensieren lassen. Diese Registrierung ist zwar Voraussetzung für Anerkennung als Verhandlungspartner, sie bedeutet jedoch behördliche Kontrolle aller Aktivitäten und der Mitgliederlisten, Anerkennung der prinzipiellen Trennung der Gewerkschaften nach Rassengruppen, Genehmigungspflicht für Streiks. Überhaupt erst seit 1979 können die schwarzen Arbeiter Gewerkschaften gründen und die Registrierung beantragen. Die Mehrzahl der schwarzen Gewerkschaften verweigert die Registrierung. Anders als die Mitgliedsgewerkschaften des offiziell anerkannten Gewerkschaftsrats Südafrikas, die größtenteils rassisch getrennt organisiert sind, verfolgen die schwarzen Gewerkschaften auch politische Ziele; Ende letzten Jahres hat die Regierung den Druck auf diese Gewerkschaften verstärkt.

Neill Aggutt wurde am 28. November letzten Jahres zusammen mit 17 anderen festgenommen. Er wurde 69 Tage in Einzelhaft gehalten und verhört, ohne einen Rechtsanwalt sprechen zu dürfen. Seine Familie hatte nur ein einziges Mal, für eine halbe Stunde, Gelegenheit, ihn zu sehen. Jetzt behauptet die Polizei, er habe sich erhängt. Eine offizielle Erklärung der Regierung steht noch aus. Die südafrikanische Polizei kann jedermann, den sie politischer Delikte verdächtigt, beliebig lange unter Ausschluß der Gerichte inhaftieren. Politische Häftlinge werden bedroht und gefoltert. Seit 1963 sind offiziell 46 Menschen in Polizeihaft ums Leben gekommen. Aggutt war der erste Weiße unter ihnen. Am bekanntesten wurde der Tod des Bürgerrechtlers Steve Biko, der im September 1977 in seiner Zelle schweren Gehirnverletzungen erlag. Bis heute sind seine Mörder nicht belangt worden.

Realpolitik auf griechisch

cof. Enttäuschung ja, aber keine Fluchtbewegung weg von Pasok und Papandreou sieht der unterlegene Wahlkampfrivale Rallis. Die Taktik Papandreous, als *enfant terrible* eine „unabhängige, wirklich mehrdimensionale Außenpolitik“ egal in welchem Gremium zu vertreten, genießt offenbar weithin Unterstützung, auch bei den zwei Millionen Griechen, die gegen ihn stimmten.

So ging zum ersten Mal in den 33 Jahren des Bestehens der NATO eine Tagung des Ausschusses für Verteidigungsplanung im Dezember ohne Kommuniqué auseinander, weil der griechische Ministerpräsident den Hinweis aufgenommen wissen wollte, die NATO müsse eine Garantie für den Schutz der Grenzen Griechenlands gegen mögliche Aggressionen des NATO-Mitglieds Türkei leisten. Ehe das nicht geschehe, sei die Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration der NATO „suspendiert“. Tags zuvor schon hatte Papandreou für die Verlängerung des Treffens der Eurogroup um einen Tag gesorgt. Erst nach einem längeren Gespräch mit US-Verteidigungsminister Weinberger mochte er die Schlußerklärung samt Begrüßung des spanischen Antrags auf NATO-Mitgliedschaft unterschreiben – wenngleich die Antwort der USA auf die wiederholt vorgetragene Forderung, der Türkei nicht wie bisher mehr militärische Hilfe zu geben als Griechenland – das gegenwärtige Verhältnis der US-Hilfe liege bei 10:7 zugunsten der türkischen Militärs – noch aussteht.

Hier wie in der Frage der EG-Mitgliedschaft beharrt die sozialistische Regierung auf einem Sonderstatus: „Wir haben Lärm geschlagen, die Probleme abgesteckt und deutliche Signale ausgesandt. Jetzt kann mit Europäern und Amerikanern der Dialog zur Problemlösung beginnen.“ Zu diesen Signalen gehört auch, was böse Zungen Schaukelpolitik nennen: z.B. die Rückberufung eines Staatssekretärs, der ohne ausdrückliche Weisung eine Polen-Erklärung der NATO-Versammlung in Brüssel unterschrieb – und andererseits die Identifizierung mit Solidarność vor ein paar Tagen. Dazu gehört der Anspruch, daß das Mittelmeer den Völkern gehören müsse, die dort leben, ohne die Präsenz der Flotten der Großmächte und ohne militärische Übungen, die in dieser empfindlichen und leicht entzündbaren Region eine Gefahr für den Frieden darstellten – während andererseits der Sowjetunion gestattet wird, Handels- und Versorgungsschiffe, die teils zur Eskadra gehören, auf einer Ägäis-Insel zu reparieren. Irritiert sind die westlichen Verbündeten von Schritten wie der Gewährung der ersten diplomatischen Vertretung der PLO und der Einladung an Arafat, der inzwischen Ehrenbürger der Stadt Athen ist, sowie von der Opposition gegen europäische Kontingente für die vom Camp-David-Abkommen vorgesehene Sinai-Friedenstruppe und das Ausscheren aus der Front der EG-Länder und der USA, die in der UNO gegen die Verurteilung Israels wegen der Annexion der Golan-Höhen stimmten.

Der angestrebte Dialog zur Problemlösung will deshalb nicht so recht in Gang kommen. Aus der Position der Stärke zeigte sich Schmidt beim Staatsbesuch aus Griechenland reserviert gegenüber der erwarteten Vermittlerrolle in Sachen Türkei und EG; weniger kühl waren die Reaktionen auf die in Aussicht gestellten Waffenkäufe. 60 bis 100 Kampfflugzeuge will Griechenland erwerben. Flugs hat Apel trotz der angespannten Haushaltslage weitere Militärhilfe in Aussicht gestellt.

In der Pasok selber scheinen sich allerdings in den letzten Wochen die Stimmen zu mehren, die eine stringentere Politik verlangen. So fragten Intellektuelle in der Pasok-freundlichen Tageszeitung „Tribüne“, wie sich die griechischen Sozialisten – ausgehend von der Polenfrage – zum „real existierenden Sozialismus“ stellen sollten, einem System, das „den Sozialismus weitgehend aufhebt.“ Und eine „revolutionäre Stimmung“ empfand Papandreou auf der Versammlung von 4000 Funktionären seiner Bewegung im Athener Sportstadion am vorletzten Sonntag. „Hier und jetzt“ solle der für 1983 angekündigte erste Kongreß der Pasok stattfinden. An „vergessene“ Wahlkampflosungen: „Raus aus der NATO und der EG“ wurde hörbar erinnert. Man müsse den Notwendigkeiten der Politik Rechnung tragen, entgegnete der Regierungschef, der einerseits die Linken zu beruhigen und gleichzeitig klarzumachen suchte, daß sich die Bewegung in die Regierungstätigkeit nicht einzumischen habe.

Fortsetzung von Seite 1

Landtagswahlen Hessen ...

werkschaften gegen Parteiabhängigkeit etc. zu stärken, auszudrücken. Auch der folgende Bericht über die Versammlung in Darmstadt, der einerseits symptomatisch für die Diskussionen in Hessen über die Landtagswahl ist, andererseits besonders insofern, daß doch beträchtliche Teile der Linken in der Arbeiterbewegung beginnen, sich über diese Fragen auseinanderzusetzen, zeigt das Dilemma: Große Teile der Grünen vollziehen offensichtlich das noch nicht einmal nach, was zumindest jetzt auf der Mitgliederversammlung als Programm beschlossen wurde.

Das fördert nicht nur die SPD, sondern z.B. auch das im Trüben-Fischen der DKP (die ja bereits ihre Landesliste aufgestellt hat), statt sie in wesentlichen Fragen wie Polen in die Enge und vielleicht auch auf eine richtige Position zu treiben. Es ist wahr, die Aussichten, ein breiteres Bündnis zu den Landtagswahlen in Hessen herzustellen, sind schlecht. Es wäre auch nicht richtig, die Konfrontation in der Frage: Grüne oder alternative Liste zu suchen. Sie ist bestimmt fruchtlos. Der Fortschritt kann darin bestehen, durch intensivere Diskussion über die gesellschaftlichen Perspektiven, die durchaus von den Themen her im Programmvorschlag der Grünen angesprochen sind, einige Schritte vorwärts zu kommen. Sonst besteht die Gefahr, daß es bei der grünen Kandidatur (bei der es formal sicher bleiben wird) auch weitgehend inhaltlich bleibt, gerade auch von Kräften her, die sich auf sie beziehen werden. Den Sieg der SPD bedeutet das wohl weniger als starkere Gewinne für die CDU.

doe.Darmstadt. Schätzungsweise rund 600 Leute waren am vergangenen Donnerstag dem Aufruf einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften und Mitgliedern der BI „Keine Startbahn West“ gefolgt, um die Perspektiven im Einigungsprozeß der Kräfte gegen die etablierten Parteien im hessischen Landtag zu diskutieren. Andere, die kommen wollten, sind der Veranstaltung fern geblieben, nachdem sie in der Presse gelesen hatten, daß Alexander Schubart bei den Grünen kandidieren und seine Begründung auf der Veranstaltung kundtun wolle.

Außer den Vertretern der Grünen waren an nennenswerten organisierten Kräften die DKP und Vertreter der USD Darmstadt anwesend. Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung war stark vertreten; Betriebsräte und Vertrauensleute der wichtigsten Darmstädter Betriebe und Öffentlichen Dienste waren gekommen.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte A. Schubart erneut die zwei Möglichkeiten dar – Alternatives Bündnis oder offene Grüne Liste –, sprach sich für die Schaffung eines fundamental-radikalen breiten Bündnisses aller Kräfte aus, allerdings seien die Struksturen und die Zeit dafür nicht vorhanden. Deshalb sei ihm die Möglichkeit der offenen grünen Liste am realistischsten und habe er sich für eine Kandidatur bei den Grünen entschieden. Auch gelte es, die Glaubwürdigkeit wieder herzustellen (womit er sich noch einmal gegen die „Chaoten“ und militanten Kräfte in der Bewegung abgrenzte). Die Rede Schubarts hatte zur Folge, daß sich lange Schlangen an den zwei Saalmikrofonen bildeten.

Sowohl die Grünen als auch A. Schubart wurden hart kritisiert. Die ersteren dafür, die Bewegung gegen die Startbahn West vereinnahmen zu wollen, der zweite, daß er mit seiner Entscheidung die Vereinheitlichung der Kräfte über das grüne Konzept hinaus erschwere und dies im Gegensatz zu unserem Ziel im Landtagwahlkampf stehe. Der Vertreter der Grünen ging nur insofern auf ihr Programm ein, als er zum Wirtschaftsprogramm Ausführungen gegen die berechtigten Forderungen nach Lohnerhöhungen machte und – den Vorstellungen eines Teils der Grünen folgend – einen Umdenkungsprozeß in der Bevölkerung verlangte. Die Gewerkschaften selber würden wie die „Wachstumsparteien“ den Wachstumsprozeß in Gang halten und dies müsse abgelehnt werden.

Diese Äußerungen sind erneut auf harte Kritik der Versammelten gestoßen. Für die DKP war es der Anlaß, sich als Partei und Bündnispartner in ein Alternatives Wahlbündnis einzubringen, indem sie sich in die Tradition der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellte und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt rückte. Ein Meinungsbild per Abstimmung sprach sich mit überwältigender Mehrheit für das weitere Arbeiten an einem Alternativen Bündnis aus und gegen die Kandidatur auf der Programmatik der Grünen als Partei. Festgelegt wurde, daß in Arbeitsgruppen Schwerpunkte eines Programms zu den Landtagswahlen erarbeitet werden und weitere Diskussionsveranstaltungen stattfinden sollen. Am Montag waren ca. 30 Leute zu einer Einschätzung der Veranstaltung und zur Bildung von Arbeitsgruppen in der Technischen Hochschule erschienen. Zu den Themenkomplexen Wirtschaftspolitik, Krieg und Frieden und Demokratische Rechte wurde mit der Materialsammlung begonnen und sollen am kommenden Montag die Grundzüge einer alternativen Politik weiter diskutiert werden, in Vorbereitung weiterer Diskussionsveranstaltungen auf breiter Basis und unter Einschluß aller Kräfte.

Das ist
ein Haus, ~~das~~ mit dem die
Neue Heimat
rechtlich einwandfrei
und standesgemäß Albert Vietor
saniert.

Eine Anzeige der „Neuen Heimat“, aus „Einigkeit“ 2/82, Gewerkschaft NGG.

Original oder Fälschung?

MV der IG Druck und Papier Brief an die Bundesregierung

Bremen. „Am vergangenen Dienstag ... die Schlußerklärung samt Begrüßung des spanischen Antrags auf NATO-Mitgliedschaft unterschreiben – wenngleich die Antwort der USA auf die wiederholt vorgetragene Forderung, der Türkei nicht wie bisher mehr militärische Hilfe zu geben als Griechenland – das gegenwärtige Verhältnis der US-Hilfe liege bei 10:7 zugunsten der türkischen Militärs – noch aussteht.

Hier wie in der Frage der EG-Mitgliedschaft beharrt die sozialistische Regierung auf einem Sonderstatus: „Wir haben Lärm geschlagen, die Probleme abgesteckt und deutliche Signale ausgesandt. Jetzt kann mit Europäern und Amerikanern der Dialog zur Problemlösung beginnen.“ Zu diesen Signalen gehört auch, was böse Zungen Schaukelpolitik nennen: z.B. die Rückberufung eines Staatssekretärs, der ohne ausdrückliche Weisung eine Polen-Erklärung der NATO-Versammlung in Brüssel unterschrieb – und andererseits die Identifizierung mit Solidarność vor ein paar Tagen. Dazu gehört der Anspruch, daß das Mittelmeer den Völkern gehören müsse, die dort leben, ohne die Präsenz der Flotten der Großmächte und ohne militärische Übungen, die in dieser

von der Bundesregierung beschworen wird, kann nicht in weiterem Lohnabbau bestehen, sondern nur im weiteren Eintreten für eine wirtschaftspolitische ... zeuge will Griechenland erwerben. Flugs hat Apel trotz der angespannten Haushaltslage weitere Militärhilfe in Aussicht gestellt.

In der Pasok selber scheinen sich allerdings in den letzten Wochen die Stimmen zu mehren, die eine stringentere Politik verlangen. So fragten Intellektuelle in der Pasok-freundlichen Tageszeitung „Tribüne“, wie sich die griechischen Sozialisten – ausgehend von der Polenfrage – zum „real existierenden Sozialismus“ stellen sollten, einem System, das „den Sozialismus weitgehend aufhebt.“ Und eine „revolutionäre Stimmung“ empfand Papandreou auf der Versammlung von 4000 Funktionären seiner Bewegung im Athener Sportstadion am vorletzten Sonntag. „Hier und jetzt“ solle der für 1983 angekündigte erste Kongreß der Pasok stattfinden. An „vergessene“ Wahlkampflosungen: „Raus aus der NATO und der EG“ wurde hörbar erinnert. Man müsse den Notwendigkeiten der Politik Rechnung tragen, entgegnete der Regierungschef, der einerseits die Linken zu beruhigen und gleichzeitig klarzumachen suchte, daß sich die Bewegung in die Regierungstätigkeit nicht einzumischen habe.

Recht über die bei ihnen Beschäftigten – eine besondere christliche Verpflichtung der Beschäftigten, die sich ja gegenüber früher nicht geändert haben ... daß es bei der grünen Kandidatur (bei der es formal sicher bleiben wird) auch weitgehend inhaltlich bleibt, gerade auch von Kräften her, die sich auf sie beziehen werden. Den Sieg der SPD bedeutet das wohl weniger als starkere Gewinne für die CDU.

doe.Darmstadt. Schätzungsweise rund 600 Leute waren am vergangenen Don-

chen der Khomeiny-Herrschaft im Iran auf. „Drei Jahre nach seinem siegreichen Aufstand vom Februar 1979 wird das iranische Volk von einer Diktatur ... grenzte). Die Rede Schubarts hatte zur Folge, daß sich lange Schlangen an den zwei Saalmikrofonen bildeten.

Sowohl die Grünen als auch A. Schubart wurden hart kritisiert. Die ersteren dafür, die Bewegung gegen die Startbahn West vereinnahmen zu wollen, der zweite, daß er mit seiner Entscheidung die Vereinheitlichung der

lungstag zu erfahren. Der Rechtsanwalt des Angeklagten, Heinrich Hannover, will auf das Recht auf Zeugenbefragung allerdings nicht verzichten. ... Hochschule erschienen. Zu den Themenkomplexen Wirtschaftspolitik, Krieg und Frieden und Demokratische Rechte wurde mit der Materialsammlung begonnen und sollen am kommenden Montag die Grundzüge einer alternativen Politik weiter diskutiert werden, in Vorbereitung weiterer Diskussionsveranstaltungen auf breiter Basis und unter Einschluß aller Kräfte.

Das ist ein Haus, mit dem die Neue Heimat rechtlich einwandfrei und standesgemäß Albert Vietor saniert.

Eine Anzeige der „Neuen Heimat“, aus „Einigkeit“ 2/82, Gewerkschaft NGG.

Original oder Fälschung?

MV der IG Druck und Papier Brief an die Bundesregierung

Bremen. „Am vergangenen Dienstag haben in Bremen mehrere tausend Gewerkschafter demonstriert. Wir sind eingetreten für die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß die Gesellschaft große Zukunftsausgaben wie Energieeinsparung, Umweltschutz, Wohnungsbau usw. gerade dann in Angriff nehmen muß, wenn sie über die Gewinnerwartungen und -interessen des Kapitals hinausgehen, um so auch die lastende Arbeitslosigkeit zu mindern. Wir sind dafür eingetreten, daß dafür die überschüssigen Gelder der Reichen und Besitzenden herangezogen werden und nicht Löhne, Gehälter und Renten (Ergänzungsabgabe).

Wir stellen fest, daß die Beschlüsse der Bundesregierung unseren Forderungen nicht gerecht werden, ja ihnen weitgehend widersprechen. In der Hauptsache zielen sie auf Lockungen für die Unternehmen mit höherem Gewinn; mit den Kosten wird wie schon bei der „Operation“ 82 die arbeitende Bevölkerung belastet. Von der Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Ermunterung zu Mietsteigerungen und den Rentenkürzungen werden die Mitbürger betroffen, die es ohnehin am schwersten haben.

Das ist keine „Gemeinschaftsinitiative“, sondern der Versuch, die Gewerkschaftsbewegung durch den Druck von Verhältnissen, für die sie keine Verantwortung trägt, zum Zurückweichen zu zwingen. Unsere „Solidarität“ mit den Arbeitslosen, die von der Bundesregierung beschworen wird, kann nicht in weiterem Lohnabbau bestehen, sondern nur im weiteren Eintreten für eine wirtschaftspolitische Wende, die sich an den Interessen der großen arbeitenden Mehrheit der Gesellschaft orientiert und nicht an dem privaten Gewinninteresse einiger weniger. Das ist die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung sowie aller Parteien, die sich mit ihr verbunden fühlen.“

Einstimmig am 7.2. verabschiedet.

Übergang auf kirchlichen Träger – BVG außer Kraft

kvz. 1974 übernahm die Johanniter-Gesellschaft, eine kirchliche Einrichtung, eine Kinderklinik und ein im Bau befindliches Altenkrankenhaus vom Rhein-Sieg-Kreis einschließlich der Beschäftigten. Diese wählten im April 1978 einen Betriebsrat. Das Landesarbeitsgericht hielt dies, entgegen der Auffassung der Johanniter-Gesellschaft, für rechtens. Die von einem weltlichen Träger übernommenen Anstalten würden nicht schon durch den Übergang auf einen kirchlichen Träger zu kirchlichen Einrichtungen. Das Bundesarbeitsgericht hat jetzt diese Entscheidung revidiert. „Es sei Teil der den Kirchen durch das Grundgesetz gewährten Autonomie, darüber frei zu bestimmen, ob sie auch mit noch nicht zu einer christlichen Dienstgemeinschaft zusammengefaßten Arbeitnehmern in der Welt wirken wollen.“ (Pressemitteilung des Bundesarbeitsgerichts) Der „Tendenzschutzparagraph“ gewährt den Kirchen volles Recht über die bei ihnen Beschäftigten – eine besondere christliche Verpflichtung der Beschäftigten, die sich ja gegenüber früher nicht geändert haben, ist nicht nötig.

Strafen für Tragen von Anti-Strauß-Plaketten rechtswidrig

kvz. Vor seinem eigenen Verwaltungsgerichtshof mußte der Freistaat Bayern eine Niederlage einstecken: Christine Schanderl aus Regensburg und Dagmar Henn aus München hätten nicht von der Schule verwiesen bzw. eine Woche vom Unterricht ausgeschlossen werden dürfen. Beide hatten im Bundestagswahlkampf 1980 Anti-Strauß-Plaketten getragen und waren deshalb bestraft worden. „Eine ernsthafte Gefährdung oder überhaupt eine Gefährdung des Anstaltszwecks und des Schulfriedens ist durch das Tragen der Plakette nicht eingetreten“, so heißt es wörtlich in der Urteilsbegründung. Den beiden Betroffenen nützt diese Entscheidung allerdings wenig: D. Henn hat mittlerweile das Abitur gemacht, Christine Schanderl ist auf einer anderen Schule, kurz vor dem Abitur. Geblieben ist ihr eine Berühmtheit, die ihr, nach ihrer Auskunft, auch schon bei der Lehrstellensuche zu schaffen macht.

Demonstration gegen die Khomeiny-Herrschaft

kvz. Für den 20. Februar ruft das „Iran-Demonstrations-Komitee“ zu einer Demonstration gegen die Verbrechen der Khomeiny-Herrschaft im Iran auf. „Drei Jahre nach seinem siegreichen Aufstand vom Februar 1979 wird das iranische Volk von einer Diktatur unterdrückt, die noch grausamer und unmenschlicher ist als das Schah-Regime“, so beginnt der Aufruf. Der Aufruf richtet sich nicht nur gegen die Unterdrückung des Volkes und die organisierte Ausrottung des demokratischen Widerstandes und tritt für eine „neue Ordnung im Iran, in der das Volk sein Schicksal unabhängig und frei selbst gestalten kann“ ein, er wendet sich auch gegen jegliche materielle Hilfe für das Khomeiny-Regime, das westeuropäische und japanische Banken um Kredite in Höhe von mehreren Milliarden Dollar gebeten hat. Kontaktadresse ist der AStA der Universität Köln, Universitätsstraße 16, 5000 Köln 41.

Hauptzeugin darf nicht aussagen

kvz. Vor einem Schöffengericht begann jetzt der erste Prozeß gegen einen derjenigen, die in Bremen im Juli vergangenen Jahres die Beobachtung einer Wohnung durch den Verfassungsschutz aufdecken und dabei auch Materialien über Verfassungsschützer erobern konnten. Die wichtigste Zeugin in dem Prozeß allerdings, eine der enttarnten Verfassungsschützerinnen, die angeblich überfallen und beraubt wurde, erhielt keine Aussagegenehmigung. Sie arbeite inzwischen in einem anderen Bundesland und habe ihr Äußeres verändert, so war am ersten Verhandlungstag zu erfahren. Der Rechtsanwalt des Angeklagten, Heinrich Hannover, will auf das Recht auf Zeugenbefragung allerdings nicht verzichten. Sie könne ja notfalls mit Maske und Kapuze auftreten.

mine · Termine · Te

Februar

- **12. Westberlin.** Internationale Berliner Filmfestspiele, bis 23.2.
- **14. Westberlin.** Kongreß für klinische Psychologie und Psychotherapie. Veranstalter: DGVT, GwG, bis 19.2
- **20. Bonn.** Demonstration gegen die Unterdrückung im Iran anläßlich des 3. Jahrestages des Sturzes des Schah-Regimes
- **24. Neu Delhi.** Treffen der Entwicklungsländer, bis 26.2.
- **26. Osnabrück.** Bundesjugendkonferenz der NGG, bis 28.2.
  Bad Godesberg. Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, bis 28.2.
- **27. Offenbach.** Internationale Lederwarenmesse, bis 2.3.
  Frankfurt. Internationale Frankfurter Messe, bis 3.3.

Eine Mitarbeit an diesem Terminkalender durch Zusendung von entsprechenden Terminen ist erwünscht.

ne · Termine · Tern

,,Die Fabrik könnt ihr zerstören, die Bewegung nicht''

Am Mittwoch, den 10.2. hat die Stadt Bochum die besetzte BO-Fabrik räumen lassen und mit dem Abriß begonnen. Sie zerschlug damit den vierten (und bisher fortgeschrittensten) Versuch der ,,Bewegung für ein autonomes Kulturzentrum'', sich einen Ort zu schaffen, an dem neue Möglichkeiten von Zusammenschlüssen, sowohl politisch wie auch kulturell realisiert werden könnten.

rw.Bochum. ,,Schluß mit der Baggerpolitik – wir bleiben in der BO-Fabrik! In der SPD sind Kriminelle – sperrt den Hossiep in die Zelle!'' Zwei der Parolen, die am 28.1. auf der Ratssitzung vor den verstörten Ratsvätern zum besten gegeben wurden.

Denn geplant hatten die, ihre Sitzung vor geladenen Gästen abzuhalten und den Abriß der BO-Fabrik – mangels Argumenten und wegen dem hohen politischen Druck – in aller Stille zu beschließen. Später dann wurde dennoch beschlossen. 67:4 (FDP):1 (SPD) für den Abriß, nachdem die Stadtväter den Ratssaal durch Polizeispalier verließen.

Angefangen hatte die ganze Sache sowieso damit, daß ein klammheimlich geplanter Abrißtermin Anfang Dezember durch Indiskretion an die Öffentlichkeit kam. Daraufhin hatte die ,,Bewegung für eine autonomes Kulturzentrum'' öffentlich auf Plakaten zur Besetzung der BO-Fabrik aufgerufen, nach der Aufführung des Schauspiels ,,Die Hausbesetzer''. Diese ungewöhnliche Taktik war darum möglich, weil einerseits durch Flugblätter und Aktionen viele Leute angesprochen und mobilisiert werden konnten, gemeinsam gegen die Stadt vorzugehen, und andererseits ist die städtische Politik zur BO-Fabrik seit jeher höchst brisant. Früher war die BO-Fabrik mal eine Eisenhütte des Heinzmann-Konzerns, dann, nachdem die Stadtväter viele Jugendzentren in den Stadtteilen glattgemacht hatte, zog sie 1976 mit dem Jugendzentrum BO-Fabrik in den Wahlfang, 1979 wurde daraus eine 3. Spielstätte für das Schauspielhaus. Als Aufführungsort der ,,Heiligen Johanna der Schlachthöfe'' wurde sie weithin bekannt, und von vornherein gab es eine breite und politisch bunte Front für ihren Erhalt. Außerdem rührte sich zu diesem Zeitpunkt das Schauspielhaus von seiner Seite aus überhaupt nicht, wir aber benötigten dringend ein Zentrum. Denn die Vollversammlung fand nach Abriß der besetzten Seiffert-Fabrik Anfang August im Bildungs- und Verwaltungszentrum, einem Teil des Rathauses, statt. Umlagert von Videokameras und Zivilpolizei konnten von dort aus schlecht Aktionen geplant werden, geschweige denn offene, politische Debatten und Arbeitsgruppen stattfinden. Diese Möglichkeiten gab es jedoch wieder mit der BO-Fabrik

nach der Aufführung des Schauspiels ,,Die Hausbesetzer''. Diese ungewöhnliche Taktik war darum möglich, weil einerseits durch Flugblätter und Aktionen viele Leute angesprochen und mobilisiert werden konnten, gemeinsam gegen die Stadt vorzugehen, und andererseits ist die städtische Politik zur BO-Fabrik seit jeher höchst brisant. Früher war die BO-Fabrik mal eine Eisenhütte des Heinzmann-Konzerns, dann, nachdem die Stadtväter viele Jugendzentren in den Stadtteilen glattgemacht hatte, zog sie 1976 mit dem Jugendzentrum BO-Fabrik in den Wahlfang, 1979 wurde daraus eine 3. Spielstätte für das Schauspielhaus. Als Aufführungsort der ,,Heiligen Johanna der Schlachthöfe'' wurde sie weithin bekannt, und von vornherein gab es eine breite und politisch bunte Front für ihren Erhalt. Außerdem rührte sich zu diesem Zeitpunkt das Schauspielhaus von seiner Seite aus überhaupt nicht, wir aber benötigten dringend ein Zentrum. Denn die Vollversammlung fand nach Abriß der besetzten Seiffert-Fabrik Anfang August im Bildungs- und Verwaltungszentrum, einem Teil des Rathauses, statt. Umlagert von Videokameras und Zivilpolizei konnten von dort aus schlecht Aktionen geplant werden, geschweige denn offene, politische Debatten und Arbeitsgruppen stattfinden. Diese Möglichkeiten gab es jedoch wieder mit der BO-Fabrik

und ihrer gemeinsamen Nutzung durch Initiativen und Komitees, das Schauspielhaus und uns.

Sofort wurden Kneipe, Küche und Cafe in der BO-Fabrik eröffnet, Arbeitsgruppen eingerichtet (Stadtsanierung, Ermittlung, Kunst, Zeitung usw.), traten Bochumer Bands und Kabarettgruppen auf. Auch die Westfälische Schauspielschule hatte zwei Aufführungen ihres Stückes: ,,Bei aller Liebe''. Es fanden Veranstaltungen statt zur Sanierungspolitik der Stadt Bochum, zu Polen und zur Startbahn West, eine große Kulturveranstaltung mit 2500 Besuchern bei ,,Ton, Steine, Scherben'' oder einem unerwarteten Auftritt der ,,Drei Tornados'' in einer der vielen angesagten Räumungsnächte.

Vorderansicht der besetzten BO-Fabrik, ehemals Bochumer Eisenhütte

Die Stadt beginnt dagegen Ende Dezember eine Taktik des kalten Abrisses, indem sie Strom und Heizung kappte.

Nach einer – zugegebenen etwas bescheidenen – Silvesterfête kam die Bewegung jedoch wieder steil aus dem Gebüsch hervor: Am 5. Januar wurde die SPD-Zentrale in der Innenstadt besetzt. Transparente: ,,Heizung und Strom für die BO-Fabrik'', Scheinwerfer und Flugblätter machten auf die Belagerung aufmerksam. ,,Wir bleiben auf jeden Fall solange, bis in der Fabrik Strom und Heizung wieder laufen – oder ihr müßt die Bullen holen.'' Um Gesagtes zu unterstreichen, breiteten sich die Besetzer über das ganze Büro aus, Kinder malten, Musik lief, ebenso die Biere und Säfte, die Fabrikküche sorgte für die Verpflegung. Voller Einsatz, allerdings auch gehöriges Druckmittel gegen die Stadt, die durch spektakulären Polizeieinsatz und offene Repression bislang nur draufgezahlt

Liebe''. Es fanden Veranstaltungen statt zur Sanierungspolitik der Stadt Bochum, zu Polen und zur Startbahn West, eine große Kulturveranstaltung mit 2500 Besuchern bei ,,Ton, Steine, Scherben'' oder einem unerwarteten Auftritt der ,,Drei Tornados'' in einer der vielen angesagten Räumungsnächte.

Die Stadt beginnt dagegen Ende Dezember eine Taktik des kalten Abrisses, indem sie Strom und Heizung kappte.

Nach einer – zugegebenen etwas bescheidenen – Silvesterfête kam die Bewegung jedoch wieder steil aus dem Gebüsch hervor: Am 5. Januar wurde die SPD-Zentrale in der Innenstadt besetzt. Transparente: ,,Heizung und Strom für die BO-Fabrik'', Scheinwerfer und Flugblätter machten auf die Belagerung aufmerksam. ,,Wir bleiben auf jeden Fall solange, bis in der Fabrik Strom und Heizung wieder laufen – oder ihr müßt die Bullen holen.'' Um Gesagtes zu unterstreichen, breiteten sich die Besetzer über das ganze Büro aus, Kinder malten, Musik lief, ebenso die Biere und Säfte, die Fabrikküche sorgte für die Verpflegung. Voller Einsatz, allerdings auch gehöriges Druckmittel gegen die Stadt, die durch spektakulären Polizeieinsatz und offene Repression bislang nur draufgezahlt

hat. (Nebenbei: OB Eikelbeck, dessen integratives Image seit den Sommerauseinandersetzungen schon angeknackst war, war für die Dauer des Streits eigens weit weg nach Afrika geschickt worden.) Und so mußte es auf der eilig einberufenen Spitzensitzung in den Räumen der Städtischen Sparkasse auch hoch hergegangen sein. Nach sechs Stunden ging in der BO-Fabrik Strom und Heizung wieder an. Ein voller Erfolg für die Bochumer Bewegung mit einer bislang nie gewagten Unternehmung, von der die einzelnen von uns in Initiativen, Komitees, Parteien usw. bisher nur geträumt hatten. Das konnte die Stadt auch nur schlecht wegstecken. Die Reaktionäre und Chefredakteure kriegten sich tagelang nicht ein, von einer radikalen Minder-

ler Erfolg für die Bochumer Bewegung mit einer bislang nie gewagten Unternehmung, von der die einzelnen von uns in Initiativen, Komitees, Parteien usw. bisher nur geträumt hatten. Das konnte die Stadt auch nur schlecht wegstecken. Die Reaktionäre und Chefredakteure kriegten sich tagelang nicht ein, von einer radikalen Minder-

heit zu reden, die man gefälligst wie Kriminelle zu behandeln habe, statt ihnen noch weiter den Strom wieder anzudrehen.

Selbstverwaltungs- und Autonomiediskussion

Manchmal steigen Erfolge ja zu Kopfe oder aber gibt es solche Einschätzungen, die nur von der ,,Repression schlechthin'' leben und hinter jedem Zugeständnis der Obrigkeit einen Rechtsrutsch der Bewegung wittern. Auf jeden Fall ging genau nach dieser erfolgreichen Aktion eine Debatte vom Zaun, daß der Bewegung die Autonomie flöten ginge, einige Drahtzieher nur ihre Politik umsetzen wollten und darum alle anderen als Handlanger zu benutzen suchten. Festgemacht wurde das ganze an Absprachen untereinander, an von der Vollversammlung festgelegten Öffnungszeiten für das Zentrum sowie für Cafe und Kneipe, und daß sich nun auch noch ein ,,Gremium'' installiert habe, das die Halle fege und Klos reinige, statt die Putzgerätschaften frei herumstehen zu lassen, damit alle nach Lust und Laune ihrem Bedürfnis nach Sauberkeit autonom und spontan frönen könnten. Sicherlich ist es eine Schwierigkeit, unter dem bestehenden Räumungs- und Abrißdruck einen kontinuierlichen Informationsfluß zu gewährleisten, Debatten und Arbeitskreise zu organisieren, um eine breite, gleichberechtigte Diskussion zu ermöglichen, ebenso wie ein ein richtiges Maß von Eigeninitiative und Organisation zu finden. Aber auf Selbstlauf und spontane Einfälle zu hoffen, wenn auf der Gegenseite die gesamte SPD-Mafia und Reaktionäre ihr Vorgehen absprechen, ist geradezu tödlich.

Diese Debatte geht noch weiter und wird sich auch fortan in der Bewegung fortsetzen. Es ist auf der anderen Seite jedoch auch ein großer Pluspunkt, daß es so viele relativ geschlossene Aktionen gab und gibt, eine gute und originelle Öffentlichkeitsarbeit, daß es so viele politisch unterschiedliche Leute, die sich jahrelang nur voneinander abgegrenzt und angegiftet hatten, geschafft haben, die Stadt zu enttarnen, massiv unter Druck zu setzen und ihr Zugeständnisse abzuverlangen. Und auch, wenn viele diese Erfolge noch gar nicht richtig würdigen – die Stadt hat da schon viel besser unsere Stärke erkannt.

Die Bewegung bringt einiges ins Rollen

Die SPD-Stadtführung, die bislang mit der Bochumer Linken ganz gut leben konnte, war von der neuen Entwicklung im Sommer einigermaßen überrascht worden. Damals reagierte sie noch mit einer gewissen Nachgiebigkeit, um den ersten Druck aufzufangen, gestand ,,Versäumnisse und Fehler'' ein und machte Vorschläge für ,,ganz konkrete Hilfe bei der Realisierung selbständiger Projekte''. Seither hat es offensichtlich ,,Erkenntnisse'' gegeben, die herauszufinden sich zwischenzeitlich auch das BKA bemühte. Die Stadt hat richtig erkannt, daß es

sie noch mit einer gewissen Nachgiebigkeit, um den ersten Druck aufzufangen, gestand ,,Versäumnisse und Fehler'' ein und machte Vorschläge für ,,ganz konkrete Hilfe bei der Realisierung selbständiger Projekte''. Seither hat es offensichtlich ,,Erkenntnisse'' gegeben, die herauszufinden sich zwischenzeitlich auch das BKA bemühte. Die Stadt hat richtig erkannt, daß es

der Mehrheit der Bewegung keineswegs um das Zentrum an sich ging, sondern u.a. um einen weiteren Zusammenschluß und einen Ausgangspunkt, von dem aus weitere gesellschaftliche Positionen, politisch wie kulturell, erobert werden könnten.

Die Publikationen der Bewegung ließen in dieser Hinsicht auch keine Unklarheit: Neue Standards strafrechtlich relevanter Angriffe gegen Staat, Kapital und Stadtfreaks wurden gesetzt, und je schärfer die Angriffe, um so beliebter war auch das Flugblattverteilen: Auflagen von 10000 in drei Tagen zu verteilen, ist in Spitzenzeiten kein Problem.

Die mafiaähnlichen Verstrickungen der seit eh und je regierenden SPD-Fürsten mit kommunalen und privaten Firmen kamen ans Licht, insbesondere die Aktivitäten des Fraktionsvorsitzenden Hossiep. Die Politik der von ihm dirigierten städtischen Wohnungsbaugesellschaft konnte auf einer Podiumsdiskussion mit der des Spekulanten Kaussen verglichen werden, ohne daß der anwesende Hossiep widersprach. In dieser Atmosphäre faßten sich auch andere Leute ein Herz, unzufriedene SPD-Mitglieder packten kleine und große ,,Unkorrektheiten'' aus, etwa die zügige geschäftliche Expansion des Baulöwen und SPD-Ratsherrn Buderus, unbeobachtete WAZ-Redakteure setzten – trotz Schreibverbots zu heißen Themen – zur richtigen Minute einen Artikel über den Spekulanten und SPD-Ratsherrn Semmler ab. Der hatte in der Innenstadt ein fünfstöckiges Wohnhaus dergestalt verfallen lassen, daß schon das Bauordnungsamt einschreiten mußte, angeblich weil er mit seinen anderen Hausprojekten und seinem Dortmunder Feudalhotel ,,Römischer Kaiser'' ausgelastet war. Aus unterrichteten Kreisen war zu hören, Semmler hätte vor der Veröffentlichung weinend in der WAZ-Redaktion gesessen und um Aufschub gebeten.

Auf der erwähnten Podiumsdiskussion zum Erhalt der BO-Fabrik, veranstaltet von einer linksliberalen Bürgerinitiative, konnte der Stadt außerdem die Bilanz der ungezügelten und ertragreichen Tätigkeit der Hossiepschen ,,Betonmafia'' vorgehalten werden: Mit 20% reiner Verkehrsfläche liegt Bochum an der Spitze der Stadtbetonierung landesweit. Auch bürgerliche Stadtplaner erklären Bochum zur häßlichsten Stadt weit und breit.

,,Kein Freiraum für Systemüberwinder''

Die Bewegung hatte also einiges ins Rollen gebracht. Spätestens nach der Podiumsdiskussion am 24.1., aber auch schon nach der erfolgreichen Besetzung der SPD-Zentrale, war den Stadtvätern klar, daß sie eine prinzipielle Entscheidung treffen mußten, um den um sich greifenden subversiven Umtrieben Einhalt zu gebieten. Am Tag nach der Podiumsdiskussion, bei der die Stadtväter sehr alt ausgesehen hatten, schaffte es Hossiep dann, seine Fraktion fast einstimmig für den Abriß der BO-Fabrik abstimmen zu lassen. Die CDU war sowieso dafür. Gemeinsame Basis der Entscheidung war die Erkenntnis, es handle sich bei dieser Szene um keine Geringeren als ,,Sy-

Umtrieben Einhalt zu gebieten. Am Tag nach der Podiumsdiskussion, bei der die Stadtväter sehr alt ausgesehen hatten, schaffte es Hossiep dann, seine Fraktion fast einstimmig für den Abriß der BO-Fabrik abstimmen zu lassen. Die CDU war sowieso dafür. Gemeinsame Basis der Entscheidung war die Erkenntnis, es handle sich bei dieser Szene um keine Geringeren als ,,Sy-

stemüberwinder, denen man Zucker in den Hintern blasen könne und die trotzdem keine Ruhe geben würden''. Kurz vor der Stadtratssitzung am Donnerstag schlug auch noch der SPD-Kumpan und DGB-Vorsitzende H. Müller im Alleingang zu (wie sich herausstellte). Trotz gegenteiliger Beschlüsse von GEW, DGB-Jugend und Bezirksjugenddelegiertenkonferenz der ÖTV verlangte Müller namens des DGB den Abriß der BO-Fabrik, worauf die Chefreaktionäre der Lokalpresse nur gewartet hatten. Schauspieldirekter Peymann geriet gleich mit ins Feuer (seine fristlose Kündigung steht an), nachdem er verspätet – und nach intensiven Debatten mit der Bewegung – auf den fahrenden Zug gegen die Stadtpolitik gesprungen war.

Zur Räumung waren dann termingerecht alle Medien eingenordet. Bei der WAZ durfte nur noch der Chefredakteur Wolf selbst berichten, das Westdeutsche Fernsehen hatte dem Reporter G. Bars die Berichterstattung entzogen. So konnten Räumung und Abriß am Mittwoch als gerechte Aktion dargestellt werden, zumal plötzlich 60 Sozialwohnungen und ein Kindergarten anstelle der Fabrik gebaut werden sollen. Nur, es gibt noch nicht einmal eine Bauplanung.

Über 1000 Demonstranten sind sofort am Abend gegen den Abriß auf die Straße gegangen.

Am 28.1. drang die ,,Bewegung für ein autonomes Jugendzentrum'' in die verriegelte Ratssitzung ein und forderte ,,Schluß mit der Baggerpolitik – wir bleiben in der BO-Fabrik''.

,,... und ihr lernt, daß es nur mit Gewalt geht und, daß ihr es selbst machen müßt''

Brecht, ,,Heilige Johanna'' und Inschrift an einer stehengebliebenen Wand der BO-Fabrik

Auf dem Gelände der Seiffert-Fabrik, die Anfang August abgerissen wurde, weil hier jetzt ein millionenschweres Zentralarbeitsamt entsteht.

Polen, die Blöcke und die Linke

Anmerkungen zur „Solidarität mit Solidarność“ / Von Ralf Fücks

1 Das rasante Aufblühen und die gewaltsame Erdrosselung der polnischen Reformbewegung haben nicht nur ein grelles Licht auf die Krise des „realen Sozialismus“ Osteuropas geworfen. Sie haben auch die wunden Punkte des westeuropäischen Sozialismus deutlich werden lassen. Der katholische, nationalistische, seinem Selbstverständnis nach antikommunistische Solidarność-Aktivist als Schlüsselfigur einer freiheitlichen Massenbewegung paßt nicht ins gängige linke Weltbild, das immer noch auf den traditionellen Fundamenten des „Staatseigentums“ und der „zentralen Planwirtschaft“ aufbaut. Pluralismus, Dezentralisierung, Selbstverwaltung und (direkte) Vergesellschaftung sind Leitbegriffe, die in den letzten 10, 12 Jahren *außerhalb* sozialistischer Organisationen aufgeworfen wurden. Insofern war Polen das jüngste Beispiel für die historische Tendenz, daß sich die modernen Emanzipationsbewegungen in Europa theoretisch und praktisch an den sozialistischen Parteien und Richtungen vorbei entwickeln.

2 Gleichzeitig ist das Defizit der sozialistischen Linken in Sachen europäischer Friedens- und Außenpolitik zutage getreten: über die vage Zielvorstellung eines atomwaffen- und blockfreien Europa hinaus hat die Linke keine selbständige Alternative zur Entspannungspolitik in ihrer sozialdemokratischen Fassung.

Die bisherige Diskussion, was denn „Solidarität mit Solidarność“ konkret zu heißen hat, belegt das allzu deutlich: Für die einen (Prototypen etwa Heinz Brandt und André Gorz) war Polen das letzte Alarmsignal, sich in die (erträumte) weltweite Einheitsfront gegen die UdSSR nach dem Muster der „Antihitlerkoalition“ einzureihen – eine Koalition, in der weder die Linke noch die Friedensbewegung den Ton angäben, sondern jene *Staaten*, die schon seit je die Sowjetunion als störendes Element in ihrer Weltordnung betrachten. Für diese Zeitgenossen ist die SPD/FDP-Regierung der Vorreiter der „Selbstfinnlandisierung“ der BRD, die innerlich schon vor dem Despoten des Ostens kapituliert hat und ängstlich ein Arrangement mit ihm sucht.

Für die anderen (den KB zum Beispiel) ist die NATO der eigentliche Aggressor in Polen, die West-Kredite sind Hauptursache der polnischen Misere und die Entspannungspolitik ist nur eine besonders raffinierte Methode der ökonomisch-politischen Kriegsführung des Westens gegen Osteuropa. „Solidarität mit Solidarność“ heißt in dieser Sicht *ausschließlich*, den Kampf gegen den eigenen Block fortzusetzen. Von denjenigen, die von vorneherein die Partei Jaruzelskis ergriffen haben, soll hier erst gar nicht die Rede sein: ihnen gegenüber muß die Fiktion einer lediglich durch einzelne Meinungsverschiedenheiten getrübten „Einheit der Linken“ aufgekündigt werden. Von den Seelenverwandten der Totengräber der polnischen Reformbewegung trennen mich nicht unterschiedliche Auffassungen über den *Weg* zum Sozialismus – uns trennen Welten in den gesellschaftlichen *Zielen*.

3 Hans-Gerhart Schmierer zieht in der Polen-Beilage zur KVZ vom 29.1. gegen den Flügel der Linken zu Felde, der die Aufrechterhaltung des europäischen status quo zum unveränderlichen Eckpfeiler der Friedenspolitik erklärt und sich damit der „Blocklogik“ unterwirft, statt sie zu durchbrechen. In dieser Sichtweise muß die militärische Konterrevolution in Polen von der Friedensbewegung als kleineres Übel gegenüber einer kriegsträchtigen Erschütterung des sowjetischen Machtbereichs toleriert werden – ein Argument, das sich unversehens als Rohrkrepierer erweist, wenn es um die Lösung der BRD aus der NATO geht.

Zudem: es ist gerade der status quo – die Vorherrschaft der beiden Supermächte über Europa als Stützpfeiler ihrer weltweiten Konkurrenz und als militärische Aufmarschzone – der die Kriegsgefahr in sich birgt. Die Verteidigung dieses status quo kann also nicht Bezugspunkt unserer Politik sein. So weit, so gut.

4 Indessen ist nicht zu übersehen, daß es zwei *entgegengesetze* Wege der „Revision von Jalta“* gibt: erstens die Neuaufteilung imperialer Einflußzonen zwischen den Großmächten, in letzter Instanz durch einen Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt; zweitens die Sprengung der Blöcke durch die Völker, das heißt aber: *von innen* statt von außen.

Es ist etwas sehr verschiedenes, ob die USA (bzw. die UdSSR) oder ob die Friedensbewegung die Aufteilung von Jalta in Frage stellt: im Fall der Supermächte bringt uns das dem Krieg einen entscheidenden Schritt näher; im Fall der Friedensbewegung handelt es sich gerade darum, dem *„eigenen“* Block den Gehorsam aufzukündigen und zugleich alle gleichgerichteten Bewegungen im „gegnerischen“ Lager nach Kräften zu unterstützen, um die beiden potentiellen Kriegskoalitionen von innen heraus zu untergraben. Der erste Weg zieht eine kriegsschwangere Verschärfung der Blockkonfrontation nach sich, der zweite zielt auf ihre Überwindung.

5 Prinzipiell gilt: wir können die eine Supermacht (egal welche) nicht bekämpfen, indem wir uns mit der anderen verbünden. Die alte Gleichung der Machtpolitik: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ ist für die Friedensbewegung tödlich: sie führt zum Verlust ihrer politischen Selbständigkeit und macht sie zum Werkzeug der Kriegsvorbereitungen der einen oder anderen Seite.

Wer heute glaubt, er könne den *imperialistischen* Gegensatz der NATO zum Warschauer Pakt für die Zwecke der Polen-Solidarität nutzen, indem er sich der Embargo-Propaganda der USA anschließt, wird in Wirklichkeit zum Handlanger der Konfrontationspolitik der westlichen Vormacht. Und die nützt weder der demokratischen Opposition in Osteuropa noch den progressiven Bewegungen hierzulande: je schroffer der Gegensatz zwischen den Blöcken ausgebildet ist, desto enger werden die Entwicklungsmöglichkeiten für soziale und nationale Emanzipationsbewegungen auf beiden Seiten der Blockgrenze.

6 Insofern hat die *Entspannungspolitik* tatsächlich die außenpolitischen Rahmenbedingungen geschaffen, unter denen sich die oppositionellen Massenbewegungen im Osten wie im Westen entfalten konnten. Gegenüber jenen, die sie jetzt für tot erklären, um zu einer Politik des (vorläufig noch) kalten Kriegs überzugehen, ist an ihren positiven Elementen unbedingt festzuhalten: Gewaltverzicht, Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, Entwicklung der politischen, kulturellen und ökonomischen Wechselbeziehungen zwischen beiden Teilen Europas (als Beziehungen zwischen *Völkern*, nicht nur zwischen Staaten). Die destabilisierende Wirkung, die von *dieser* Art Ostpolitik auf das Sowjetimperium ausgeht, ist ganz in Ordnung – solange wir gleichzeitig die Destabilisierung des NATO-Blocks betreiben und verhindern, daß dieser die innere Erosion des sowjetischen Machtbereichs militärisch nutzt.

7 Etwas anderes ist es, wenn jetzt die Falken des „freien Westens“ im Verein mit einer Politik der massiven Aufrüstung eine Politik der ökonomischen Kriegführung gegen die UdSSR in Gestalt eines weitgehenden Wirtschaftsboykotts propagieren: die Sowjetunion „totrüsten“ und das Feuer unter dem osteuropäischen Dampfkochtopf schüren.

Will jemand bestreiten, daß diese Spekulation auf den Zusammenbruch der sowjetischen Macht infolge des erhöhten militärisch-ökonomischen Drucks von außen *erstens* die Kriegsgefahr anheizt; *zweitens* die Lebensbedingungen der Massen in Osteuropa weiter verschlimmert; *drittens* die Zwangsverbündeten der UdSSR wieder enger an ihre Vormacht bindet; *viertens* die Unterdrückung jeder nationalen und demokratischen Opposition in Osteuropa zementiert; *fünftens* im Westen die politische Reaktion stärkt? Der Kurs der Friedensbewegung kann das jedenfalls nicht sein – es sei denn, sie wollte politischen Selbstmord begehen.

8 Wenn man davon ausgeht, daß die erdrückende Belastung der polnischen Ökonomie mit Zins- und Tilgungszahlungen für aufgelaufene Westkredite den innenpolitischen „Spielraum“ für Reformen noch weiter eingeschränkt hat, als dies aus Gründen der Selbsterhaltung des „realen Sozialismus“ ohnehin der Fall ist, folgt daraus umgekehrt, daß wirtschaftliche *Hilfe* für Polen am ehesten geeignet ist, äußere Bedingungen für die Lockerung des Kriegsrechts zu schaffen.

Konkret: Ein Moratorium für die westdeutschen Schulden Polens (Aussetzung der Zins- und Tilgungsraten), *geknüpft an die Bedingung*, daß die politischen Gefangenen freigelassen und Solidarność als unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft wiederhergestellt wird.

9 So oder so, die Aussichten für eine kurzfristigen Erfolg der in den Untergrund gedrängten polnischen Opposition sind gering. Die internationalen Bedingungen für einen grundlegenden Wandel in Polen können vermutlich nur entstehen, wenn gleichartige Bewegungen in anderen osteuropäischen Staaten aufbrechen und zugleich die Bestrebungen für Blockfreiheit in Westeuropa an Boden gewinnen.

Den demokratischen Widerstand in Osteuropa können wir materiell und publizistisch unterstützen. Das westliche Kriegsbündnis müssen wir selber sprengen. Beide Seiten zusammen sind praktische „Solidarität mit Solidarność“. *7.2.1982*

* In den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam am Ausgang des II. Weltkriegs steckten die alliierten Siegermächte ihre „Interessensphären“ in Europa und Asien ab.

Konzept des „zivilen Ungehorsams“ bietet viele Möglichkeiten des Widerstandes gegen die Startbahn West
Leserbrief zum Artikel: „Startbahn West: Wir sind nicht am Ende“ in KVZ 4/1982, Seite 1
Ohne die verallgemeinernde Kritik des Genossen, von dem der vorstehende Leserbrief
dazwischen liegt, trotz aller Verwischungen ein Graben, der übersprungen sein will.“
brachte der Hessische Rundfunk dummerweise schon in den 13 Uhr-Nachrichten, als es noch gar keinen Polizeikontakt gab.
Es ist eine grandiose Fehleinschätzung, zu schreiben: „Gegenwärtig besteht die Gefahr der Spaltung oder Abschreckung breiter Massen keineswegs in militanten Aktionen ... eher gibt es die Gefahr, durch Beschwörung der eigenen Friedfertigkeit vorhandene Möglichkeiten des politischen Vor-
Bremer Universität hatte von vornherein Charakter einer sozialdemokratischen Staatsuni
Leserbrief zum Artikel „1971 – 1981: Zehn Jahre Universität Bremen“ in KVZ 42/1981, Seite 15. Er ging ebenfalls an die „taz“
Leider erhielt ich erst vor kurzem Eure Artikel zum 10jährigen „Jubiläum“ der Uni Bremen. Einige Ergänzungen scheinen mir angebracht: In beiden Artikeln fehlt näm-
weit übertrifft. De facto ist also die Uni nachgeordnete Dienststelle der Wissenschaftsverwaltung.

„Solidarität mit Solidarność“ konkret zu heißen hat, belegt das allzu deutlich: Für die einen (Prototypen etwa Heinz Brandt und André Gorz) war Polen das letzte Alarmsignal, sich in die (erträumte) weltweite Einheitsfront gegen die UdSSR nach dem Muster der „Antihitlerkoalition“ einzureihen – eine Koalition, in der weder die Linke noch die Friedensbewegung den Ton angäben, sondern jene *Staaten*, die schon seit je die Sowjetunion als störendes Element in ihrer Weltordnung betrachten. Für diese Zeitgenossen ist die SPD/FDP-Regierung der Vorreiter der „Selbstfinnlandisierung“ der BRD, die innerlich schon vor dem Despoten des Ostens kapituliert hat und ängstlich ein Arrangement mit ihm sucht.

tik erklärt und sich damit der „Blocklogik“ unterwirft, statt sie zu durchbrechen. In dieser Sichtweise muß die militärische Konterrevolution in Polen von der Friedensbewegung als kleineres Übel gegenüber einer kriegsträchtigen Erschütterung des sowjetischen Machtbereichs toleriert werden – ein Argument, das sich unversehens als Rohrkrepierer erweist, wenn es um die Lösung der BRD aus der NATO geht.
Zudem: es ist gerade der status quo – die Vorherrschaft der beiden Supermächte über Europa als Stützpfeiler ihrer weltweiten Konkurrenz und als militärische Aufmarschzone – der die Kriegsgefahr in sich birgt. Die Verteidigung dieses status quo kann also nicht Bezugspunkt unserer Politik sein. So weit, so gut.

kämpfen, indem wir uns mit der anderen verbünden. Die alte Gleichung der Machtpolitik: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ ist für die Friedensbewegung tödlich: sie führt zum Verlust ihrer politischen Selbständigkeit und macht sie zum Werkzeug der Kriegsvorbereitungen der einen oder anderen Seite.
Wer heute glaubt, er könne den *imperialistischen* Gegensatz der NATO zum Warschauer Pakt für die Zwecke der Polen-Solidarität nutzen, indem er sich der Embargo-Propaganda der USA anschließt, wird in Wirklichkeit zum Handlanger der Konfrontationspolitik der westlichen Vormacht. Und die nützt weder der demokratischen Opposition in Osteuropa noch den progressiven Bewegungen hierzulande:

reichs militärisch nutzt.
7 Etwas anderes ist es, wenn jetzt die Falken des „freien Westens“ im Verein mit einer Politik der massiven Aufrüstung eine Politik der ökonomischen Kriegführung gegen die UdSSR in Gestalt eines weitgehenden Wirtschaftsboykotts propagieren: die Sowjetunion „totrüsten“ und das Feuer unter dem osteuropäischen Dampfkochtopf schüren.
Will jemand bestreiten, daß diese Spekulation auf den Zusammenbruch der sowjetischen Macht infolge des erhöhten militärisch-ökonomischen Drucks von außen *erstens* die Kriegsgefahr anheizt; *zweitens* die Lebensbedingungen der Massen in Osteuropa weiter verschlimmert; *drittens* die

Wandel in Polen können vermutlich nur entstehen, wenn gleichartige Bewegungen in anderen osteuropäischen Staaten aufbrechen und zugleich die Bestrebungen für Blockfreiheit in Westeuropa an Boden gewinnen.
Den demokratischen Widerstand in Osteuropa können wir materiell und publizistisch unterstützen. Das westliche Kriegsbündnis müssen wir selber sprengen. Beide Seiten zusammen sind praktische „Solidarität mit Solidarność“. 7.2.1982
* In den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam am Ausgang des II. Weltkriegs steckten die alliierten Siegermächte ihre „Interessensphären“ in Europa und Asien ab.

Konzept des „zivilen Ungehorsams“ bietet viele Möglichkeiten des Widerstandes gegen die Startbahn West

Leserbrief zum Artikel: „Startbahn West: Wir sind nicht am Ende“ in KVZ 4/1982, Seite 1

Ohne die verallgemeinernde Kritik des Genossen, von dem der vorstehende Leserbrief stammt, werten zu wollen, halten wir es doch für nützlich, in diesem Zusammenhang auf ein öfter auftretendes Mißverständnis hinzuweisen: Artikel in der KVZ geben in aller Regel die Meinung des Autors wieder, so wie dies auch für den Artikel des Genossen Schabram in Kommunismus und Klassenkampf 1/1982 zutrifft. Stellungnahmen, die die Meinung *des KBW* wiedergeben, könnten höchstens Beschlüsse der Bundesleitung oder entsprechender Organe sein, sie würden von uns entsprechend gekennzeichnet. Anders könnten wir keine Zeitung machen und schon gar nicht eine, in der auch die Debatte über verschiedene kontroverse Fragen möglich ist.

KVZ-Redaktion

Der Artikel von Günter Schabram über Soziale Verteidigung in Kommunismus und Klassenkampf 1/1982 hat mich zu folgender Kritik am KBW inspiriert:

Nach langen Krämpfen hat der KBW jetzt offen seinen Bankrott in der Frage der Linie im Kampf gegen die Startbahn West erklärt. In der KVZ 4/1982 reiht er sich in den Chor derer ein, die behaupten, die Startbahn West sei nicht mehr zu verhindern: „Ich selbst kann hier auch keinen konkreten Vorschlag machen, wie es politisch weitergehen kann ... selbst die kleinste Besserung scheint *heute* mit dem Kapitalismus unvereinbar.“

Von Anfang an bekämpfte der KBW das grundlegende Konzept der Bürgerinitiativen, nämlich den „gewaltfreien Widerstand“. Man witterte in ihm „Versöhnung mit dem Staatsapparat“ (anm., in dem klassischen Artikel im kvz-extra 1/1981). Als proletarischer Revolutionär hat man angeblich die Aufgabe, in die Bewegung radikale Forderungen und Kampfmittel hineinzutragen. Darin ist man sich auch mit dem Pflasterstrand einig: „Gewaltfreier Widerstand als demonstrativer Appell an die Demokratische Öffentlichkeit oder Revolte gegen institutionalisierte Gewalt – dazwischen liegt, trotz aller Verwischungen ein Graben, der übersprungen sein will.“ (Zustimmend zitiert in KVZ 2/1982, S. 3).

Der Kampf gegen die Startbahn West wird aber weder zum bewaffneten Aufstand führen noch zu einem befreiten Gebiet im Mörfelder Wald. Das wird auch von allen verbal anerkannt in der Formulierung: militärisch ist der Kampf nicht zu gewinnen. Dennoch wird ein Konzept, das gerade nichtmilitärische Mittel einsetzt, von revolutionär eingestellten Leuten abgelehnt. Obendrein warnen diejenigen Leute, die das Dogma der Militanz vertreten, noch schulmeisterlich vor Debatten über Gewalt!

In Wahrheit geht es nicht um Prinzipien, sondern um Formen des Widerstands im Klassenkampf heute. Der Revolution kommt man dadurch näher, daß man diese Fragen richtig löst und nicht, indem man Bewegungen nach „revolutionären Prinzipien“ modeln will. Die Revolutionäre sollten sich das richtige Konzept der Bürgerinitiativen, den gewaltfreien Widerstand zu eigen machen und für Einheit und Organisation in den konkreten Aktionen eintreten.

Das Konzept erschöpft sich keineswegs in „demonstrativen Appellen“, wie G. Schabram in seinem Aufsatz zeigt. Es hat den Vorteil, den Gegner mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Z.B. reichte allein die Ankündigung der Blockade des Frankfurter Flughafens, damit die Polizei den Flughafen so abriegelte, wie es die Demonstranten nicht hätten besser tun können. Der Staat, der doch Gewaltfreiheit proklamiert, wird als Urheber der Gewalt angegriffen. Die Hetze in der Presse etc. funktioniert doch nur, wenn den Startbahngegnern gewalttätige Angriffe auf die Polizei angehängt werden können. Die Landesregierung braucht den Krawall, das sah man wieder am letzten Samstag: Erst ließ die Polizei uns auf das Baugelände, dann griff sie an. Ihre vorfabrizierte Falschmeldung, die Polizeiabsperrungen seien mit Raketen und Steinen angegriffen worden, die ihr zur Rechtfertigung für ihren brutalen Knüppeleinsatz diente, brachte der Hessische Rundfunk dummerweise schon in den 13 Uhr-Nachrichten, als es noch gar keinen Polizeikontakt gab.

Es ist eine grandiose Fehleinschätzung, zu schreiben: „Gegenwärtig besteht die Gefahr der Spaltung oder Abschreckung breiter Massen keineswegs in militanten Aktionen ... eher gibt es die Gefahr, durch Beschwörung der eigenen Friedfertigkeit vorhandene Möglichkeiten des politischen Vorstoßes nicht zu nutzen.“ (kvz-extra 1/1982) Im Gegenteil bietet das Konzept des zivilen Ungehorsams, sozialer Verteidigung oder wie man es nennen mag noch viele weitere Möglichkeiten. Ebenso falsch: „Sicher ist, daß die Formel des gewaltfreien Widerstands bisher keine einzige taktische Frage des Kampfes gegen die Räumungs- und Baumaßnahmen der Polizei gelöst hat.“ Ein schlagendes Beispiel ist die Aktion der „Nackten“ am 7.11.1981, die die Front des Kabinetts spaltete, als Gries sich für Baustopp aussprechen mußte. Man erinnere sich, daß an diesem Wochenende SPD-Chef Brand nach Wiesbaden eingeflogen wurde, weil die Spaltung der SPD-Fraktion in dieser Frage drohte und verschiedene Ortsvereine sich für Baustopp ausgesprochen hatten. Die Lage wendete sich erst, als eine Woche später den Startbahngegnern die Schlacht am Flughafen aufgezwungen wurde.

Den Bau der Startbahn West „politisch nicht durchsetzbar“ zu machen heißt, ein richtiges Verhältnis von Widerstand vor Ort, Demonstrationen und Aktionen im ganzen Land und politischer Aufklärung zu schaffen. Die Landesregierung begründet den Bau der Startbahn mit dem Interesse der Mehrheit der Bevölkerung an Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum. Wenn diese Begründung erschüttert wird, wenn die Organisation der Arbeiter, der DGB diese Gründe verwirft und den Startbahnbau ablehnt ebenso wie andere wichtige gesellschaftliche Organe, und dies angesichts eines ungebrochenen Widerstandswillens der gesamten Bevölkerung vor Ort, dem nur mit massivem, ständigen Polizeieinsatz beizukommen ist, dann wird sich im Landtag keine Mehrheit mehr für dieses Projekt finden lassen.

Daß dies die Erarbeitung von Alternativen der Wirtschafts- und Verkehrspolitik einschließt, darin stimme ich mit der KVZ überein.

E.M., Wiesbaden

Bremer Universität hatte von vornherein Charakter einer sozialdemokratischen Staatsuni

Leserbrief zum Artikel „1971 – 1981: Zehn Jahre Universität Bremen“ in KVZ 42/1981, Seite 15. Er ging ebenfalls an die „taz“

Leider erhielt ich erst vor kurzem Eure Artikel zum 10jährigen „Jubiläum“ der Uni Bremen. Einige Ergänzungen scheinen mir angebracht: In beiden Artikeln fehlt nämlich ein Hinweis darauf, daß die Universität neben der Funktion, Integration von kritischem Potential der Studenten- und Assistentenbewegung zu leisten, von vornherein den Charakter einer sozialdemokratischen Staatsuni hatte. Darin bestand und besteht, meine ich, ihr Modellcharakter: eine Hochschule, bei der die staatliche Administration bis ins Innere der wissenschaftlichen Arbeit und der Ausbildungsinhalte hineinregiert, wie es in den traditionellen Universitäten mit ihrer relativen Ordinarienautonomie ganz undenkbar ist.

Das ist kein späterer Sündenfall, sondern war von Anfang an vorgesehen, als der Bremer Senat zahllose Berufungen aus politischen Gründen ablehnte. Das führte übrigens dazu, daß manche Leute in der Uni besonders schlau sein wollten und auf Berufungslisten hinter einen sehr guten, aber politisch fortschrittlichen Erstplazierten einen besonders schlechten Zweiten setzten, weil sie meinten, diesen vorzuziehen könne sich der Senat wohl nicht leisten – was er dennoch tat; und so kamen nicht wenige der minderqualifizierten Reaktionäre an die Uni – auf Wunsch können Namen genannt werden.

All dies wurde von den fortschrittlichen Uni-Leuten mit dem Argument geschluckt, zu retten, was zu retten wäre. Sie mußten dann erleben, wie vom Senat in Kooperation mit Parteigängern an der Uni, aber vielfach auch ganz willkürlich Studienordnungen erlassen wurden, die inhaltlich detaillierter und im Formellen repressiver sind als an den meisten anderen Hochschulen der BRD und diesbezüglich eher an Gepflogenheiten der DDR-Hochschulen erinnern. Um das inhaltlich leisten zu können, hat der Bremer Wissenschaftssenator eine Hochschulverwaltung mit zahlreichen Fachreferenten errichtet, die an Umfang die anderer Bundesländer mit mehreren Universitäten weit übertrifft. De facto ist also die Uni nachgeordnete Dienststelle der Wissenschaftsverwaltung.

In der Forschungsarbeit gelang es zwar einige Zeit lang, unter Ausnutzung relativer Autonomie fortschrittliche Sachen, etwa zur Atomenergiekritik, zu machen; doch wurde dieser Ausrutscher rasch korrigiert, indem die immer knapper werdenden Forschungsmittel immer mehr gezielt den kooperationswilligen „Staatsordinarien“ zugeschanzt werden, Ordinarien also, die sich einen beschränkten Freiraum durch die bereitwillige Ausführung von Staatsaufträgen erkaufen. Staatsaufträgen etwa zur direkten Unterstützung der regionalen Industrie, die in konsequenter Weiterentwicklung in Instituten ausgeführt werden, die per Satzung jeder noch so scheinhaften demokratischen Kontrolle entzogen sind, dafür um so unmittelbarer vom Staat abhängen.

Anzumerken ist, daß die Gewerkschaftsführung, ohnehin mit der staatlichen engstens verfilzt, ihren Part dabei gespielt hat: Zaghafte Versuche der Kritik an deren Tarifpolitik auf dem Kongreß über Arbeitsschutz etc. 1973 führten dazu, daß ganze Forschungsprogramme abgewürgt wurden, auch mit dem erhellenden Argument, man könne ja nicht verhindern, daß Informationen über Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz die Kollegen direkt erreichen würden und nicht in den Akten der SPD-Betriebsräte verschwänden. Selbst harmlose Grundlagenforschung im Rahmen der Kooperation mit einem Großforschungszentrum wird vom Senator behindert, sofern sie nicht seiner staatlichen Kontrolle unterliegt, indem von der Uni dafür bereitgestellte Stellen wieder gestrichen werden.

Kurzum, die Bremer Uni ist nicht nur ein Beispiel, wie fortschrittliche Leute integriert und vereinnahmt werden, sondern vor allem auch ein Beispiel, wie sich sozialdemokratische Hochschulpolitiker die staatliche Verwaltung von Wissenschaft und Ausbildung so wünschen.

Jens Scheer, Texas, USA

Coppik und Hansen über ihre politischen Absichten

bep. Zu einem ,,Forum Demokratische Sozialisten" laden die ehemaligen SPD-Linken und jetzigen fraktionslosen Bundestagsabgeordneten Hansen und Coppik für den 20. März nach Recklinghausen. Über ihre praktischen Absichten und programmatischen Vorstellungen haben beide seit ihrem Ausschluß bzw. Austritt aus der SPD noch wenig verlauten lassen.

Coppik hatte in seinem Austrittsbrief an Willi Brandt die Absicht einer Sammlungsbewegung von SPD-Enttäuschten angedeutet: Wenn sich links von der SPD eine Alternative entwickle, werde die SPD befürchten müssen, Stimmen dorthin zu verlieren. ,,Das kann für den politischen Kurs der SPD nur positiv sein. Wenn ich durch meinen Austritt dazu beitragen kann, dann ist das mehr, als ich zur Zeit durch akrobatische Verrenkungen in der SPD noch leisten kann." Auf einer Pressekonferenz nach seinem Austritt äußerte Coppik die Absicht, zusammen mit Hansen das ,,zum Teil noch heimatlose Protestpotential der ausgetretenen SPD-Mitglieder – soweit es sich nicht den Grünen zugewandt habe – zusammenzuführen". Von der ,,Tageszeitung" in einem Interview auf eine mögliche Parteigründung angesprochen, antwortete Coppik: ,,Es wird ganz sicher nicht deshalb eine neue Partei geben, weil Coppik und Hansen glauben, eine Partei gründen zu müssen. Wenn es eine Partei geben wird, dann deshalb, weil die tausend Leute, die aus der SPD ausgetreten sind oder jetzt austreten, sich örtlich in Arbeitskreisen Demokratischer Sozialisten zusammenfinden, Kontakte miteinander aufnehmen, auch Kontakte mit uns hier aufnehmen". Befragt über sein Verhältnis zu den Grünen äußerte Coppik, er könne das meiste, was sie in ihrem Programm formulieren und politisch machten, unterschreiben; allerdings seien sie nicht in der Lage, das gesamte Potential, das von der SPD enttäuscht sei, zusammenzufassen. ,,Für viele, die aus der SPD austreten, ist es wichtig, ein Stück der alten Partei, der Geschichte, Tradition und Kultur mitzunehmen." Es gelte, neben der Ökologiebewegung und der Friedensbewegung auch die Unzufriedenen in der Arbeiterschaft und in den Gewerkschaften zu erfassen; zu dem ,,Forum Demokratische Sozialisten" würde auch eine Reihe von Gewerkschaftern aufrufen. Eine Spaltung zu den Grünen solle jedoch auf jeden Fall vermieden werden; breite Wahlbündnisse ,,zwischen den Grünen und allem, was es darüber hinaus noch an Potentialen gibt", seien anzustreben.

Karl-Heinz Hansen äußerte sich (gegenüber den Modernen Zeiten) entschiedener: ,,Die Grünen sind keine sozialistische Partei und auch kein Zusammenschluß von Sozialisten ... Da gibt es solche, die gesamtpolitische Forderungen und ökonomische Zusammenhänge nicht so sehen, wie sie Sozialisten sehen müssen ... Als Sozialist brauche ich aber eine deutlich konturierte sozialistische Programmatik, egal in welcher Organisation ... Es muß neben der SPD eine Konstellation geben – in welcher Form auch immer, ich rede bewußt nicht von Partei – die eine politisch wirksame Zusammenarbeit von Sozialisten möglich macht." Zur Erläuterung dessen, was er sich unter sozialistischer Programmatik vorstellt, verwies Hansen auf das früher von den Jusos vertretene Konzept antikapitalistischer Strukturreformen.

Der Bundesvorstand der Grünen hatte schon bei den ersten Gerüchten über Hansens und Coppiks Pläne eine neue Parteigründung scharf abgelehnt; sie könne nur im Interessensbereich einiger führender SPD-Strategen liegen, nach innen die rechte SPD-Linie zu stärken und außen die oppositionelle soziale und ökologische Emanzipationsbewegung zu schwächen. SPD-Politiker wie Erhard Eppler und Oskar Lafontaine argumentierten ebenfalls, zwischen der SPD und den Grünen gebe es keine Aussichten für eine neue Partei. Die Juso-Vorstände versicherten einhellig, für Sozialisten gebe es ,,keine vernünftige Alternative zur Arbeit in der SPD und in den Gewerkschaften". Der Umfang positiver Reaktionen ist noch nicht zu überblicken; der Spiegel berichtet über Initiativen ehemaliger SPD-Mitglieder in Hessen (USD), NRW, Bayern und Schleswig-Holstein. Alexander Schubart, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren gegen die Startbahn West, will das geplante Forum unterstützen, sprach sich aber gegen Konkurrenz zu den Grünen aus.

Chinesische Zeitschriften in deutscher Sprache

sprochen, antwortete Coppik: ,,Es wird ganz sicher nicht deshalb eine neue Partei geben, weil Coppik und Hansen glauben, eine Partei gründen zu müssen. Wenn es eine Partei geben wird, dann deshalb, weil die tausend Leute, die aus der SPD ausgetreten sind oder jetzt austreten, sich örtlich in Arbeitskreisen Demokratischer Sozialisten zusammenfinden, Kontakte miteinander aufnehmen, auch Kontakte mit uns hier aufnehmen". Befragt über sein Verhältnis zu den Grünen äußerte Coppik, er könne das meiste, was sie in ihrem Programm formulieren und politisch machten, unterschreiben; allerdings seien sie nicht in der Lage, das gesamte Potential, das von der SPD enttäuscht sei, zusammenzufassen. ,,Für viele, die aus der SPD austreten, ist es wichtig, ein Stück der alten Partei, der Geschichte, Tradition und Kultur mitzunehmen." Es gelte, neben der Ökologiebewegung und der Friedensbewegung auch die Unzufriedenen in der Arbeiterschaft und in den Gewerkschaften zu erfassen; zu dem ,,Forum Demokratische Sozialisten" würde

hatte schon bei den ersten Gerüchten über Hansens und Coppiks Pläne eine neue Parteigründung scharf abgelehnt; sie könne nur im Interessensbereich einiger führender SPD-Strategen liegen, nach innen die rechte SPD-Linie zu stärken und außen die oppositionelle soziale und ökologische Emanzipationsbewegung zu schwächen. SPD-Politiker wie Erhard Eppler und Oskar Lafontaine argumentierten ebenfalls, zwischen der SPD und den Grünen gebe es keine Aussichten für eine neue Partei. Die Juso-Vorstände versicherten einhellig, für Sozialisten gebe es ,,keine vernünftige Alternative zur Arbeit in der SPD und in den Gewerkschaften". Der Umfang positiver Reaktionen ist noch nicht zu überblicken; der Spiegel berichtet über Initiativen ehemaliger SPD-Mitglieder in Hessen (USD), NRW, Bayern und Schleswig-Holstein. Alexander Schubart, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren gegen die Startbahn West, will das geplante Forum unterstützen, sprach sich aber gegen Konkurrenz zu den Grünen aus.

Chinesische Zeitschriften in deutscher Sprache

kvz. Jahrelang soll die Westberliner Chemiefirma Ferak Grundstoffe für chemische Waffen produziert haben und nach Israel geliefert haben, ohne jegliche Genehmigung. In der 67seitigen Anklageschrift wird der Firma daneben vorgeworfen, illegal eine ,,Fabrikationsanlage" betrieben, ,,Abfälle, die Gift enthalten" vorschriftswidrig gelagert oder beseitigt, den Teltowkanal verunreinigt und das Leben, mindestens ,,die Gesundheit anderer gefährdet" zu haben. Anfang vergangener Woche, kurz nach der Zustellung der Anklageschrift, wurde die Polizei bei einer erneuten Durchsuchung fündig: 3000 kg Perchlormethylmercaptan und 250 Kubikzentimeter Thiophosgen wurden gefunden. Aus dem ersten wird die zweite Chemikalie gewonnen. Beides ist sehr giftig, Thiophosgen ist dem Phosgen sehr verwandt und etwa gleich gefährlich. Phosgen ist ein bekanntes, auch im II. Weltkrieg eingesetztes Kampfgas. Allein 1978 und 1979 soll der Inhaber Gründemann 1555 kg Thiophosgen produziert und per Bahn und Schiff nach Israel exportiert haben. Eine ganze Reihe weiterer hochgiftiger Chemikalien, deren Verbleib zum Teil noch ungeklärt ist, hat er produziert. Rechts der Abtransport beschlagnahmter hochgiftiger Chemikalien.

Hausdurchsuchungen wegen Radio ZEBRA

dg.Bremen. Am 4.2.1982 gegen 7.45 Uhr durchsuchte die Polizei in Bremen 13 Wohnungen sowie 8 Wohnungen außerhalb von Bremen. Ziel dieser Aktion war, mutmaßliche Unterstützer von Radio ZEBRA auszumachen. Grundlage für die Durchsuchungen sollen Überweisungen auf das Konto von Radio ZEBRA gewesen sein. Als Begründung für die Durchsuchung wurde der ,,Verdacht der Beihilfe zum Verstoß gegen das Fernmeldegesetz" genannt. In den verschiedenen Wohnungen wurden Kontoauszüge, Broschüren zum Thema ,,Freie Radios", ein Mischpult, 2 Mikrophone, diverse Kabel, 26 Kassetten und rund 1000 Aufkleber beschlagnahmt. Darüberhinaus wurde das gesamte Spendenkonto mit 1000 DM beschlagnahmt. Seit nunmehr fast 2 Jahren hat die Polizei vergeblich versucht, an das Radio ZEBRA-Sendekollektiv heranzukommen. Die gesamte Aktion ist wohl auch mehr als ein Einschüchterungsversuch gegen den Freundeskreis von Radio ZEBRA anzusehen.

IGM-Schulungszentrum ,,Heidehof" besetzt

bsc.Dortmund. Am letzten Samstag besetzten rund 100 junge Leute den ,,Heidehof", das ehemalige Schulungszentrum der IG Metall, in Dortmund-Lücklemberg. Damit wollen sie erreichen, daß der ,,Heidehof" nicht sofort abgerissen wird, sondern er Studenten und anderen Wohnungssuchenden für eine Zwischennutzung solange zur Verfügung gestellt wird, bis tatsächlich mit dem geplanten Neubau eines Schulungszentrums auf diesem Gelände begonnen wird.

Seitens des Ortsvorstandes der IG Metall in Dortmund erklärte ein Mitglied sofort, daß auf keinen Fall ein Strafantrag gegen die Besetzer gestellt

genannt. In den verschiedenen Wohnungen wurden Kontoauszüge, Broschüren zum Thema ,,Freie Radios", ein Mischpult, 2 Mikrophone, diverse Kabel, 26 Kassetten und rund 1000 Aufkleber beschlagnahmt. Darüberhinaus wurde das gesamte Spendenkonto mit 1000 DM beschlagnahmt. Seit nunmehr fast 2 Jahren hat die Polizei vergeblich versucht, an das Radio ZEBRA-Sendekollektiv heranzukommen. Die gesamte Aktion ist wohl auch mehr als ein Einschüchterungsversuch gegen den Freundeskreis von Radio ZEBRA anzusehen.

IGM-Schulungszentrum ,,Heidehof" besetzt

bsc.Dortmund. Am letzten Samstag besetzten rund 100 junge Leute den ,,Heidehof", das ehemalige Schulungszentrum der IG Metall, in Dortmund-Lücklemberg. Damit wollen sie erreichen, daß der ,,Heidehof" nicht sofort abgerissen wird, sondern er Studenten und anderen Wohnungssuchenden für eine Zwischennutzung solange zur Verfügung gestellt wird, bis tatsächlich mit dem geplanten Neubau eines Schulungszentrums auf diesem Gelände begonnen wird.

Seitens des Ortsvorstandes der IG Metall in Dortmund erklärte ein Mitglied sofort, daß auf keinen Fall ein Strafantrag gegen die Besetzer gestellt
werde, sondern man anstrebe, das Problem durch Diskusssion mit den jungen Leuten zu lösen. Eigentümer des ,,Heidehofs" ist allerdings der Vorstand der IG Metall in Frankfurt. Die Schulungsstätte mit einer Wohnfläche von insgesamt 3000 Quadratmetern wurde 1951 fertiggestellt. Dazu gehört ein Park mit rund 2 ha. Die Bausubstanz ist hervorragend, die Inneneinrichtung entspricht nicht modernstem Tagungsstandard, ist aber äußerst solide. Als Wohnheim für mindestens 60 Personen und als vorübergehende Unterkunft für verschiedene Initiativen, die Gemeinschaftsräume benötigen, ist der ,,Heidehof" noch hervorragend geeignet. Das planen die Besetzer, wobei sie vom AStA und verschiedenen Angestellten der Universität unterstützt werden.

Auf seiten der IG Metall ist die Beschlußlage so, daß nach der Fertigstellung der Schulungsstätte in Bad Orb zunächst in Westberlin weitere Schulungskapazitäten geschaffen werden sollen, der ,,Heidehof" jetzt abgerissen werden soll, aber der Termin für einen geplanten Neubau in Dortmund nicht festgelegt wurde. Nicht unwahrscheinlich ist, daß die IG Metall jetzt den Abriß forciert, weil sie einen Teil des großen Grundstücks anderweitig verkaufen will. Da der Vorstand der IG Metall anläßlich einer Tagung zu Beginn dieser Woche in Dortmund war, ist anzunehmen, daß den ersten Kontakten mit den Besetzern im Laufe der Woche ernsthafte Verhandlungen folgen werden.

Hinweise zu den Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe ,,Fragen der Friedensbewegung"

Für die Arbeitsgruppe ,,Fragen der Friedensbewegung" werden sich zwei Schwerpunkte der Debatte ergeben: Die strategischen Probleme, die sich der Friedensbewegung stellen und auf die sie eine Antwort finden muß, herauszuarbeiten, evtl. Antworten zu versuchen einerseits und eine Debatte über die aktuellen Aufgaben andererseits.

Das erste soll anhand des Buches ,,Frieden mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik", rororo aktuell 4939, 7,80 DM, geschehen. Kritik der NATO-Doktrin, Analyse der Sowjetunion – inwieweit sind diese Analyseschritte richtig, wo stecken die Probleme, wo sind noch nicht ausreichend Kenntnisse vorhanden, um hierzu eine Position zu beziehen? Welche Antworten in Form der alternativen Sicherheitspolitik gibt es? Umreißen die fünf vorgestellten die wichtigsten? Gibt es die Möglichkeit, sie an realen Erfahrungen zu messen? Geben sie Antwort auf die in der Anayse herausgeschälten Probleme? Das sind grob umrissen die Fragen, unter denen der Text diskutiert werden sollte. Einzelne Genossen werden sich auf einzelne Abschnitte gesondert vorbereiten.

Im zweiten Teil wird Informationsaustausch über verschiedene Aktivitäten in der Friedenbewegung notwendig sein mit Bericht von der Aktionskonferenz vom 6./7. Februar und zum Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen. Schließlich: Polen und die Friedensbewegung. Welche Bedeutung hat dies, wie stellen sich einzelne politische Strömungen dazu, welche Probleme ergeben sich bei der Arbeit in Friedensinitiativen? (Wobei Polen sicher nicht umfassend behandelt werden kann, dafür gibt es schließlich andere Arbeitsgruppen, Konferenzen speziell zu Polen etc.)

Beginn: Samstag, 20.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Veranstaltungen

Bielefeld
Diskussionsveranstaltung zu dem Artikel ,,Reform und Revolution. Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung in Westdeutschland" von Hans-Gerhart Schmierer in Kommunismus und Klassenkampf 1/1982. Mit Hans-Gerhart Schmierer. Bürgerwache Bielefeld, Raum 7
Donnerstag, 18.2.1982, 20.00 Uhr

Bremen
Diskussionsforum ,,Alternative Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit eines sozialistischen Gesamtprogramms". Referenten: Hans-Gerhart Schmierer, ein Vertreter der SOST. Zur Vorbereitung können die entsprechenden Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 12/1981 und 1/1982 dienen. Universität Bremen, Mehr-

Das erste soll anhand des Buches ,,Frieden mit anderen Waffen. Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik", rororo aktuell 4939, 7,80 DM, geschehen. Kritik der NATO-Doktrin, Analyse der Sowjetunion – inwieweit sind diese Analyseschritte richtig, wo stecken die Probleme, wo sind noch nicht ausreichend Kenntnisse vorhanden, um hierzu eine Position zu beziehen? Welche Antworten in Form der alternativen Sicherheitspolitik gibt es? Umreißen die fünf vorgestellten die wichtigsten? Gibt es die Möglichkeit, sie an realen Erfah-

Beginn: Samstag, 20.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Veranstaltungen

Bielefeld
Diskussionsveranstaltung zu dem Artikel ,,Reform und Revolution. Probleme der Strategie der Arbeiterbewegung in Westdeutschland" von Hans-Gerhart Schmierer in Kommunismus und Klassenkampf 1/1982. Mit Hans-Gerhart Schmierer. Bürgerwache Bielefeld, Raum 7
Donnerstag, 18.2.1982, 20.00 Uhr

Bremen
Diskussionsforum ,,Alternative Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit eines sozialistischen Gesamtprogramms". Referenten: Hans-Gerhart Schmierer, ein Vertreter der SOST. Zur Vorbereitung können die entsprechenden Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 12/1981 und 1/1982 dienen. Universität Bremen, Mehr-
zweckhochhaus, Senatssaal
Mittwoch, 17.2.1982, 19.30 Uhr

Hannover
Öffentliche Mitgliederversammlung des KBW Hannover. Behandelt wird Rudolf Bahro, ,,Die Alternative". Silo (Dorotheenstraße)
Freitag, 19.2.1982, 19.00 Uhr

Lübeck
,,Solidarität mit Solidarność", Informationsveranstaltung der Lübecker Gruppe Solidarität mit ,,Solidarność". Es spricht: Z. Zakrzewski, Mitglied der Solidarität Danzig, M. Marzecki singt Lieder von der Leninwerft. Reformierte Kirche, Königstraße 18
Montag, 15.2.1982, 20.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Achtung: Zu allen Arbeitsgruppen ist eine Anmeldung spätestens eine Woche vorher notwendig!

Fragen der Friedensbewegung
(siehe oben)
Beginn: Samstag, 20.2.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2., gegen 16.00 Uhr

Erfahrungen der Diktatur des Proletariats
(siehe KVZ 4/1982)
Beginn: Samstag, 20.2.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Arbeitsseminar zur Frauenfrage
Beginn: 20.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Wohnungspolitik
Behandelt werden sollen: Stadtsanierung (hierzu liegt den Teilnehmern der letzten Sitzung Material vor); Staatseingriffe in die

sein mit Bericht von der Aktionskonferenz vom 6./7. Februar und zum Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen. Schließlich: Polen und die Friedensbewegung. Welche Bedeutung hat dies, wie stellen sich einzelne politische Strömungen dazu, welche Probleme ergeben sich bei der Arbeit in Friedensinitiativen? (Wobei Polen sicher nicht umfassend behandelt werden kann, dafür gibt es schließlich andere Arbeitsgruppen, Konferenzen speziell zu Polen etc.)

Beginn: Samstag, 20.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Achtung: Zu allen Arbeitsgruppen ist eine Anmeldung spätestens eine Woche vorher notwendig!

Fragen der Friedensbewegung
(siehe oben)
Beginn: Samstag, 20.2.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2., gegen 16.00 Uhr

Erfahrungen der Diktatur des Proletariats
(siehe KVZ 4/1982)
Beginn: Samstag, 20.2.1982, 13.00 Uhr
Ende: Sonntag, 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Arbeitsseminar zur Frauenfrage
Beginn: 20.2.1982, 14.00 Uhr
Ende: 21.2.1982, gegen 16.00 Uhr

Wohnungspolitik
Behandelt werden sollen: Stadtsanierung (hierzu liegt den Teilnehmern der letzten Sitzung Material vor); Staatseingriffe in die
Wohnungswirtschaft, Wirkung und Kritik, Wohnungseigentum und Mietwohnungen; Kommunalisierung von Grund und Boden und des Wohnungsbaus, historische Erfahrungen hierzu. Außerdem soll der Artikel ,,Wohnen als Geschäft" in Kommunismus und Klassenkampf 2/1982 besprochen werden.
Beginn: Samstag, 6.3.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 7.3.1982, gegen 16.00 Uhr

Achtung: Zu allen Arbeitsgruppen ist prinzipiell eine Anmeldung spätestens eine Woche vorher notwendig!

Die Arbeitsgruppen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611 / 730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls zu erhalten.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Einem Teil der Auflage liegt ein Werbekatalog der Firma Buchvertrieb Hager GmbH, Frankfurt bei.

Wie weiter nach Bonn?

Die Aktionskonferenz von Friedensgruppen und Gruppen, die sich in der Friedensbewegung engagieren, versuchte, durch Sammeln von Aktionsvorschlägen darauf eine Antwort zu geben. Die Frage aber konnte so nicht beantwortet werden.

Von Günther Kruse

Das Interesse an der ersten „Aktionskonferenz“, die sich an alle Gruppen und Organisationen wandte, die die Demonstration am 10. Oktober in Bonn unterstützt hatten, aber auch an die, die sich zwar beteiligten, aber doch in kritischer Distanz zu den Organisatoren blieben, war groß. An die 500 Teilnehmer aus etwa 260 unterschiedlichen Gruppen waren in Bonn am vergangenen Wochenende.

Es ist nichts an Gemeinsamem herausgekommen, keine gemeinsamen Ziele, keine gemeinsamen Aktionen, bemerkt die bürgerliche Presse. Das stimmt. Es sei auch gar nicht beabsichtigt gewesen, irgendwelche irgendwie gearteten Festlegungen zu treffen, werden die Einlader und Moderatoren feststellen. Auch das stimmt. Aber natürlich steckt hinter der von der Presse verbreiteten Feststellung, es sei nichts an Einheitlichem herausgekommen, mehr als nur die Tatsache, daß man nicht wollte. Jo Leinen, Sprecher des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz, einer der Moderatoren der Aktionskonferenz, sagte, vielleicht werde zum erwarteten Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan in der BRD – etwa im Juni – eine „zünftige Großdemonstration“ als einzige übergreifende Veranstaltung stattfinden. Das ist symptomatisch: ist die Aktion in ihrem gemeinsamen Ziel auf die NATO-Nachrüstung zu begrenzen, wie das im Falle eines Besuchs Reagans möglich erscheint, so ist breite Zustimmung möglich, bei mehr aber auch nicht.

„Alles, was über den NATO-Nachrüstungsbeschluß hinausgeht, spaltet die Bewegung“, das ist die Standardfloskel der Kräfte, die von der DKP beeinflußt sind und die auf der Konferenz deutlich die Mehrheit stellten. Diese beabsichtigte Beschränkung hatte ihren Einfluß auf die Gestaltung der Aktionskonferenz: Es sollte eine „Aktionsbörse“ sein, politische Vereinheitlichung in Zielen war von vornherein ausgeschlossen. Wer mehr als Infor-

tigt gewesen, irgendwelche irgendwie gearteten Festlegungen zu treffen, werden die Einlader und Moderatoren feststellen. Auch das stimmt. Aber natürlich steckt hinter der von der Presse verbreiteten Feststellung, es sei nichts an Einheitlichem herausgekommen, mehr als nur die Tatsache, daß man nicht wollte. Jo Leinen, Sprecher des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz, einer der Moderatoren der Aktionskonferenz, sagte, vielleicht werde zum erwarteten Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan in der BRD – etwa im Juni – eine „zünftige Großdemonstration“ als einzige übergreifende Veranstaltung stattfinden. Das ist symptomatisch: ist die Aktion in ihrem gemeinsamen Ziel auf die NATO-Nachrüstung zu begrenzen, wie das im Falle eines Besuchs Reagans möglich erscheint, so ist breite Zustimmung möglich, bei mehr aber auch nicht.
„Alles, was über den NATO-Nachrüstungsbeschluß hinausgeht, spaltet die Bewegung“, das ist die Standardfloskel der Kräfte, die von der DKP beeinflußt sind und die auf der Konferenz deutlich die Mehrheit stellten. Diese beabsichtigte Beschränkung hatte ihren Einfluß auf die Gestaltung der Aktionskonferenz: Es sollte eine „Aktionsbörse“ sein, politische Vereinheitlichung in Zielen war von vornherein ausgeschlossen. Wer mehr als Infor-

mation über Geplantes erwartet hatte, sah sich enttäuscht. Einen Fortschritt für die Friedensbewegung ermöglichte die Konferenz daher kaum, wohl einen Überblick.

Tatsächlich ringt ein nicht unerheblicher Teil der Friedensbewegung darum, eine Perspektive zu finden, weg von einer „Ein-Punkt-Bewegung“ zu kommen, zu klären, was ist, wenn ab 1983 doch Mittelstreckenraketen stationiert werden. Hierzu sind viele einzelne Aktivitäten, Veranstaltungen, Konferenzen oder Kongresse erforderlich, sie laufen im großen und ganzen auf der Ebene der einzelnen Orte oder von Regionen. Explizit vorgestellt wurden auf der Aktionskonferenz nur 2, die überregionale Bedeutung haben:

1. Der Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (vgl. auch KVZ 3/82, Seite 5). Die Erwartungen daran sind sicherlich äußerst vielschichtig, vermutlich wird man auch an konkreten Ergebnissen nicht sehr viel erwarten können, dennoch ist immerhin ein Schwerpunkt, neben den Versuchen einer Koordination, die Klärung von Perspektiven der Friedensbewegung, von Problemen der Bündnispolitik der Friedensbewegung.
2. Die europäische Konferenz für ein atomwaffenfreies Europa im Juli in Brüssel. Hier soll, auf der Grundlage des Aufrufes der Russell-Peace-Foundation eine „Europäische Konvention“ ausgearbeitet werden, die die Forderung nach einem „atomwaffenfreien Europa“ für die Umsetzung in eine Politik gegenüber den Regierungen konkretisieren würde.

Unabhängig von der Problematik der Inflation von Aktionen, die eigentlich zentral angepackt und unterstützt werden müßten, aber doch erst von einzelnen Gruppnen initiiert werden – ich möchte hier nur die große Zahl der erwähnten Friedensmärsche von Nord nach Süd, von Ost nach West, zu Fuß oder mit dem Zug nennen, wo sicherlich weniger mehr wäre – traten die Probleme der Friedensbewegung vermutlich am gebündeltsten in der ad hoc eingerichteten Arbeitsgruppe zu „Polen und die Friedensbewegung“ auf, an der über 40 Menschen teilnahmen und die in ihrer Zusammensetzung das gesamte in der Friedensbewegung vorhandene Spektrum umfaßte:

– Kann sich die Friedensbewegung auf die Nachrüstung beschränken, wenn sie Mehrheiten gewinnen will – was die DKP fordert und mit ihr viele andere, die vorwerfen, alles weitere, insbesondere die Frage Polen, spalte die Friedensbewegung? Tritt nicht mit der Stellungnahme gegen den Militärputsch in Polen eine Verengung der Friedensbewegung ein – wie es ein Vertreter der Berliner Alternativen Liste formulierte auf Grund der Erfahrungen mit den Polen-Demonstrationen?

– Ist Frieden gleichbedeutend mit Abwesenheit von Krieg (womit die Unterdrückung jeder Bestrebung um Unabhängigkeit, nicht nur der Entwicklung in Polen, mit dem Hinweis auf die von der Erschütterung des status quo ausgehenden Kriegsgfefahr gerechtfertigt werden kann) oder gehört nicht doch mehr dazu, nämlich Freiheit, Recht auf Selbstbestimmung – wie es verschiedene Redner der Grünen, aber auch der Alternativen Liste u.a. forderten?

– Was bedeutet „Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung“ in diesem Zusammenhang?

– Ist die Blockfreiheit eine Perspektive, auf die es hinzusteuern gilt, auch für die Friedensbewegung, und muß sie deshalb nicht alle Bestrebungen in diese Richtung auf Destabilisierung der Blöcke auch im Militärbündnis der SU

– Kann sich die Friedensbewegung auf die Nachrüstung beschränken, wenn sie Mehrheiten gewinnen will – was die DKP fordert und mit ihr viele andere, die vorwerfen, alles weitere, insbesondere die Frage Polen, spalte die Friedensbewegung? Tritt nicht mit der Stellungnahme gegen den Militärputsch in Polen eine Verengung der Friedensbewegung ein – wie es ein Vertreter der Berliner Alternativen Liste formulierte auf Grund der Erfahrungen mit den Polen-Demonstrationen?
– Ist Frieden gleichbedeutend mit Abwesenheit von Krieg (womit die Unterdrückung jeder Bestrebung um Unabhängigkeit, nicht nur der Entwicklung in Polen, mit dem Hinweis auf die von der Erschütterung des status quo ausgehenden Kriegsgfefahr gerechtfertigt werden kann) oder gehört nicht doch mehr dazu, nämlich Freiheit, Recht auf Selbstbestimmung – wie es verschiedene Redner der Grünen, aber auch der Alternativen Liste u.a. forderten?
– Was bedeutet „Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung“ in diesem Zusammenhang?
– Ist die Blockfreiheit eine Perspektive, auf die es hinzusteuern gilt, auch für die Friedensbewegung, und muß sie deshalb nicht alle Bestrebungen in diese Richtung auf Destabilisierung der Blöcke auch im Militärbündnis der SU

unterstützen?

– Ist die Sowjetunion fortschrittlicher als die kapitalistischen Staaten des Westens, und wenn ja, ergibt sich daraus, daß die Unterdrückung der Gewerkschaft Solidarność richtig ist?

– Wie kann man das richtige Verhältnis finden zwischen Unterstützung gerechter Bewegungen und der Abgrenzung gegenüber Reagan und Co., die ihre eigenen Interessen verfechten?

Das sind längst nicht alle Fragen, die in dieser Arbeitsgruppe angerissen wurden, aber eben auch jeweils nur angerissen, zweifellos hatte auch eine erkleckliche Anzahl von Sympathisanten der DKP wenig Interesse an Klärung, eher an Provokation. Daß aber Polen aus der Friedensbewegung auch durch noch soviel Spaltungsvorwurf seitens der DKP nicht mehr wegzudenken ist, zeigte sich an verschiedenen Punkten der weiteren Debatte auch im Plenum. Das Hambacher Fest: Als es vor 150 Jahren durchgeführt wurde, war es sicherlich ein Manifest gegen die Unterdrückung im eigenen Land, aber gleichzeitig stand schon an zweiter Stelle die Forderung zur Unterstützung des polnischen Volkes, das damals unter zaristischer Herrschaft lebte und im Jahre zuvor bei einem Aufstand blutig niedergeschlagen wurde. Aus diesem historischen und aus dem aktuellen Bezug fordern BBU und Grüne, daß ein Vertreter der Solidaność auf dem Alternativen Hambacher Fest sprechen darf. Pfarrer a.D. Werner wand sich: das würde die ursprünglich unterzeichnete Erklärung und den Charakter des alternativen Festes, das sich ganz auf die innenpolitischen Probleme konzentrieren müsse, ändern.

In Fragen des Ostermarsches haben die Grünen von Nordrhein-Westfalen einen offenen Brief an die Friedensgruppen in NRW gerichtet, in dem sie die Beschränkung auf Atomwaffen und die vollständige Aussparung Polens kritisieren: „Die Ostermarsch-Bewegung war auch zu keiner Zeit eine Bewegung, die sich nur gegen einen *Teilaspekt* der Kriegspolitik wandte: etwa nur gegen *neue* Waffensysteme oder *nur* gegen den Rüstungwahnsinn des Westens. Jeder – ausgenommen vielleicht die DKP – weiß mittlerweile, daß das Ausmaß der Militärpolitik im sowjetischen Bereich – heute nicht minder als zur Zeit der Ostermarschbewegung – über das hinausgeht, was man als ‚Verteidigungsmaßnahmen‘ rechtfertigen könnte.“ Aus diesem Grund müsse das polnische Volk unterstützt werden. „Die Friedensbewegung wird ihre lebenswichtigen Ziele nicht durchsetzen können, wenn sie sich in ihrer Praxis nur auf die Kritik des ‚eigenen‘ Blocks beschränkt.“

Einige Friedensgruppen nehmen an Demonstrationen gegen das Kriegsrecht in Polen teil, wie die „Russell-Initiativen“. Aber aus all dem den Schluß zu ziehen, daß das polnische Volk von der Mehrheit der Friedensgruppen in seinem Kampf gegen die Militärherrschaft unterstützt würde, wäre falsch. Tatsächlich zeigt sich in diesem Punkt der Einfluß der DKP und sei es nur der ideologische in großen Teilen der auf dem Kongreß vertretenen Friedensgruppen, der sich sicherlich auf ⅔ der Anwesenden erstreckte. Der Beifall auf dem Kongreß nach einer Erklärung zur Verurteilung der Verhältnisse, des Terrors, in der Türkei war erfreulich, aber es drückte gleichzeitig einen Angriff auf den Kampf des polnischen Volkes aus, weil die Forderungen nach Aufhebung des Kriegsrechts in Polen demonstrativ wenig Unterstützung erhielten.

Es muß noch ein weiteres Problem genannt werden: Das Verhältnis Friedensbewegung – Gewerkschaften. Es gab hierzu keine Arbeitsgruppe; als eine vorgeschlagen wurde, bestand kein Interesse an der Teilnahme. Wahrscheinlich wäre unter den Bedingungen dieses Kongresses dabei auch nicht viel herausgekommen. Er hatte sich in seinem ganzen Charakter nicht an Gruppen in der Gewerkschaft gewandt, die es vielerorts wohl gibt.

„Die Friedensbewegung muß versuchen, mit der Gewerkschaft zusammenzukommen“, so ähnlich der eher hilflose Appell eines der Moderatoren bei der Einrichtung der Arbeitsgruppen. „Umgekehrt“, rief da einer aus dem Publikum dazwischen. Nun gibt es zwar berechtigterweise einige Kritik an der Gewerkschaftsführung in dieser Frage, dennoch scheint mir aber der Zwischenruf durch ein gerütteltes Maß von Arroganz, aber auch von Unterschätzung der Probleme der Friedensbewegung in sich zu bergen, das nicht nur für diesen einen Zwischenrufer steht. Wie soll die Friedensbewegung die gestellten Aufgaben lösen, wenn nicht Mehrheiten gewonnen werden? Und wie soll sie Mehrheiten gewinnen, wenn nicht die Lohnabhängigen?

Selbstverständlich kann hier lange nicht all das vorgestellt werden, was auf dem Kongreß genannt wurde. Für einen weiteren Überblick, für weitere Informationen, soll anstatt eines Protokolls o.ä. eine Zusammenstellung all der Aktivitäten gemacht werden, die einzelne Gruppen vorstellen wollen. Diese Zusammenfassung gibt es über „Aktionsgemeinschaft Dienst für Frieden e.V.“, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, zum Preis von 3 DM. Abschließend wurde eine erneute Aktionskonferenz für den 9./10. Oktober festgelegt.

Einige der wichtigsten überregionalen Aktionen, die 1982 geplant sind
dern, sind noch nicht sehr weit fortgeschritten. Derzeit läuft als einziges ein Bürgerantrag, der dann im Stadtrat behandelt werden muß und für den wohl bald genügend Unterschriften vorhan-
gruppen in NRW gerichtet, in dem sie die Beschränkung auf Atomwaffen und die vollständige Aussparung Polens kritisieren: „Die Ostermarsch-Bewegung war auch zu keiner Zeit eine Bewegung, die sich nur gegen einen Teilaspekt der Kriegspolitik wandte: etwa nur gegen neue Waffensysteme oder nur gegen den Rüstungwahnsinn des Westens. Jeder – ausgenommen vielleicht die DKP – weiß mittlerweile, daß das Ausmaß der Militärpolitik im sowjetischen Bereich – heute nicht minder als zur Zeit der Ostermarschbewegung – über das hinausgeht, was man als ‚Verteidigungsmaßnahmen‘ rechtfertigen könnte.“ Aus diesem Grund müsse das polnische Volk unterstützt werden. „Die Friedensbewegung wird ihre lebenswichtigen Ziele nicht durchsetzen können, wenn sie sich in ihrer Praxis nur auf die Kritik des ‚eigenen‘ Blocks beschränkt.“
Einige Friedensgruppen nehmen an Demonstrationen gegen das Kriegsrecht in Polen teil, wie die „Russell-Initiativen“. Aber aus all dem den Schluß zu ziehen, daß das polnische
wäre falsch. Tatsächlich zeigt sich in diesem Punkt der Einfluß der DKP und sei es nur der ideologische in großen Teilen der auf dem Kongreß vertretenen Friedensgruppen, der sich sicherlich auf ⅔ der Anwesenden erstreckte. Der Beifall auf dem Kongreß nach einer Erklärung zur Verurteilung der Verhältnisse, des Terrors, in der Türkei war erfreulich, aber es drückte gleichzeitig einen Angriff auf den Kampf des polnischen Volkes aus, weil die Forderungen nach Aufhebung des Kriegsrechts in Polen demonstrativ wenig Unterstützung erhielten.
Es muß noch ein weiteres Problem genannt werden: Das Verhältnis Friedensbewegung – Gewerkschaften. Es gab hierzu keine Arbeitsgruppe; als eine vorgeschlagen wurde, bestand kein Interesse an der Teilnahme. Wahrscheinlich wäre unter den Bedingungen dieses Kongresses dabei auch nicht viel herausgekommen. Er hatte sich in seinem ganzen Charakter nicht an Gruppen in der Gewerkschaft gewandt, die es vielerorts wohl gibt.
„Die Friedensbewegung muß versuchen, mit der Gewerkschaft zusam-
pen. „Umgekehrt“, rief da einer aus dem Publikum dazwischen. Nun gibt es zwar berechtigterweise einige Kritik an der Gewerkschaftsführung in dieser Frage, dennoch scheint mir aber der Zwischenruf durch ein gerütteltes Maß von Arroganz, aber auch von Unterschätzung der Probleme der Friedensbewegung in sich zu bergen, das nicht nur für diesen einen Zwischenrufer steht. Wie soll die Friedensbewegung die gestellten Aufgaben lösen, wenn nicht Mehrheiten gewonnen werden? Und wie soll sie Mehrheiten gewinnen, wenn nicht die Lohnabhängigen?
Selbstverständlich kann hier lange nicht all das vorgestellt werden, was auf dem Kongreß genannt wurde. Für einen weiteren Überblick, für weitere Informationen, soll anstatt eines Protokolls o.ä. eine Zusammenstellung all der Aktivitäten gemacht werden, die einzelne Gruppen vorstellen wollen. Diese Zusammenfassung gibt es über „Aktionsgemeinschaft Dienst für Frieden e.V.“, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, zum Preis von 3 DM. Abschließend wurde eine erneute Aktionskonferenz für den 9./10. Oktober festgelegt.

Einige der wichtigsten überregionalen Aktionen, die 1982 geplant sind

1. Zum Internationalen Frauentag am 8. März sind verschiedene Aktionen geplant, vom 5.–8. März soll in Rom ein internationaler Kongreß von Frauengruppen zum Frieden stattfinden.

2. Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF) vom 19.–21.3.1982 in Osnabrück. (Siehe auch KVZ 3/1982, Seite 5) Weitere Informationen hierzu über: Gaby Nickstadt, Dilingerstr. 43, 4500 Osnabrück.

3. An internationalen Aktivitäten sind vor allem Greenham Common in Großbritannien und Comiso auf Sizilien zu nennen. Das sind voraussichtlich in diesen beiden Ländern die ersten Standorte für die Installation der Cruise Missiles, an denen die Bauvorbereitungen unmittelbar bevorstehen. In Greenham Common, dort existiert bereits ein von einigen Frauen, die dorthin demonstriert waren, errichtetes Friedensdorf, soll am 21. März ein Camp organisiert werden. Zu einem Sternmarsch dorthin wird (europaweit?) aufgerufen. An Ostern sollen für Comiso europaweite Unterstützungsaktionen durchgeführt werden. Für den Beginn der bauvorbereitenden Maßnahmen (d.h. hier Abriß der „veralteten“ Anlagen) ist dort ein 20tägiger Hungerstreik angekündigt.

4. An Ostern werden in verschiedenen Städten und Regionen wieder Ostermärsche durchgeführt. Die Zielsetzung, die zu allermeist offensichtlich von DKP und DKP-beeinflußten Kräften bestimmt wird, ist an einigen Orten umstritten. Nicht ohne Grund hat die DKP angekündigt, sie wolle mit den Ostermärschen die Sammlung unter den Krefelder Appell weiter fortführen und verstärken, evtl. in Richtung einer Volksabstimmung. Trotz aller Aufrufe zur massenhaften Teilnahme an diesen Ostermärschen ist eher zu erwarten, daß einige Teile der Friedensbewegung diesen zu Recht kritisch gegenüberstehen.

5. SPD-Parteitag am 17./18.4. in München. Jusos, Falken und andere linke SPDler wollen unter dem Titel „Für Frieden und Arbeit“ Aktionstage durchführen. Der Trägerkreis soll nach ihren Vorstellungen hierauf beschränkt bleiben, weil „die Minderheit in der SPD ihren Widerstand“ zeigen soll, so sinngemäß Willy Pieczyk, Bundesvorsitzender der Jusos. Mit einer Erweiterung des Rednerkreises könnten sie einverstanden sein. Samstag vormittags sollen Diskussionsforen durchgeführt weden, Samstag Nachmittag eine Demonstration und Sonntag soll es nach Dachau gehen, um die Verbindung zum Kampf gegen den Faschismus aufzuzeigen. Von verschiedenen Friedensgruppen vor allem örtlichen Friedensinitiativen gibt es Widerspruch gegen dieses Konzept, ob eine Einigung möglich ist, ist nach wie vor ungewiß. Darüberhinaus gibt es verschiedene Kräfte, die den Sinn einer Aktion zum SPD-Parteitag überhaupt bezweifeln.

6. Vom 18. bis 20. Mai soll in Hannover die IDEE, die Militärelektronikschau, stattfinden. Die Planungen, um ihre Durchführung zu verhindern, sind noch nicht sehr weit fortgeschritten. Derzeit läuft als einziges ein Bürgerantrag, der dann im Stadtrat behandelt werden muß und für den wohl bald genügend Unterschriften vorhanden sind.

7. Hambacher Fest. Am 27. Mai jährt sich zum 150. Mal das Hambacher Fest (vgl. KVZ 5/82, Seite 6). Voraussichtlich wird es nach dem derzeitigen Stand zwei alternative Hambacher Feste geben: am 29./30. Mai das von einem Aufruferkreis getragene und in seiner Stoßrichtung eher dem Krefelder Appell und der DKP nahestehende Fest mit Demonstration und Kundgebung, und am 20.–22. Mai eine von BBU und Grünen angeregte Veranstaltung als eine Art Vollversammlung der Friedensbewegung mit gleichzeitiger Parlamentarierversammlung all der Abgeordneten, die der Ökologie- und Friedensbewegung zugerechnet werden können, mit weiteren Schwerpunkten Bürgerrechtsbewegung in Ost und West, Frauen- und Alternativbewegung.

8. Kongreß in Brüssel über ein atomwaffenfreies Europa vom 2.–4. Juli, er soll mit einer Europäischen Konferenz 1983 in Westberlin fortgesetzt werden.

9. Um den Hiroshima-Tag (6.8.) und bis zum Nagasaki-Tag finden Fasten-Aktionen, Friedensmärsche und ähnliches statt.

10. Am 4. September wird anläßlich des Katholikentags eine Demonstration von der „Initiative Kirche von unten“ (IKVU) durchgeführt. Der Katholikentag findet in Düsseldorf statt.

11. Vom 7. bis 17. November den auch in diesem Jahr Friedenswochen, häufig auch von Kirchen und Landeskirchen getragen, statt.

Aufzeichnungen eines Arbeiters der Wujek-Grube in Oberschlesien

Übersetzung des Abdruckes in Dagens Nyeter vom 31.1.1982

13. Dezember 1981. Heute ist das Kriegsrecht ausgerufen worden. In den Gruben werden nur Wartungsarbeiten ausgeführt. In der Wujek-Grube wird der Abteilungsvorsitzende der Solidarität verhaftet. Arbeiter, die von der geplanten Verhaftung erfahren hatten, versammelten sich in dem Büro der Solidarität, um diese zu verhindern. Es gab Schlägereien mit der Polizei.

Über die noch intakten Telefonverbindungen – diese werden später am Abend unterbrochen – werden alle Grubenarbeiter von der Verhaftung des Gewerkschaftsvorsitzenden informiert. Als Antwort rufen die Grubenarbeiter noch am gleichen Abend den Streik und die Besetzung der Grube aus. Mehrere hundert Arbeiter befinden sich da in der Wujek-Grube.

14. Dezember. Die erste und die zweite Schicht schließen sich dem Streik an. Der Direktor der Grube fordert die Arbeiter immer wieder auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, doch ohne Erfolg.

Jetzt erfährt man, daß auch in anderen Gruben, Lenin, Wiehzorik, Hamlemba und Stasik Protestaktionen in Gang sind. Später erfährt man, daß insgesamt 20 Gruben bestreikt werden. Gegen 12 Uhr hört man, daß sich die Belegschaften auch anderer Unternehmen dem Streik angeschlossen haben.

Am Abend kommen die ersten Gerüchte über Polizeiaktionen gegen die Gruben Lenin und Wiehzorik. Alle sprechen über enorme Brutalität der Polizei. Die Arbeiter von Wujek beginnen sich deshalb darauf vorzubereiten, ,,Gäste" in Empfang zu nehmen. In der Grube wird mit Volldampf gearbeitet, man stellt Spieße her, man arbeitet Spaten und Hacken zu Waffen um, verstärkt sie mit Ketten, und man fertigt Knüppel aus dicken Kabeln an, alles zur Selbstverteidigung.

Von anderen Unternehmen entlassene Arbeiter kommen zur Wujek-Grube. 3000 Arbeiter befinden sich in der Grube, trotzdem gibt es keine Probleme mit Ordnung und Disziplin. Der Waschraum ist Hauptverkehrspunkt. Von Anfang an wird der Streik von den Stadtbewohnern unterstützt. Menschen kommen mit Eßpaketen, Zigaretten und Nachrichten über die Vorgänge im übrigen Land. Die Nacht geht ruhig vorbei.

15. Dezember. Gegen 13 Uhr kommt Alarm, die Grube soll angegriffen werden. Alle kommen aus dem Waschraum und den anderen Räumen mit Waffen in den Händen. Sie singen die polnische Nationalhymne. Aber es ist falscher Alarm.

men dem Streik angeschlossen haben.

Am Abend kommen die ersten Gerüchte über Polizeiaktionen gegen die Gruben Lenin und Wiehzorik. Alle sprechen über enorme Brutalität der Polizei. Die Arbeiter von Wujek beginnen sich deshalb darauf vorzubereiten, ,,Gäste" in Empfang zu nehmen. In der Grube wird mit Volldampf gearbeitet, man stellt Spieße her, man arbeitet Spaten und Hacken zu Waffen um, verstärkt sie mit Ketten, und man fertigt Knüppel aus dicken Kabeln an, alles zur Selbstverteidigung.

Von anderen Unternehmen entlassene Arbeiter kommen zur Wujek-Grube. 3000 Arbeiter befinden sich in der Grube, trotzdem gibt es keine Probleme mit Ordnung und Disziplin. Der Waschraum ist Hauptverkehrspunkt. Von Anfang an wird der Streik von den Stadtbewohnern unterstützt. Menschen kommen mit Eßpaketen, Zigaretten und Nachrichten über die Vorgänge im übrigen Land. Die Nacht geht ruhig vorbei.

15. Dezember. Gegen 13 Uhr kommt Alarm, die Grube soll angegriffen werden. Alle kommen aus dem Waschraum und den anderen Räumen mit Waffen in den Händen. Sie singen die polnische Nationalhymne. Aber es ist falscher Alarm.

Am Abend hält ein Priester eine Messe im Waschraum. Er nimmt den Eid der Arbeiter entgegen, solidarisch zu kämpfen, nimmt die Beichte ab und gibt seinen Segen. Dafür wird er später verhaftet.

Die ersten Panzer und gepanzerten Fahrzeuge sind am Nachmittag gekommen und haben im Koscius-Park Stellung bezogen. Sie kreisen die Grube ein. Man kann dreißig Panzer zählen.

Am Abend hört man auch Gerüchte über blutige Auseinandersetzungen in der Staski-Grube. Man sagt, sie sei mit Sprengstoff vermint. Es wird eine Nacht voller Schrecken.

16. Dezember. Frühmorgens um 5.30 Uhr bewegen sich die ersten Panzer in Richtung Grube. Es zeigt sich jetzt, daß das ganze Gebiet isoliert und von Auto- und Zugverkehr abgeschnitten ist.

Die Behörden stellen den Arbeitern in der Grube ein Ultimatum. Vor den Toren beginnen sich die Einwohner der Stadt zu sammeln, unter ihnen viele Frauen und Kinder. Die Frauen singen die religiöse polnische Hymne ,,Gott beschütze Polen", die Arbeiter, die sich auf der anderen Seite des Zaunes verbarrikadiert haben, singen mit. Viele weinen, die Männer auch. Einige Jugendliche klettern über den Zaun und schließen sich den Grubenarbeitern an. Sie werden herzlich begrüßt.

Um 6.11 Uhr beginnen sich die Panzer der Grube zu nähern. Die Frauen versuchen die Straße zu blockieren, einige legten sich vor die Panzer auf den Boden, wodurch diese kurzfristig aufgehalten werden. Dann rücken sie weiter, sachte umzingeln sie die Grube. Die Frauen haben keine Angst. Sie hängen ihre Rosenkränze um die Kanonenrohre der Panzer. Hinter den Panzern folgen Polizeiwagen mit den Sondertruppen der ZOMO, die für ihre fast unmenschliche Brutalität bekannt sind. Schätzungsweise 2000 bis 2500 ZOMO-Polizisten sind zur Wujek-Grube geschickt worden.

Nun beginnen die Grubenarbeiter, die Nationalhymne zu singen. Die ZOMO antwortet mit Wasserwerfern und versucht, die Volksmassen vor der Grube auseinanderzutreiben. Die Leute ziehen sich zu den nächstliegenden Wohnhäusern zurück. Dort stehen sie aneinandergerückt und beginnen bald zu skandieren ,,Gestapo, Gestapo, Gestapo". Die ZOMO feuert Tränengasgranaten gegen sie, die Masse wird kurzzeitig auseinandergetrieben, alle laufen auseinander.

Die ZOMO-Kräfte wenden sich nun der Grube zu und schießen Tränengasgranaten. Gleichzeitig durchbrechen die Panzer die Tore und zerstören den Eßsaal. Die Grube wird von einer Mas-

zer der Grube zu nähern. Die Frauen versuchen die Straße zu blockieren, einige legten sich vor die Panzer auf den Boden, wodurch diese kurzfristig aufgehalten werden. Dann rücken sie weiter, sachte umzingeln sie die Grube. Die Frauen haben keine Angst. Sie hängen ihre Rosenkränze um die Kanonenrohre der Panzer. Hinter den Panzern folgen Polizeiwagen mit den Sondertruppen der ZOMO, die für ihre fast unmenschliche Brutalität bekannt sind. Schätzungsweise 2000 bis 2500 ZOMO-Polizisten sind zur Wujek-Grube geschickt worden.

Nun beginnen die Grubenarbeiter, die Nationalhymne zu singen. Die ZOMO antwortet mit Wasserwerfern und versucht, die Volksmassen vor der Grube auseinanderzutreiben. Die Leute ziehen sich zu den nächstliegenden Wohnhäusern zurück. Dort stehen sie aneinandergerückt und beginnen bald zu skandieren ,,Gestapo, Gestapo, Gestapo". Die ZOMO feuert Tränengasgranaten gegen sie, die Masse wird kurzzeitig auseinandergetrieben, alle laufen auseinander.

Die ZOMO-Kräfte wenden sich nun der Grube zu und schießen Tränengasgranaten. Gleichzeitig durchbrechen die Panzer die Tore und zerstören den Eßsaal. Die Grube wird von einer Mas-

se von Polizisten gestürmt. Sie sind mit Knüppeln und Tränengasgranaten ausgerüstet, sie haben Helme und Schilde.

Die Panzer schießen mit Übungsmunition in Richtung Grube, Gewehrschüsse sind auch zu hören, alles ist in dichte Tränengasnebel gehüllt. Man sieht die ersten Krankenwagen kommen, um Verletzte zu holen.

Die Menschen vor der Grube haben sich vom ersten Schreck erholt und greifen die ZOMO-Polizisten mit Steinen an. Die Frauen sind am entschlossensten und mutigsten, sie lassen sich weder von Wasserwerfern noch von Tränengas einschüchtern. Mit bloßen Händen heben sie die Tränengasgranaten von der Straße auf und werfen sie auf die Polizisten zurück. Die ZOMO muß an zwei Fronten kämpfen. Die zweite Front – Frauen, Kinder, Schuljugend, einige wenige Männer – ist wie ein Haufen widerspenstiger Mücken, die sich nicht wegwedeln lassen, sie blockieren eine der Straßen, die zur Grube führen, mithilfe eines umgestürzten Bauwagens. Dies führt zu einem erneuten Angriff durch die Polizei. Die Masse wird wieder auseinandergetrieben, sammelt sich jedoch bald von neuem.

Um fünf vor eins, d.h. nach zwei Stunden, hat die ZOMO die Aktion der Arbeiter immer noch nicht zerschlagen können. ZOMO wirft verletzte Arbeiter aus den Krankenwagen und legt verletzte Polizisten an ihre Stelle. Protestierende Krankenfahrer werden verprügelt.

Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Neuigkeit, daß die Grubenarbeiter Geiseln genommen haben. Um halb zwei sieht man eine grüne Leuchtrakete, das Zeichen für Abbruch des Polizeieinsatzes. Die ZOMO zieht sich von der Grube zurück. Überall liegen Tränengasgranaten, und das Gas liegt in dichten Wolken über der Grube.

Die ZOMO suchte verbissen nach den Führern des Streiks. Einige von ihnen sind verletzt in ein Militärkrankenhaus gebracht worden. Sechs Arbeiter sind getötet worden und werden in den Waschraum gebracht. Noch einer stirbt später auf dem Weg ins Krankenhaus, ein weiterer kurz nach Weihnachten. Sicherlich gibt es auch Tote unter den ZOMO-Polizisten.

Die ganze Zeit über finden Verhandlungen mit dem restlichen Teil der Streikleitung statt. Die Streikleitung droht damit, die Geiseln zu töten, wenn ZOMO die Grube angreift. Sie versprechen, die Grube zu verlassen und nach Hause zu gehen, wenn die Streitkräfte vollständig zurückgezogen werden. Die Führung der ZOMO geht auf die Bedingungen der Arbeiter ein und garantiert außerdem allen Arbei-

legt verletzte Polizisten an ihre Stelle. Protestierende Krankenfahrer werden verprügelt.

Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Neuigkeit, daß die Grubenarbeiter Geiseln genommen haben. Um halb zwei sieht man eine grüne Leuchtrakete, das Zeichen für Abbruch des Polizeieinsatzes. Die ZOMO zieht sich von der Grube zurück. Überall liegen Tränengasgranaten, und das Gas liegt in dichten Wolken über der Grube.

Die ZOMO suchte verbissen nach den Führern des Streiks. Einige von ihnen sind verletzt in ein Militärkrankenhaus gebracht worden. Sechs Arbeiter sind getötet worden und werden in den Waschraum gebracht. Noch einer stirbt später auf dem Weg ins Krankenhaus, ein weiterer kurz nach Weihnachten. Sicherlich gibt es auch Tote unter den ZOMO-Polizisten.

Die ganze Zeit über finden Verhandlungen mit dem restlichen Teil der Streikleitung statt. Die Streikleitung droht damit, die Geiseln zu töten, wenn ZOMO die Grube angreift. Sie versprechen, die Grube zu verlassen und nach Hause zu gehen, wenn die Streitkräfte vollständig zurückgezogen werden. Die Führung der ZOMO geht auf die Bedingungen der Arbeiter ein und garantiert außerdem allen Arbei-

tern ,,persönliche Sicherheit" während der kommenden 24 Stunden. Aber diese Versprechungen werden nicht gehalten. In der gleichen Nacht beginnt die Verhaftung.

Um halb sieben verlassen die Arbeiter die Grube. Die Geiseln werden völlig unversehrt freigelassen, und während der Nacht wird die Grube von Armeeinheiten besetzt.

17. Dezember. Um halb neun Uhr morgens haben bereits die Bagger mit dem Aufräumen begonnen. Der Zaun um die Grube ist niedergerissen. Ein großes Kreuz steht an einem Tor, sieben Grubenlampen hängen an seinen Balken. Am Fuße des Kreuzes liegen Blumen, und jemand hat die ersten Kerzen angezündet.

Obwohl die Luft immer noch voller Tränengas ist, haben sich viele Menschen um das Kreuz gesammelt. Die Männer mit entblößten Häuptern, die Frauen betend mit dem Rosenkranz in den Händen. Immer wieder wird derselbe Satz wiederholt: ,,Das hier werden wir niemals verzeihen können".

Die Gestorbenen waren junge Männer, die meisten 24 bis 26 Jahre alt, der Älteste war wenig über dreißig.

Die Grubenarbeiter fahren hinunter in die Grube. Sie arbeiten, aber nur symbolisch. Es herrscht Trauer in der Wujek-Grube, alle sind deprimiert. Draußen vor dem Waschraum, im schmutzigen Schnee, liegt eine zerknitterte rot-weiße Fahne mit großen Buchstaben: ,,Solidarität".

Indisch-pakistanische Verhandlungen über bilaterale Fragen

kvz. Indien und Pakistan haben Gespräche zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes aufgenommen. Ursprünglich stammte der Vorschlag zu diesen Gesprächen von der pakistanischen Regierung und es wurden im Juni auch schon welche durchgeführt. Allerdings sind sie damals ohne Ergebnis geblieben. Beide Staaten, die von ihren jeweiligen Außenministern vertreten werden, haben sich darauf geeinigt, daß der Gesprächsrahmen sich strikt auf die zwischen ihnen anhängigen Probleme beschränken solle, zumal in bezug auf bestimmte internationale Fragen wie z.B. Afghanistan unterschiedliche Auffassungen zwischen den beiden Nachbarn bestehen. In diese bilateralen Angelegenheiten will Indien die beiderseitigen Waffenkäufe, das Verbot von ausländischen Militärstützpunkten auf dem jeweiligen Territorium und der Herstellung von Atomwaffen mit einbeziehen. Pakistan begrüßte die indischen Vorschläge und erklärte, daß es über einen beiderseitigen Truppenabbau verhandeln möchte und zum gegenseitigen Verständis von Blockfreiheit. (Indien hat einen Freundschaftsvertrag mit der SU abgeschlossen und Pakistan ist von den Waffenlieferungen der USA stark abhängig.) Zu den schwierigen und noch ungelösten Fragen zwischen beiden Länder gehört die Regelung des Kaschmirproblems, das schon mehrmals zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern geführt hat.

Nichts Neues von der KPF

kvz. Die 2000 Delegierten des 24. Parteitags der französischen Kommunisten bestätigten den Vorsitzenden Marchais für weitere 3 Jahre – und segneten damit auch die besondere Form der Selbstkritik ab, die die Wahlniederlage vom vergangenen Frühjahr nicht etwa aus dem moskautreuen Kurs und dem Abwürgen jeder offenen Debatte in der Partei erklärt, sondern die Ursachen dafür in den 50er Jahren sucht, als die KPF die Entstalinisierung verpaßt habe. Große Stabilität auch bei

die beiderseitigen Waffenkäufe, das Verbot von ausländischen Militärstützpunkten auf dem jeweiligen Territorium und der Herstellung von Atomwaffen mit einbeziehen. Pakistan begrüßte die indischen Vorschläge und erklärte, daß es über einen beiderseitigen Truppenabbau verhandeln möchte und zum gegenseitigen Verständis von Blockfreiheit. (Indien hat einen Freundschaftsvertrag mit der SU abgeschlossen und Pakistan ist von den Waffenlieferungen der USA stark abhängig.) Zu den schwierigen und noch ungelösten Fragen zwischen beiden Länder gehört die Regelung des Kaschmirproblems, das schon mehrmals zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern geführt hat.

Nichts Neues von der KPF

kvz. Die 2000 Delegierten des 24. Parteitags der französischen Kommunisten bestätigten den Vorsitzenden Marchais für weitere 3 Jahre – und segneten damit auch die besondere Form der Selbstkritik ab, die die Wahlniederlage vom vergangenen Frühjahr nicht etwa aus dem moskautreuen Kurs und dem Abwürgen jeder offenen Debatte in der Partei erklärt, sondern die Ursachen dafür in den 50er Jahren sucht, als die KPF die Entstalinisierung verpaßt habe. Große Stabilität auch bei

den Wahlen zum Zentralkomitee, zum Politbüro und zum Sekretariat. Aus dem 21 Mitglieder starken Politbüro schied nur der CGT-Vorsitzende Séguy – aus gesundheitlichen Gründen – aus. Im Sekretariat sitzt neu der Vorsitzende der Parlamentsfraktion Lajoinie. Auf eine Säuberung im Sinne der Führung deuten einige der 12 Wechsel im 145 Leute zählenden ZK. Bei einem der nicht mehr gewählten gibt es Verbindungen zu dem ausgeschlossenen Führer der Kritiker um die Zeitschrift *Rencontres Communistes* (Kommunistische Begegnung), Fiszbin, ein anderer kommt aus der gleichen Parteigliederung wie der Delegierte Garipuy, der als einziger eine Kritik am Kurs Marchais' in jüngster Zeit vorgetragen hatte. – Polen habe für die Partei zwar ,,in ihren Grundfesten erschüttert", die KPF wolle aber jede Internationalisierung des Konflikts vermeiden. Das Land leide schon seit dem 2. Weltkrieg unter Ausnahmezustand. Nicht auf das Abkommen von Jalta, sondern auf die Kriegsfolgen seien die heutigen Schwierigkeiten Polens zurückzuführen – so eine der Thesen des Parteivorstands.

Jörgensen: Auch die USA müssen verurteilt werden

bag.Aarhus. Erhebliches Aufsehen hat der sozialdemokratische Ministerpräsident Dänemarks, Jörgensen, an diesem Montag durch ein Fernsehinterview erregt, in dem er der amerikanischen Regierung Doppelmoral vorwarf, weil sie Freiheitsrechte für Polen fordere, ohne dasselbe für El Salvador und die Türkei zu tun. Wörtlich sagte er: ,,Man muß feststellen, daß die Sowjetunion Afghanistan besetzt hat, und es ist auch eine Tatsache, daß die SU moralisch und ideologisch hinter Polen steht." Frage: ,,Heißt das, die USA stehen genauso hinter der Junta in El Salvador wie die SU hinter der Militärregierung in Polen?" Jörgensen: ,,Das kann man wohl sagen, das bestätigt Reagan auch selbst: daß der Präsident der USA moralisch und mit Geld und vermutlich auch mit Waffen direkt die Militärjunta in El Salvador unterstützt. Das ist verwerflich, meine ich." – Die Stellungnahme der SPD-Fraktion vom Tag darauf, in der jede Militär- und Wirtschaftshilfe an die Junta in El Salvador verurteilt wird, wurde in

das Abkommen von Jalta, sondern auf die Kriegsfolgen seien die heutigen Schwierigkeiten Polens zurückzuführen – so eine der Thesen des Parteivorstands.

Jörgensen: Auch die USA müssen verurteilt werden

bag.Aarhus. Erhebliches Aufsehen hat der sozialdemokratische Ministerpräsident Dänemarks, Jörgensen, an diesem Montag durch ein Fernsehinterview erregt, in dem er der amerikanischen Regierung Doppelmoral vorwarf, weil sie Freiheitsrechte für Polen fordere, ohne dasselbe für El Salvador und die Türkei zu tun. Wörtlich sagte er: ,,Man muß feststellen, daß die Sowjetunion Afghanistan besetzt hat, und es ist auch eine Tatsache, daß die SU moralisch und ideologisch hinter Polen steht." Frage: ,,Heißt das, die USA stehen genauso hinter der Junta in El Salvador wie die SU hinter der Militärregierung in Polen?" Jörgensen: ,,Das kann man wohl sagen, das bestätigt Reagan auch selbst: daß der Präsident der USA moralisch und mit Geld und vermutlich auch mit Waffen direkt die Militärjunta in El Salvador unterstützt. Das ist verwerflich, meine ich." – Die Stellungnahme der SPD-Fraktion vom Tag darauf, in der jede Militär- und Wirtschaftshilfe an die Junta in El Salvador verurteilt wird, wurde in

den dänischen Medien als Unterstützung des Standpunkts von Jörgensen betrachtet.

,,Lose Koalition" oder Einheit aller Kräfte des kampucheanischen Widerstands?

chm. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat den Vorschlag der ASEAN-Staaten zur Bildung einer ,,losen Koalition" aller Widerstandskräfte gegen die vietnamesischen Besatzungstruppen abgelehnt. In der Presse wird Bezug genommen auf einen Brief des Außenministers der Regierung des Demokratischen Kampuchea, Ieng Sary, an den Außenminister Singapurs, Dhanabalan. Die genaue Begründung für die Ablehnung wird nicht genannt.

Nach dem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 30. Januar sah der Vorschlag der Außenminister der ASEAN-Staaten die Bildung einer losen Koalition zwischen den Kräften des Demokratischen Kampuchea, der Nationalen Befreiungsfront der Khmer von Son Sann und der Gruppierung um Prinz Sihanouk vor. Im Rahmen dieser Koalition sollten die militärischen und politischen Aktivitäten koordiniert werden, bestehende Institutionen des Demokratischen Kampuchea sollten bei dieser Koordinierung keine Rolle spielen und die jeweilige Stärke der einzelnen Gruppierungen sollte für eine spätere Regierung des befreiten Kampuchea nicht berücksichtigt werden.

Sowohl Son Sann als auch Sihanouk haben umgehend erklärt, daß sie diesen Vorschlag akzeptieren würden. Flankierend erklärte die Malaysische Regierung, daß sie entschlossen sei, beide Politiker militärisch zu unterstützen, obwohl es bisher zur offiziellen Politik der ASEAN-Staaten gehörte, zumindest nach außen hin jegliche militärische Beteiligung zu vermeiden. Singapur signalisierte seine Bereitschaft, sich an solch einer Unterstützung zu beteiligen und rief die USA und Frankreich dazu auf, auch in diesem Sinn aktiv zu werden.

Diese Vorschläge der ASEAN-Staaten stehen im Widerspruch zu den Prinzipien, die auf der gemeinsamen Konferenz vom 4. September übereinstimmend von Khieu Samphan, Son Sann und Sihanouk verabschiedet worden waren. Diese Prinzipienerklärung drückte den gemeinsamen Wunsch nach einer Koalitionsregierung aus, die den Kampf in allen seinen Formen gegen die vietnamesischen Aggressoren fortsetzen sollte. Eine ad-hoc-Kommission wurde eingerichtet, um die Einzelheiten für die Bildung dieser Koalitionsregierung auszuarbeiten auf der Grundlage der relevanten Resolutionen der UN-Vollversammlung zur Kampucheafrage, die alle den Alleinvertretungsanspruch des Demokratischen Kampuchea betonen und den Rückzug der vietnamesischen Truppen fordern. Es wurde weiterhin vereinbart, daß jegliche Zusammenstöße zwischen den Kräften des Widerstands vermieden werden sollten.

Die Arbeit der ad-hoc-Kommission gestaltete sich sehr schwierig. Haupthindernis dabei war die Forderung Son Sanns, neben dem Amt des Ministerpräsidenten auch alle wichtigen Ministerposten mit eigenen Leuten zu besetzen und die Regierung des Demokratischen Kampuchea ins Exil nach Peking zu schicken. Nicht einmal Sihanouk konnte er für diese Intrige gewinnen. Auf der 8. Sitzung der ad-hoc-Kommission gab Son Sann nach und man einigte sich auf eine von Khieu Samphan vorgelegte Erklärung, nach der jede Widerstandsgruppe mit gleichen Rechten und gleichen Positionen in der Regierung vertreten sein sollte, keine einzige Partei die absolute Kontrolle erhalten, alle wichtigen Angelegenheiten durch Konsens entschieden werden und die Institutionen des Demokratischen Kampuchea erhalten bleiben sollten.

Seit dem 14. November hat diese ad-hoc-Kommission nicht mehr getagt, nachdem Son Sann erklärt hatte, daß er mit dieser prinzipiellen Einigung nicht mehr einverstanden sei.

Auf einer Tagung der Außenministerkonferenz der ASEAN Anfang Dezember wurde schließlich der Vorschlag von der ,,losen Koalition" ausgearbeitet. Dieser Vorschlag entspricht eher der vorherrschenden Strömung unter den ASEAN-Staaten als die Prinzipienerklärungen vom September und Oktober: Zum einen würde seine Annahme das Demokratische Kampuchea politisch und militärisch schwächen, er würde auf alle Fälle eine bessere Grundlage abgeben für den Aufbau der sog. ,,dritten Kraft", als deren Fürsprecher sich Sihanouk seit langem aufgeführt hat.

Solch eine ,,dritte Kraft" wäre auch eher für eine Verhandlungslösung mit dem vietnamesischen Aggressor zu gewinnen. In einem Interview mit der Zeitschrift ,,Far Eastern Economic Review" deutete der vietnamesische Außenminister an, daß Vietnam einer ,,Einigung" zwischen der Regierung Heng Samrin und ,,anderen kampucheanischen Kräften" nicht im Wege stehen würde, natürlich bei fortdauernder Anwesenheit der vietnamesischen Truppen im Lande. Zumindest von einem Mitglied der ASEAN ist bekannt, daß es solch eine Lösung aktiv anstrebt, nämlich Indonesien.

Vietnam müßte ein Interesse an solch einer Lösung haben, weil der Krieg in Kampuchea seine Ressourcen ausblutet und den inneren Widerstand gegen die Regierung stärkt. Die einzige Kraft, die sich gegen diese Lösung stellt, ist die Regierung des Demokratischen Kampuchea. In den befreiten Gebieten und in den Reihen der Befreiungsarmee sind mehrere Versammlungen durchgeführt worden, auf denen dieser Vorschlag mit der ,,losen Koalition" diskutiert worden ist. Er ist, wie das Informationsbulletin des Demokratischen Kampuchea berichtet, überall abgelehnt worden.

Vom ‚Krieg gegen die Armut‘ zum Krieg gegen die Armen

Präsident Reagans „roll-back“ in der Sozialpolitik
Von Bernhard Peters

Am 28. Januar versammelten sich beide Häuser des amerikanischen Kongresses, die Mitglieder von Repräsentantenhaus und Senat, um in einem feierlichen Akt den hundertsten Geburtstag von Franklin D. Roosevelt zu begehen – des amerikanischen Präsidenten, der in der Großen Depression Anfang der dreißiger Jahre zum erstenmal in der Geschichte der USA massive staatliche Ausgaben- und Arbeitsbeschaffungsprogramme gegen die Massenarbeitslosigkeit durchsetzte, und in dessen Amtszeit die ersten Ansätze einer regelrechten Sozialgesetzgebung verwirklicht wurden.

Zwei Tage vorher hatte Präsident Reagan dem Kongreß ähnlich feierlich seine „State of the Union Message“, seine Botschaft über die „Lage der Union“ vorgetragen. Mit großem Pathos bemüht, seinem Vortrag den gleichen historischen Rang zu geben, den Roosevelts Ankündigung eines „New Deal“ für Amerika damals hatte, verkündete Reagan einen „Neuen Föderalismus“: In einer Übergangszeit von acht Jahren, beginnend 1984, sollen die Bundesstaaten der USA einen beträchtlichen Teil der Programme der Sozialen Sicherheit übernehmen, die bis jetzt hauptsächlich in der Verantwortung des Zentralstaats liegen.

Kritiker spotteten nachher, der Präsident habe dieses Projekt für das nächste Jahrzehnt eigens für diesen Auftritt erfunden, weil sich über die soziale und wirtschaftliche Lage der Gegenwart und der näheren Zukunft nichts ähnlich Erhebendes habe sagen

lassen. Knapp zwei Wochen später mußte Reagan konkretere Pläne auf den Tisch legen: Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1983 (das am 1. Oktober beginnt) wurde, wiederum mit einer „Botschaft“ Reagans versehen, dem Kongreß vorgelegt. Er enthält Steigerungen der Militärausgaben, wie sie in Friedenszeiten in den USA noch nicht da waren, weitere einschneidende Kürzungen von Sozialausgaben und dennoch ein gewaltiges Defizit, das die Regierung auf 90 Milliarden Dollar, ein Ausschuß des Kongresses auf 157 Milliarden Dollar schätzt. Bei näherem Hinsehen drängt sich der Verdacht auf, daß Reagans „Neuer Föderalismus“ nicht bloß der Ablenkung von den trüben Seiten der wirtschaftlichen Lage und der Haushaltspolitik, sondern auch direkt den gleichen Zwecken wie die Haushaltspolitik dient: der Beraubung der Armen und der Begünstigung der Reichen.

Unter den kapitalistischen Industrieländern gehören die Vereinigten Staaten zweifellos zu denjenigen, deren staatliches System sozialer Hilfe am rückständigsten und mangelhaftesten ist. Bis heute gibt es beispielsweise kein den europäischen Sozialversicherungen vergleichbares System. Man muß älter als 65 Jahre oder als Bedürftiger offi-

lassen. Knapp zwei Wochen später mußte Reagan konkretere Pläne auf den Tisch legen: Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1983 (das am 1. Oktober beginnt) wurde, wiederum mit einer „Botschaft“ Reagans versehen, dem Kongreß vorgelegt. Er enthält Steigerungen der Militärausgaben, wie sie in Friedenszeiten in den USA noch nicht da waren, weitere einschneidende Kürzungen von Sozialausgaben und dennoch ein gewaltiges Defizit, das die Regierung auf 90 Milliarden Dollar, ein Ausschuß des Kongresses auf 157 Milliarden Dollar schätzt. Bei näherem Hinsehen drängt sich der Verdacht auf, daß Reagans „Neuer Föderalismus“ nicht bloß der Ablenkung von den trüben Seiten der wirtschaftlichen Lage und der Haushaltspolitik, sondern auch direkt den gleichen Zwecken wie die Haushaltspolitik dient: der Beraubung der Armen und der Begünstigung der Reichen.

Unter den kapitalistischen Industrieländern gehören die Vereinigten Staaten zweifellos zu denjenigen, deren staatliches System sozialer Hilfe am rückständigsten und mangelhaftesten ist. Bis heute gibt es beispielsweise kein den europäischen Sozialversicherungen vergleichbares System. Man muß älter als 65 Jahre oder als Bedürftiger offiziell anerkannt sein, um Anspruch auf Deckung von Kosten der medizinischen Versorgung zu haben, die auch dann nur teilweise erfolgt. Wer nicht arm oder alt genug ist, um in den Genuß dieser Regelung zu kommen, muß Versicherungsverträge abschließen, die sehr kostspielig sind. Die meisten begnügen sich deshalb mit Vereinbarungen, die nur einen geringen Teil der Kosten decken. Für Millionen, und nicht nur der Ärmsten, bedeutet deshalb die Möglichkeit, krank zu werden, eine drohende Katastrophe, die die wirtschaftliche Situation einer Familie auf Dauer untergraben kann.

Die wichtigsten Bestandteile des bestehenden Systems sozialer Sicherheit sind:

– Die staatliche Altersversorgung und die Arbeitslosenversicherung. Die Altersversorgung reicht ohne Zusatzversicherung nicht zum Leben; der Anspruch auf Arbeitslosengeld wurde von der Regierung Reagan bereits mit dem Haushalt '82 auf 26 Wochen (statt 39) verkürzt

– Medicaid: teilweise Übernahme der Kosten der Gesundheitsversorgung für Arme; im letzten Jahr waren 22 Millionen (bei einer Bevölkerung von rund 230 Millionen) anspruchsberechtigt

– Aid to Families with Dependent Children (AFDC), „Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern“. Im letzten Jahr wurde Unterstützung an 11,1 Millionen Personen gewährt. Jeder Bundesstaat kann das Niveau der Unterstützungszahlungen jeweils festlegen (sie schwankten 1981 zwischen 96 Dollar im Monat für eine dreiköpfige Familie in Mississippi bis 200 Dollar für eine ähnliche Familie in New York).

Die Kosten werden zwischen Bundesstaaten und Zentralregierung geteilt
– Food Stamps: Berechtigungsscheine für kostenlose Lebensmittel. Im letzten Jahr gab es 21,7 Millionen Empfänger.

Finanzierung, Feststellung der Anspruchsberechtigung, Modalitäten der Verteilung sind auf unterschiedliche Weise zwischen Zentralstaat und Bundesstaaten geregelt. Hinzu kommt eine ganze Reihe weiterer Sozialgesetze und -programme, darunter die sogenannten „Berechtigungsprogramme“, Sozialleistungen, auf die Anspruch hat, wer bestimmte Kriterien für Armut und Bedürftigkeit erfüllt: Mietbeihilfen, Heizungskostenzuschüsse und anderes.

Das alles ähnelt entfernt unserer Sozialhilfe, ist aber (wegen des Fehlens einer gesetzlichen Krankenversicherung und den Mängeln der Arbeitslosen- und Rentenversicherung, und wegen der Massenhaftigkeit „absoluter Armut“) noch viel ausgedehnter, zudem oft wesentlich bürokratischer und schikanöser – was sich sinnfällig im System der Food Stamps, der Lebensmittelmarken darstellt, die ihren Empfänger in aller Öffentlichkeit als Sozialhilfefall abstempeln

Schulspeisungen, bei den Zuwendungen für unverheiratete Mütter, beim öffentlichen Sozialbauprogramm, das ohnehin äußerst dürftig ist, beim Rechtsbeistand für Arme und bei Stipendien für mittellose Studenten.

Im jetzt vorgelegten Haushalt für 1983 sind noch einmal Kürzungen in ähnlicher Höhe vorgesehen. Wiederum sollen Medicaid und Medicare beschnitten werden, vor allem durch noch höhere individuelle Selbstbeteiligung an den Gesundheitskosten; wiederum sollen Sozialhilfeleistungen und Lebensmittelhilfen für die armen Familien eingeschränkt werden, sollen Sozialhilfe-Empfänger schärfer kontrolliert und zur Arbeitsaufnahme auch unter schlechten Bedingungen angetrieben werden, sollen staatliche Ausbildungsmaßnahmen (Umschulungen und ähnliches) noch weiter reduziert werden.

Die Übergabe zahlreicher Sozialhilfe-Programme an die Bundesstaaten, aber auch von anderen Aufgabenbereichen vom Straßenbau bis zum Bildungswesen scheint progressiv; sie entspricht der auch von Reagan gepflegten populären Kritik am Wuchern des Zentralstaats, an der Aufblähung einer

Die Kosten werden zwischen Bundesstaaten und Zentralregierung geteilt
– Food Stamps: Berechtigungsscheine für kostenlose Lebensmittel. Im letzten Jahr gab es 21,7 Millionen Empfänger.

Finanzierung, Feststellung der Anspruchsberechtigung, Modalitäten der Verteilung sind auf unterschiedliche Weise zwischen Zentralstaat und Bundesstaaten geregelt. Hinzu kommt eine ganze Reihe weiterer Sozialgesetze und -programme, darunter die sogenannten „Berechtigungsprogramme“, Sozialleistungen, auf die Anspruch hat, wer bestimmte Kriterien für Armut und Bedürftigkeit erfüllt: Mietbeihilfen, Heizungskostenzuschüsse und anderes.

Das alles ähnelt entfernt unserer Sozialhilfe, ist aber (wegen des Fehlens einer gesetzlichen Krankenversicherung und den Mängeln der Arbeitslosen- und Rentenversicherung, und wegen der Massenhaftigkeit „absoluter Armut“) noch viel ausgedehnter, zudem oft wesentlich bürokratischer und schikanöser – was sich sinnfällig im System der Food Stamps, der Lebensmittelmarken darstellt, die ihren Empfänger in aller Öffentlichkeit als Sozialhilfefall abstempeln.

In den letzten Jahren galten im Durchschnitt über 10 Prozent der Bevölkerung als „arm“, d.h. unter der offiziellen Armutsgrenze liegend; für die schwarze Bevölkerung liegt der Anteil wesentlicher höher; gegenwärtig dürfte er im Steigen begriffen sein. Ohnehin sind das offizielle, d.h. Mindestzahlen. Für das erste Quartal '82 werden 9,3 Prozent Arbeitslose geschätzt, das sind über 9 Millionen Menschen. Unter der schwarzen Bevölkerung beträgt die Arbeitslosigkeit 17,4%, unter den Jugendlichen 21,7%, unter den farbigen Jugendlichen knapp 40% (Stand Dezember). Dazu kommen 1,2 Millionen nicht mehr erfaßte Arbeitslose und 5,4 Millionen, die unfreiwillig weniger als 35 Stunden beschäftigt sind. Bekannt ist das Elend in den Slums der großen Städte, wo massenhaft Not und Verzweiflung herrschen und ein Großteil der Jugendlichen in chronischer Armut, Arbeitslosigkeit, Gewalttätigkeit und Drogenkonsum vegetiert; weniger bekannt ist das oft ebenso drückende Elend der Landgebiete, bei den Schwarzen im Süden, den Chicanos in Kalifornien, den Kleinbauern in den Appalachen, den Indianern in den Reservaten.

Angesichts dieser Zustände hat die Regierung Reagan im letzten Jahr, im Rahmen des Haushalts '82, umfangreiche Kürzungen der Sozialausgaben in Höhe von durchschnittlich rund 12 Prozent durchsetzen können. (Gleichzeitig hat sie den Reichen massive Steuergeschenke gemacht.) Gekürzt wurde an der Dauer der Arbeitslosenunterstützung, an den Beihilfen für die Gesundheitsversorgung der Armen und der Alten; an Lebensmittelmarken und Schulspeisungen, bei den Zuwendungen für unverheiratete Mütter, beim öffentlichen Sozialbauprogramm, das ohnehin äußerst dürftig ist, beim Rechtsbeistand für Arme und bei Stipendien für mittellose Studenten.

Im jetzt vorgelegten Haushalt für 1983 sind noch einmal Kürzungen in ähnlicher Höhe vorgesehen. Wiederum sollen Medicaid und Medicare beschnitten werden, vor allem durch noch höhere individuelle Selbstbeteiligung an den Gesundheitskosten; wiederum sollen Sozialhilfeleistungen und Lebensmittelhilfen für die armen Familien eingeschränkt werden, sollen Sozialhilfe-Empfänger schärfer kontrolliert und zur Arbeitsaufnahme auch unter schlechten Bedingungen angetrieben werden, sollen staatliche Ausbildungsmaßnahmen (Umschulungen und ähnliches) noch weiter reduziert werden.

Die Übergabe zahlreicher Sozialhilfe-Programme an die Bundesstaaten, aber auch von anderen Aufgabenbereichen vom Straßenbau bis zum Bildungswesen scheint progressiv; sie entspricht der auch von Reagan gepflegten populären Kritik am Wuchern des Zentralstaats, an der Aufblähung einer uneffektiven Bürokratie, und der Forderung nach mehr „Bürgernähe“; sie entspricht auch der starken föderalistischen Tradition der USA. Trotzdem machte eine Anzahl von Gouverneuren und Bürgermeistern bereits Front gegen Reagans Absichten. Obwohl den Bundesstaaten zusammen mit den neuen Aufgaben auch die Verfügung über neue Steuerquellen zugesichert wurde, vor allem die Verfügung über indirekte Steuern, berechneten einige Staaten, daß der Handel zu ihren Ungunsten ausgehen würde, weil die Kosten stärker steigen würden als die zusätzlichen Einnahmen. Für die Bundesstaaten wäre das ein starker Anreiz, einen Teil dieser Programme schlicht einzustellen, woran sie nach der Übergangszeit ab 1991 auch gesetzlich nicht gehindert wären. Die unterschiedlichen politischen Kräfteverhältnisse in den Staaten, die zum erheblichen Teil auf den unterschiedlichen Sozialstrukturen beruhen (vor allem den Unterschieden zwischen dem Süden und dem immer noch wesentlich stärker industrialisierten Norden und Westen), könnten dann zu einem etappenweisen Abbau genutzt werden. Eine Folge der Ungleichbehandlung könnte eine neue große „Völkerwanderung der Armen“ (vergleichbar der früheren Wanderung der schwarzen Bevölkerung aus dem Süden) zu den nördlichen industrialisierten Staaten sein, die sich schon heute durch ein vergleichsweise besseres Niveau der Sozialpolitik auszeichnen; diese wiederum müßten dann die Steuern erhöhen, was die Industrie zum Abwandern veranlassen könnte. Bereits im letzten Jahr waren die staatlichen Zuwendungen an die Stadtverwaltungen eingeschränkt worden; die Städte waren gezwungen, ihren Etat zu beschränken, öffentliche Investitionen und Dienstleistungen zu beschneiden.

Amerikanische Traditionen

Der Widerstand gegen Reagans Maßnahmen ist bislang schwach. Reagan und seine konservativen Freunde können es sich leisten, Millionen von Arbeitslosen und Armen zu verhöhnen, indem ihnen zu verstehen gegeben wird, daß sie an ihrem Schicksal selbst schuld seien. In den amerikanischen Gewerkschaften ist die Beschränkung auf unmittelbar gewerkschaftliche Forderungen – und das heißt unter anderem, auf Forderungen zugunsten der beschäftigten Arbeiter – stark verwurzelt, der Gedanke der kollektiven Solidarität aller Abhängigen und die Einsicht in die Notwendigkeit der politischen Aktion auf dem Gebiet sozialer Reformen hat relativ wenig Tradition. In Westeuropa blickt die Arbeiterbewegung auf eine lange Geschichte von Kämpfen und Bemühungen um ein System kollektiver Sicherungen zurück, die getragen waren von dem Bewußtsein über die nicht in der Natur oder in individueller Verantwortung, sondern in der Gesellschaftsstruktur liegenden Ursachen von Existenzunsicherheit und Armut. In dieser Tradition hat sich ein Bewußtsein von der Notwendigkeit kollektiver Solidarität und von der Notwendigkeit und Berechtigung von Maßnahmen zur Minderung des individuellen sozialen Risikos halten können.

In den USA ist eine andere Betrachtung der Armut immer noch weitverbreitet: daß sie nicht auf die Gesellschaft zurückzuführen ist, sondern in individuelle Verantwortung fällt. Die Vorstellungen des ökonomischen Individualismus und dessen Fähigkeit, eine Gesellschaftsordnung zu bilden, die jedem Einzelnen eine auf seine Arbeit und Verdienste gegründete Unabhängigkeit und Würde garantiert, haben ihre Bedeutung behalten. Ihre Stärke, auch innerhalb der Arbeiterbewegung, hat historische Gründe: der Einfluß einer zahlreichen, unabhängigen Bauernschaft macht sich in der Frühzeit der Arbeiterbewegung geltend; die rasche Industrialisierung absorbiert eine Zeitlang die Flut der Arbeitskräfte; das Proletariat ist nicht nur in Schwarze und Weiße gespalten, sondern auch nach den aufeinanderfolgenden Einwanderungswellen; andere Gründe ließen sich noch nennen. Aufstiegsstreben ist das vorherrschende soziale Leitbild, stärker als kollektive Solidarität; gefordert wird der freie Zugang zu diesem Konkurrenzsystem, die gleichberechtigte Teilnahme.

Für die kollektiven Sozialbeziehungen spielt noch lange die Community, die Gemeinde oder Nachbarschaft eine große Rolle. Anfang des 20. Jahrhun-

In den USA ist eine andere Betrachtung der Armut immer noch weitverbreitet: daß sie nicht auf die Gesellschaft zurückzuführen ist, sondern in individuelle Verantwortung fällt. Die Vorstellungen des ökonomischen Individualismus und dessen Fähigkeit, eine Gesellschaftsordnung zu bilden, die jedem Einzelnen eine auf seine Arbeit und Verdienste gegründete Unabhängigkeit und Würde garantiert, haben ihre Bedeutung behalten. Ihre Stärke, auch innerhalb der Arbeiterbewegung, hat historische Gründe: der Einfluß einer zahlreichen, unabhängigen Bauernschaft macht sich in der Frühzeit der Arbeiterbewegung geltend; die rasche Industrialisierung absorbiert eine Zeitlang die Flut der Arbeitskräfte; das Proletariat ist nicht nur in Schwarze und Weiße gespalten, sondern auch nach den aufeinanderfolgenden Einwanderungswellen; andere Gründe ließen sich noch nennen. Aufstiegsstreben ist das vorherrschende soziale Leitbild, stärker als kollektive Solidarität; gefordert wird der freie Zugang zu diesem Konkurrenzsystem, die gleichberechtigte Teilnahme.

Für die kollektiven Sozialbeziehungen spielt noch lange die Community, die Gemeinde oder Nachbarschaft eine große Rolle. Anfang des 20. Jahrhunderts gibt es keine Sozialgesetzgebung, aber ein Netz nachbarschaftlicher Hilfsbereitschaft und bürgerlicher Wohltätigkeit, von menschenfreundlichen Gesellschaften, Vereinen der Pfarrgemeinden, lokalen Behörden. Auch die öffentliche Armenhilfe wird zunächst vor allem über solche Kanäle verteilt.

Erst das Ausmaß der ökonomischen Krise, die 1929 beginnt, macht eine grundsätzliche Änderung erforderlich. 1933 gibt es in den USA 12 Millionen Arbeitslose, von denen weniger als ein Viertel durch die traditionellen Einrichtungen unterstützt wird. Die Staaten, in denen die großen Industriezentren liegen, vor allem der Staat New York, dessen Gouverneur Franklin D. Roosevelt ist, sind zu den ersten Hilfsmaßnahmen gezwungen. Während sich die sozialen und politischen Unruhen ausbreiten, wird Roosevelt zum Präsidenten gewählt; nach seinem Amtsantritt 1933 leitet er sofort Maßnahmen ein: Unterstützung für 20 Millionen Bedürftige, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm mit staatlichen Hoch- und Tiefbauprojekten. Das sind jedoch nur vorübergehende Maßnahmen; der 1935 verabschiedete Social Security Act enthält dagegen die ersten Ansätze einer dauerhaften Sozialgesetzgebung. In seinen Bestimmungen ist eine Arbeitslosenversicherung vorgesehen; 1942 wird eine Altersversicherung für Arbeiter hinzugefügt. Eine gesetzliche Regelung der Krankenversicherung wird nicht beschlossen; es wird noch bis 1965 dauern, bis die Regierung die teilweise Deckung der Kosten der Gesundheitsversorgung von Mittellosen und Alten beschließt. Gesichert sind durch diese Gesetze im Wesentlichen Lohnabhängige bzw. ehemalige Lohnabhängige. Die einzigen Bestimmungen, die die Möglichkeit zur Unterstützung anderer Kategorien von Hilfsbedürftigen eröffnen, sind einige, die Alte und Behinderte und vor allem die, welche die „abhängigen Kinder“ betreffen.

Diese Bestimmungen sind typisch für das amerikanische System der sozialen Sicherung: Die „Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern“, die noch heute einen wesentlichen Bestandteil des Systems bildet, stellt die Erweiterung und Systematisierung der Hilfsmaßnahmen für Witwen und in Not geratene Mütter dar, die früher in anderen Formen praktiziert wurden; sie zielten unter anderem darauf ab, die Einweisung von Kindern aus „zerrütteten Familien“ in Heime zu vermeiden. Eine „zerrüttete Familie“, d.h. in der Regel die Abwesenheit oder Krankheit eines Elternteils ist auch später noch Voraussetzung der Hilfeleistung; den Nachweis muß die Familie selbst erbringen; erst spät wird die Unfähigkeit des Vaters, wegen Arbeitslosigkeit den Unterhalt zu verdienen, als Kriterium der Hilfsbedürftigkeit anerkannt.

Insgesamt bleibt der Charakter bürgerlicher Wohltätigkeit (die aus Gründen der Moral oder der Vorsicht gewährt wird), an diesem System haften: die Notwendigkeit von Hilfeleistung zu bestätigen, aber ein *Recht* auf Unterstützung zu verleugnen. Bevormundung und Demütigung der Hilfsbedürftigen gehören zu diesem System.

Im Zeitraum zwischen 1935 und dem Beginn der sechziger Jahre gibt es einen gewissen Ausbau der Gesetzgebung; aber erst in den sechziger Jahren gibt es erneut größere Veränderungen. Vorbereitet sind sie durch Enthüllungen über das „andere Amerika“, die „häßliche Seite“ des amerikanischen Lebens. Die stark gewachsene schwarze Bevölkerung der Städte wird als Stimmenpotential bei den Wahlen bedeutend, das schlägt sich in der Wahl des Demokraten John F. Kennedy nieder. Gleichzeitig brechen in fast allen Großstädten nacheinander schwere Rassenunruhen aus; die Bürgerrechtsbewegungen nehmen ihren Aufschwung. Umfangreiche Reformprogramme, die vor allem auf die Ghettos der Städte zugeschnitten sind (die Lage in den ländlichen Gebieten ist ebenso traurig, aber weniger explosiv) werden entwickelt. Die Regierung Johnson erklärt den „bedingungslosen Krieg gegen die Armut“.

Obwohl diese Maßnahmen zweifellos wirksam sind und eine gewisse Verbesserung bedeuten, wird der Umfang der Armut nur etwas eingedämmt; ein Zehntel der Bevölkerung bleibt in seiner Existenz vollständig abhängig von der Sozialbürokratie, die das Massen-

dürftigen gehören zu diesem System.

Im Zeitraum zwischen 1935 und dem Beginn der sechziger Jahre gibt es einen gewissen Ausbau der Gesetzgebung; aber erst in den sechziger Jahren gibt es erneut größere Veränderungen. Vorbereitet sind sie durch Enthüllungen über das „andere Amerika“, die „häßliche Seite“ des amerikanischen Lebens. Die stark gewachsene schwarze Bevölkerung der Städte wird als Stimmenpotential bei den Wahlen bedeutend, das schlägt sich in der Wahl des Demokraten John F. Kennedy nieder. Gleichzeitig brechen in fast allen Großstädten nacheinander schwere Rassenunruhen aus; die Bürgerrechtsbewegungen nehmen ihren Aufschwung. Umfangreiche Reformprogramme, die vor allem auf die Ghettos der Städte zugeschnitten sind (die Lage in den ländlichen Gebieten ist ebenso traurig, aber weniger explosiv) werden entwickelt. Die Regierung Johnson erklärt den „bedingungslosen Krieg gegen die Armut“.

Obwohl diese Maßnahmen zweifellos wirksam sind und eine gewisse Verbesserung bedeuten, wird der Umfang der Armut nur etwas eingedämmt; ein Zehntel der Bevölkerung bleibt in seiner Existenz vollständig abhängig von der Sozialbürokratie, die das Massenelend zu verwalten und zu kontrollieren hat.

An die unter dem Druck der Unruhen der dreißiger Jahre, der Bürgerrechtsbewegung und der Ghetto-Aufstände der sechziger Jahre geschaffenen bescheidenen Regelungen legt Reagan jetzt die Axt an, und er greift dabei auf die alten Ideologien der individuellen Tüchtigkeit und Unabhängigkeit (und mithin der Untüchtigkeit der Arbeitslosen und Armen, die nicht belohnt werden dürfe) zurück.

Aber es ist nicht alles beim Alten geblieben. Im letzten Frühjahr sind die Führungen der die Gewerkschaften über ihren Schatten gesprungen und haben zu einer politischen Massendemonstration aufgerufen, was sie vorher lange Zeit fast vollständig vermieden hatten. Neu war auch, daß sie diesmal eine Aufforderung zur Beteiligung an fremde Organisationen richteten: an die Organisationen schwarzer und hispanischer Minderheiten und an Frauen- und Umweltschutz-Verbände. Zur Demonstration am „Solidaritäts-Tag“ im September kamen 260000 nach Washington, die große Mehrzahl Gewerkschaftsmitglieder, weit mehr, als erwartet worden waren. Die alte Opposition gegen den Vietnamkrieg beginnt angesichts der Politik Reagans in Mittelamerika wieder aktiv zu werden; Ärzte, Wissenschaftler, Geistliche sind Initiatoren von neuen Kampagnen gegen die nukleare Rüstung; Bürgerrechtler, Vertreter der Minderheiten und der Umweltschutzbewegung haben neben den Gewerkschaften den Protest gegen Reagans Sozialpolitik aufgenommen. Das „andere Amerika“ ist noch lebendig.

„Stichwort Nord-Süd-Dialog“

Einige Bemerkungn zur sozialliberalen Entwicklungspolitik

rük. Westberlin. Die Technische Universität Berlin hat eine lange Tradition in der Ausbildung ausländischer Studenten; heute studieren dort 4500 von etwa 53000 Ausländern an westdeutschen und Westberliner Hochschulen, die meisten davon aus Ländern der Dritten Welt. Diese Tatsache scheint sie prädestiniert zu haben, sich stärker auch um die politische Dimension der Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses für die Dritte Welt zu kümmern. Vor ein paar Jahren wurden dazu Veranstaltungen und internationale Symposien unter dem Thema „Technologie-Transfer“ durchgeführt, seit 1980 hat ein Programm „Stichwort: Nord-Süd-Dia-log“ begonnen. Unter dieses Stichwort lassen sich vor allem publizistische Äußerungen, veröffentlicht im „TU-Journal“, fassen. Verschiedene Fachleute haben ihre Meinungen zum Bericht der Nord-Süd-Kommission kundgetan. Außerdem sind dort einzelne Reden einer Podiumsdiskussion mit Mitgliedern der Nord-Süd-Kommission veröffentlicht wie auch ein Teil des gerade ausgelaufenen Veranstaltungsprogramms mit führenden Entwicklungspolitikern.

Anhand dieser Berichte, unterstützt durch weitere Veröffentlichungen sozialdemokratischer Entwicklungspolitiker (Erhard Eppler, Wenig Zeit für die Dritte Welt, 1971; Rainer Offergeld, Entwicklungshilfe – Abenteuer oder Politik?, 1980) soll die sozialliberale Entwicklungspolitik dargestellt und vor allem anhand der Bereiche Forschung und Ausbildung untersucht werden. Dort werden auch die Ergebnisse der Nord-Süd-Kommission (Brandt-Report) hineinspielen. Doch zunächst sei auf die historische Entwicklung der Entwicklungshilfe seit dem Zweiten Weltkrieg eingegangen.

Drei Jahrzehnte Entwicklungspolitik

1944, als sich das Ende und der Ausgang des Zweiten Weltkrieges abzeichneten, machten sich die US-Imperialisten daran, als neue die Welt beherrschende Macht sich auch Organisationen zu schaffen, die diese Macht sichern sollten. In jenem Jahr luden sie verschiedene Staaten, darunter auch die Sowjetunion, nach Bretton Woods, um ihnen den von den Briten und den USA entworfenen Plan für zwei Weltwirtschaftsorganisationen vorzulegen: Die „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ oder kurz Weltbank und den „Internationalen Währungsfonds“ (IWF). Die Weltbank war für die Kreditvergabe zuständig, der IWF für die Sicherung eines freien Warenaustausches. Beide Organisationen stehen formell allen Ländern offen, werden jedoch von den Hauptindustrieländern wegen des nach Beitragshöhe gestaffelten Stimmrechts kontrolliert. Die Sowjetunion ist beiden Organisationen nicht beigetreten. Zudem muß bedacht werden, daß zu diesem Zeitpunkt noch kaum unabhängige Staaten der Dritten Welt existierten, also eine Einflußnahme von dieser Seite nicht in Frage kam.

Die Gründung der Vereinten Nationen 1946, die jedem Mitgliedsland eine Stimme zusicherte, und der verstärkte erfolgreiche Unabhängigkeitskampf der Völker der Dritten Welt führten dazu, daß hier im Laufe der Zeit eine Organisation entstand, die die Interessen der Entwicklungsländer zum Ausdruck brachte, wenngleich die Resolutionen der Vollversammlung nicht bindend sind und im Sicherheitsrat die Imperialisten bei wichtigen Beschlüssen in der Regel von ihrem sich anfangs zugesicherten Vetorecht Gebrauch machen. Außerdem kontrollierten sie über Weltbank und IWF sowie durch finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen die Länder der Dritten Welt. Zudem konnten die USA im GATT-Abkommen (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) von 1947 durchsetzen, daß Meistbegünstigungsklauseln in Verträge eingebaut wurden, was Anfang der sechziger Jahre noch intensiviert wurde.

Mit Kapitalexport und vor allem Direktinvestitionen, die einen unmittelbaren Einfluß auf die jeweiligen Länder garantieren, sicherten sich die USA vor allem ab Ende der 50er Jahre verstärkten Einfluß sowohl auf europäische imperialistische Staaten als auch auf Länder der Dritten Welt. Diese Art von Entwicklungshilfe wurde jedoch bekanntermaßen entschieden abgelehnt von den Ländern der Dritten Welt und so ging sie von 1963 auf 1969 etwa um die Hälfte zurück, was von den anderen imperialistischen Staaten bedauert wurde.

Die Hilfe wird allgemein nach Entwicklungsdekaden untergliedert: Erste Dekade 60er Jahre, zweite 70er und dritte 80er Jahre. Die einzelnen Dekaden spiegeln eine sich wandelnde Auffassung von Entwicklungspolitik wider. Zunächst standen reine Kapitalleistungen im Vordergrund, was am einfachsten die Länder unter Kontrolle halten ließ. Die von der Weltbank beauftragte Pearson-Kommission stellte dann 1969 ihre Arbeitsergebnisse vor, wobei entsprechend der damaligen Entwicklungspolitik Vorschläge gemacht wurden, die sich hauptsächlich an die Institutionen von Bretton Woods und westliche Regierungen richteten. Dennoch mußte stärker auf die Bedürfnisse der Länder der Dritten Welt Rücksicht genommen werden, die durch die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und die Bildung der „Gruppe der 77“ stärkeres Gewicht bekamen und stärkeren Einfluß auf die Welthandelsbedingungen forderten. Die 70er Jahre waren gekennzeichnet nicht mehr in erster Linie durch reine Kapitalhilfe, sondern mehr durch die Debatte in Bezug auf das Weltwirtschaftssystem. Die Forderungen der Dritten Welt diesbezüglich wurden jedoch bisher immer von den imperialistischen Staaten abgelehnt, weil dies die profitablen Handels- und Einflußmöglichkeiten beschränkt hätte. Die Nord-Süd-Kommission geht davon aus, daß durch die Stärkung der Position der Länder der Dritten Welt, insbesondere seit der Durchsetzung eines angemessenen Ölpreises, und angesichts der die ganze Welt bedrohenden Probleme wie Ernährung und Umweltbedrohung durch einen ständig steigenden Kohlendioxidgehalt der Luft die Zeit gekommen sei, daß in den achtziger Jahren Nord und Süd gemeinsam ihr „Überleben sichern“, wie das Motto der Kommission ist, wobei der Süden auf eine gleichberechtigtere Position innerhalb der internationalen Arbeitsteilung Wert legt.

Westdeutscher Realismus

Die westdeutsche Entwicklungshilfe begann etwa mit der Gründung des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Jahre 1961, ein Ministerium übrigens, dem nie ein Christdemokrat vorstand. Die Bundesregierung hat bisher ein umfangreiches Instrumentarium staatlicher Sicherungen für zumeist private Projekte in der Dritten Welt eingerichtet, was zur nicht uneigennützigen Entwicklungshilfe beitragen soll. Dazu gehören bilaterale Investitionsförderungsverträge, Bundesgarantien, die Unternehmen bis zu 95% gegen Risiken wie Umsturz schützen; Doppelbesteuerungsabkommen, die eine Senkung ausländischer Steuersätze in Entwicklungsländern bewirken; Entwicklungsländer-Steuergesetz mit ähnlicher Zielrichtung und einiges mehr, wie etwa auch Bezuschussung betrieblicher Ausbildungsmaßnahmen westdeutscher Firmen in Entwicklungsländern.

Nach der ersten Entwicklungsdekade mußten auch die Politiker in den imperialistischen Ländern feststellen, daß die Art und Weise der Entwicklungspolitik, wie sie bis dahin betrieben worden war, so nicht weitergehen konnte. Auch die internationale Arbeitsteilung, die vorsieht, daß die Entwicklungsländer die Rohstoffe, landwirtschaftlichen Produkte und andere Fertigwaren zu liefern haben, kam in Gefahr. Durch unkontrollierte bzw. wissenschaftlich nicht begründbare Maßnahmen waren alte gesellschaftliche Strukturen soweit zerstört worden, daß dadurch ein ernsthafter Unruhefaktor entstanden war. Vor diesem Hintergrund erschien die Schrift Erhard Epplers 1971, die nun schon die achte Auflage erreicht hat. Dort setzt er als „Nahziel für die Zweite Dekade“: „Wenn es in den 70er Jahren gelingt, Erziehung, Beschäftigung, Ernährung, Behausung, Gesundheitsdienst und soziale Sicherung zu verbessern, daß in den 80er Jahren sichtbare Erfolge der Familienplanung möglich werden, so ist die Zweite Dekade erfolgreich gewesen. Dann ist der Zirkel des Elends an der entscheidenden Stelle durchbrochen.“ Soweit die idealistische Zielsetzung, die von einer tatsächlichen Verbesserung der Lage der Dritten Welt ausging. Heute scheint gemäß dem Brandt-Report die Familienplanung fast unlösbar. Allerdings hätte Eppler dafür eine verstärkte Anstrengung erwartet. Aber er geht im wesentlichen doch von einem Begriff der Hilfe aus.

Der Staat Bundesrepublik Deutschland hatte sich zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen von der amerikanischen Art der Entwicklungshilfe, die eine politische Einflußnahme auf die Länder der Dritten Welt vorsah, abgesetzt, weil diese Position wohl nicht zu halten war mangels Weltmacht. Stattdessen war im wesentlichen die heutige Haltung seit 1971 maßgebend, die besagt, daß der wirtschaftliche und soziale Fortschritt der Entwicklungländer im wirtschaftlichen wie außenpolitischen Interesse der BRD liege, sowie, daß die BRD kein Interesse daran habe, ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen den Entwicklungsländern aufzupfropfen. Diese Einsicht kam sicher aus der Praxis. Dennoch lief wohl noch nicht alles zum Besten, so daß sich der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1968 bis 1974, Erhard Eppler, zu einer Kritik an der Förderung veranlaßt sah. „1. Aus der regionalen Verteilung der deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern läßt sich ablesen, daß fast 77% ... dieser Investitionen in Lateinamerika oder in europäischen Entwicklungsländern getätigt werden. Innerhalb der Regionen konzentrieren sie sich auf die fortgeschrittensten Zentren. – 2. Bei den Entscheidungen der deutschen Investoren spielen also Förderungsinstrumente eine untergeordnete Rolle. Gewinnerwartungen und Marktgröße geben den Ausschlag. – 3. Das Förderungsinstrumentarium wird vorwiegend von den am wenigsten förderungsbedürftigen Großunternehmen für solche Vorhaben genützt, die auch ohne Förderung attraktiv genug wären. – 4. Die Förderung ist allgemein an die ‚Förderungswürdigkeit‘ gebunden, aber es fehlen Kriterien und Mittel, um sie bei der Entscheidung wirksam zu berücksichtigen.“

Wenngleich Eppler sonst nicht auf die Kapitalisten und deren Entwicklungs-Praktiken eingeht wie auch sonst kein Sozialdemokrat nach ihm, so ist hier doch zu spüren, daß er gegen „Ungerechtigkeiten“ der Kapitalisten, die Planung der Bundesregierung zu ihrem eigenen Nutzen zu unterlaufen, ist. Aber wie ein roter Faden zieht sich bei ihm wie bei den anderen Sozialdemokraten wie auch z.T. im Bericht der Nord-Süd-Kommission die Negation imperialistischer Konzerne und deren Interessen an der Entwicklungshilfe hindurch.

Verhinderte Entwicklung

Heute wird allgemein davon ausgegangen, bei der Bundesregierung und in den westlichen Industriestaaten, daß es die Entwicklungsländer nicht mehr gäbe, sondern daß sich diese in vier Kategorien einteilen lassen. Diese sind erstens die „Schwellenländer“ oder „neuen Industrieländer“, in denen sich eine weitgehende Industrialisierung durchgesetzt habe, und die schon auf den Weltmarkt mit ihren konkurrenzfähigen Produkten träten. Diese Gruppe umfaßt etwa 30 Länder wie Brasilien, Singapur, Griechenland. Die zweite Gruppe sind die erdölexportierenden Staaten, die ein so großes Plus in der Handelsbilanz haben, daß sie – wie Walter Scheel in der TU sagte – ihre Entwicklungshilfe viel mehr verstärken müssen. Die dritte Gruppe sind sogenannte normale Entwicklungsländer und die vierte die „am wenigsten entwickelten Länder“, die an der absoluten Armutsgrenze stehen. Diese Einteilung hat sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre herausgebildet. Die Dritte Welt begreift sich weiter als einheitlich handelnder Block mit weitgehend identischen Interessen gegenüber den imperialistischen Staaten. Diese Einteilung jedoch einfach als Spaltung zu fassen, ist wiederum nicht richtig, da ihr insgesamt das Konzept gezielter Förderung der schwächsten Länder zugrunde liegt, wogegen ernsthaft niemand Einwände haben kann.

Die Probleme liegen vielmehr woanders. Durch Negation der imperialistischen Interessen, die die sozialdemokratischen Minister eines imperialistischen Landes natürlich vertreten, ergeben sich die schönsten Widersprüche zwischen proklamiertem Wollen und praktischem Handeln. Nur ein Beispiel: Eppler meinte, „der durch Wissenschaft und Technik bewirkte Fortschritt in der Landwirtschaft hat die Entwicklungsländer gerade noch rechtzeitig erreicht. Hungerkatastrophen sind keineswegs unvermeidlich.“ 1979 äußert sich Offergeld, daß die Ernährungskrise der Dritten Welt durch die „grüne Revolution, die Steigerung der Erträge durch intensive Bewirtschaftung vorhandener Flächen“ zu lösen sei. Dazu ist Energie und Technologie nötig, die die Industrieländer exportieren und die durch produzierte Waren aus den Entwicklungsländern bezahlt werden. „Dies ist der Kern eines Industrialisierungsprozesses, der für viele Entwicklungsländer unumgänglich ist.“ Am 4.2.1982 hielt derselbe Minister an der TU Berlin einen Vortrag, in dem er sich sehr differenziert zu dem Problem äußerte, nämlich, daß durch die „grüne Revolution“ als negative Folge eine starke Abhängigkeit von Kleinbauern erfolgt sei – die übrigens nicht unwesentlich seinerzeit zum Sturz des Schah beigetragen hat. Nun käme es darauf an, angepaßte landwirtschaftliche Geräte und entsprechend Forschungen im Bereich der Nutzpflanzen voranzutreiben. Die Entwicklung der Gedanken ist sicher durch die praktischen Erfahrungen vorangetrieben worden. Nur werden sie nicht ausgesprochen, denn gerade Konzerne der Agro-Industrie haben in den letzten Jahren die koloniale Monokulturvergangenheit der Länder der Dritten Welt fortgesetzt, indem sie einerseits den Agrarhandel fast komplett beherrschen und andererseits nur ihrem Bedarf gemäßen Anbau betreiben, was schon häufiger um des Höchstprofits willen eine Ernährungskrise bzw. Hungerkatastrophe hervorgerufen hat. Andererseits ist die Forschung zum Teil so angelegt. So wurde z.B. an der TU ein Verfahren zur Bodenmelioration in Nordafrika entwickelt, was zwar kurzfristig für einige Jahre die Produktion auf dem entsprechenden Boden erhöht hätte, aber langfristig zur völligen Auslaugung des Bodens geführt hätte.

Gegenwärtig werden mehr als 97% der Forschung und Entwicklung in Industrieländern getätigt; dort befinden sich auch über 90% der verarbeitenden Industrie der Welt. Dies ist die technologische Lücke, von der so viel die Rede ist. Nun wurde zwar vor allem in den Sechziger Jahren viel moderne Technik in die Länder der Dritten Welt gebracht, dort jedoch entweder unter völliger Kontrolle der imperialistischen Konzerne mit importierten Ingenieuren betrieben, oder aber sie ist ziemlich schnell verrottet, weil keiner sie bedienen konnte. Die heutige Haltung ist so, daß den Entwicklungsländern generell Zugang zu neuen Technologien gewährt werden soll, allerdings sollen sie ihn nicht umsonst erhalten, sondern nach „gängigen Marktprinzipien“ dafür bezahlen. Der generelle Widerspruch zwischen der industrialisierten BRD und den Entwicklungsländern liegt darin, daß hier in der Regel kapitalintensiv und mit sehr wenig Arbeitskräften produziert wird, der Bedarf jedoch vor allem wegen der hohen Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt bei arbeitsintensiven Maschinen liegt. Deshalb wird verstärkt Gewicht auf die angepaßte Technologie und deren Forschung gelegt.

Ein weiteres Schwergewicht liegt dann noch auf der Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses für die Dritte Welt. Dort allerdings treten verschiedene Probleme auf, u.a. das der Re-Integration, also der Wiedereingliederung ausländischer Studenten in ihr Heimatland. Dazu ist vor kurzem an der TU ein entsprechendes Programm angelaufen. Dies dient vor allem dazu, die jungen Wissenschaftler auf die Arbeit in ihren Heimatländern vorzubereiten, was deshalb notwendig geworden ist – ob es was nützt, ist eine andere Frage –, weil viele Ausländer nach dem Studium in der BRD bleiben. Daß dabei natürlich oftmals politische Gründe eine Rolle spielen, wird bei dem Projekt übersehen; insofern bleibt noch der zweite Grund, nämlich das großenteils an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer-Studenten vorbeigehende Studium gerade der Ingenieurwissenschaften mit einer einigermaßen sinnvollen Anwendung in Einklang zu bringen.

Reiner Offergeld stellte an der TU vier Thesen vor, wie er sich ein sinnvolles Studium von Ausländern hier vorstellt. Dazu gehören erstens eine Beratung an den Universitäten zu Problemen der Entwicklungsländer; zweitens die Vermittlung von situationskonformen Technologien, was insbesondere für die praktische Anwendung (als Entwicklungshilfe) von Bedeutung ist; drittens, daß verstärkte Untersuchungen zu den sozio-kulturellen Bedingungen in Ländern der Dritten Welt gemacht werden, vor allem in bezug auf den Einfluß von technologischer Hilfe und deren Auswirkung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse; und viertens, daß die wissenschaftlichen Kapazitäten der Entwicklungsländer selber verstärkt werden. Ein Mittel dazu war wahrscheinlich, das Studium von Ausländern in der BRD mit weiteren Hemmschuhen zu versehen, wovon ja gerade Studenten aus der Dritten Welt (v.a. Iran, Indonesien, Türkei) betroffen sind.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, daß zwar viele Punkte und Bereiche der sozialdemokratischen Entwicklungspolitik – wenn auch erst nach längerer Überlegung bzw. mehreren Anstößen aus der Dritten Welt – richtige Ansätze haben (zumindest in der Theorie), aber dann doch durch wirtschaftliche Erfordernisse konterkariert werden wie in der Ausbildung. Andererseits schon die Theorie nicht vom imperialistischen Interesse an Höchstprofit bzw. dessen Bekämpfung ausgeht, sondern vom friedlichen Miteinander und der Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Mentalität, die sich auch auf den Bericht der Nord-Süd-Kommission niedergeschlagen hat.

Forschung und Ausbildung untersucht werden. Dort werden auch die Ergebnisse der Nord-Süd-Kommission (Brandt-Report) hineinspielen. Doch zunächst sei auf die historische Entwicklung der Entwicklungshilfe seit dem Zweiten Weltkrieg eingegangen.

Drei Jahrzehnte Entwicklungspolitik

1944, als sich das Ende und der Ausgang des Zweiten Weltkrieges abzeichneten, machten sich die US-Imperialisten daran, als neue die Welt beherrschende Macht sich auch Organisationen zu schaffen, die diese Macht sichern sollten. In jenem Jahr luden sie verschiedene Staaten, darunter auch die Sowjetunion, nach Bretton Woods, um ihnen den von den Briten und den USA entworfenen Plan für zwei Weltwirtschaftsorganisationen vorzulegen: Die „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ oder kurz Weltbank und den „Internationalen Währungsfonds“ (IWF). Die Weltbank war für die Kreditvergabe zuständig, der IWF für die Sicherung eines freien Warenaustausches. Beide Organisationen stehen formell allen Ländern offen, werden jedoch von den Hauptindustrieländern wegen des nach Beitragshöhe gestaffelten Stimmrechts kontrolliert. Die Sowjetunion ist bei-

durch reine Kapitalhilfe, sondern mehr durch die Debatte in Bezug auf das Weltwirtschaftssystem. Die Forderungen der Dritten Welt diesbezüglich wurden jedoch bisher immer von den imperialistischen Staaten abgelehnt, weil dies die profitablen Handels- und Einflußmöglichkeiten beschränkt hätte. Die Nord-Süd-Kommission geht davon aus, daß durch die Stärkung der Position der Länder der Dritten Welt, insbesondere seit der Durchsetzung eines angemessenen Ölpreises, und angesichts der die ganze Welt bedrohenden Probleme wie Ernährung und Umweltbedrohung durch einen ständig steigenden Kohlendioxidgehalt der Luft die Zeit gekommen sei, daß in den achtziger Jahren Nord und Süd gemeinsam ihr „Überleben sichern“, wie das Motto der Kommission ist, wobei der Süden auf eine gleichberechtigtere Position innerhalb der internationalen Arbeitsteilung Wert legt.

Westdeutscher Realismus

Die westdeutsche Entwicklungshilfe begann etwa mit der Gründung des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Jahre 1961, ein Ministerium übrigens, dem nie ein Christdemokrat vorstand. Die Bundesregierung hat bisher ein umfangreiches Instrumentarium staatlicher Sicherungen für

lungsländern aufzupfropfen. Diese Einsicht kam sicher aus der Praxis. Dennoch lief wohl noch nicht alles zum Besten, so daß sich der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1968 bis 1974, Erhard Eppler, zu einer Kritik an der Förderung veranlaßt sah. „1. Aus der regionalen Verteilung der deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern läßt sich ablesen, daß fast 77% ... dieser Investitionen in Lateinamerika oder in europäischen Entwicklungsländern getätigt werden. Innerhalb der Regionen konzentrieren sie sich auf die fortgeschrittensten Zentren. – 2. Bei den Entscheidungen der deutschen Investo-

ders. Durch Negation der imperialistischen Interessen, die die sozialdemokratischen Minister eines imperialistischen Landes natürlich vertreten, ergeben sich die schönsten Widersprüche zwischen proklamiertem Wollen und praktischem Handeln. Nur ein Beispiel: Eppler meinte, „der durch Wissenschaft und Technik bewirkte Fortschritt in der Landwirtschaft hat die Entwicklungsländer gerade noch rechtzeitig erreicht. Hungerkatastrophen sind keineswegs unvermeidlich.“ 1979 äußert sich Offergeld, daß die Ernährungskrise der Dritten Welt durch die „grüne Revolution, die Steigerung der Erträge durch intensive Bewirtschaf-

talintensiv und mit sehr wenig Arbeitskräften produziert wird, der Bedarf jedoch vor allem wegen der hohen Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt bei arbeitsintensiven Maschinen liegt. Deshalb wird verstärkt Gewicht auf die angepaßte Technologie und deren Forschung gelegt.

Ein weiteres Schwergewicht liegt dann noch auf der Ausbildung wissenschaftlichen Nachwuchses für die Dritte Welt. Dort allerdings treten verschiedene Probleme auf, u.a. das der Re-Integration, also der Wiedereingliederung ausländischer Studenten in ihr Heimatland. Dazu ist vor kurzem an der TU ein entsprechendes Programm angelaufen. Dies dient vor allem dazu, die jungen Wissenschaftler auf die Arbeit in ihren Heimatländern vorzubereiten, was deshalb notwendig geworden ist – ob es was nützt, ist eine andere Frage –, weil viele Ausländer nach dem Studium in der BRD bleiben. Daß dabei natürlich oftmals politische Gründe eine Rolle spielen, wird bei dem Projekt übersehen; insofern bleibt noch der zweite Grund, nämlich das großenteils an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer-Studenten vorbeigehende Studium gerade der Ingenieurwissenschaften mit einer einigermaßen sinnvollen Anwendung in Einklang zu bringen.

UNO-Bericht zum Umweltschutz

kvz. Im abschließenden Jahresbericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen werden eine Reihe von Beispielen genannt, die zeigen, daß Umweltverschmutzung auch teuer ist, soweit sich dies eben überhaupt in wirtschaftlichen Größen erfassen läßt. So kostet beispielsweise die Wasserreinigung bei Ölkatastrophen auf See über 2000 DM pro ausgelaufene Tonne Öl. Den Schaden des Chemie-Unfalls in Seveso schätzt der Bericht auf 300 Mio. DM, der Unfall im Kernkraftwerk Three Mile Island in USA im Jahre 1979 habe bisher über 2 Mrd. DM gekostet. Die Kosten von Luftverschmutzungsschäden in den USA werden auf jährlich sechs bis zehn Milliarden Mark geschätzt. Durch eine Verminderung der Luftverschmutzung um 60% sollen jährlich 85 Mrd. DM in der Gesundheitsfürsorge eingespart werden können. Reagan macht es jetzt einfach so, daß er am Umweltschutz und am Gesundheitswesen spart.

Für das gleiche Problem in der Sowjetunion gibt der Bericht an, die Luftverpestung verursache Kosten im Gesundheitswesen in Höhe von jährlich etwa 95 DM pro Kopf. Beschädigtes Weideland und vergiftete Ernten kosteten die UdSSR fast 300 Mark pro Hektar im Jahr, soviel wie hierzulande etwa das Pachtgeld ausmacht.

In der Dritten Welt schließlich ließen sich durch den Bau von Anlagen für die Trinkwasserversorgung und von Kanalisationssystemen die Fälle von Cholera, Ruhr oder Typhus um mindestens 50% verringern. Aber dort fehlt ja das Geld.

Laut UNO-Bericht würden in den Industrieländern die Kosten einer vernünftigen Umweltpolitik etwa 1 bis 2% des Bruttosozialprodukts ausmachen. In der BRD wären dies 15 – 30 Mrd. DM. Der größte Teil davon wäre für die Verhütung von Verschmutzungen und für den Schutz natürlicher Ressourcen zu verwenden. Demgegenüber werden die Kosten der Umweltverschmutzung mit 3 bis 5% des Sozialprodukts beziffert.

Schicksale am Arbeitsmarkt

Jugend ohne Arbeit, über 55 wird ausgemustert

Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit Mai / Juni 1981

Wochen: 10, 20, 30, 40, 50

Alter: 15–20, 20–25, 25–30, 30–35, 35–40, 40–45, 45–50, 50–55, 55–60, 60–65

Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren – Monatszahlen

150000, 100000, 50000

Anteil an allen Arbeitslosen jeweils im September: 12,5; 11,5; 9,2; 9,8; 9,0; 8,1; 8,2; 11,0

5. 9. 1. 5. 9. — 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981

Seit Beginn der Dauerarbeitslosigkeit finden vor allem Arbeitslose, die älter als 55 Jahre sind, nur selten wieder Arbeit. Ihre Körperkraft ist bereits zu sehr verbraucht, als daß sich die Kapitalisten für sie noch interessieren würden. Jene über 55jährigen, die Mitte vorigen Jahres aus den Karteien der Arbeitsämter verschwanden, sei es weil sie in Rente gingen, sei es, weil sie wieder Arbeit fanden, waren im Durchschnitt über 30 Wochen arbeitslos gewesen. Die über 60jährigen waren sogar mehr als 50 Wochen arbeitslos gewesen, obwohl sie noch viel öfter eine vorzeitige Rente erhalten. Andererseits finden mit der jüngsten Welle der Massenarbeitslosigkeit auch Jugendliche keine Arbeit mehr. Im Januar waren 165336 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos. *(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit)*

Wesentlich verbessert hat sich die westdeutsche Zahlungbilanz 1981. Insgesamt weist sie noch ein Defizit von 17,5 Mrd. DM auf, nachdem das Minus 1980 noch knapp 30 Mrd. DM betragen hatte. Die Außenhandelsbilanz, der wichtigste Teil der Leistungsbilanz, schloß mit einem Plus von 28 Mrd. DM ab gegenüber nur 9 Mrd. DM Überschuß 1980. Weitere Posten der Leistungsbilanz sind die Buchungen für Dienstleistungen und Übertragungen. Sie bringen das Defizit.

Die Woche im Rückblick

2,1 Millionen Sozialhilfeempfänger hat das Statistische Bundesamt für das Jahr 1980 gezählt. Das waren gut 2% mehr als im Jahr zuvor. Vor allem die Zahl der Ausländer unter den Sozialhilfeempfängern hat sich stark erhöht, ihr Anteil an allen Sozialhilfebeziehern betrug 1980 knapp 8%. Das sind die neuesten für das Bundesgebiet vorliegenden Zahlen.

Der Deutsche Mieterbund hat sich gegen die Schnüffelei gewandt, der sich Wohnungssuchende zunehmend ausgesetzt sehen. Noch ehe jede Aussicht auf einen Vertragsabschluß besteht, verlangen Vermieter die Ausfüllung eines langen Fragebogens. Darunter sind Fragen nach Vorstrafen oder auf Mitgliedschaft im Mieterverein. Der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer hat dazu bemerkt, vor Abschluß eines so wichtigen Vertrages, wie der über ein Mietverhältnis, müßten bestimmte persönliche Fragen zwischen Vermieter und Mieter geklärt werden.

Ein Programm für ,,Hamburg" Aber wer macht es sich zu eigen?

chs.Hamburg. Die Sozialistischen Studiengruppen (SOST) haben für die Hamburger Bürgerschaftswahlen am 6.6.1982 ein kommunalpolitisches Programm vorgelegt, das sie auch in der alternativen Liste eingebracht haben, um es dort zur Grundlage der Diskussion zu machen. Obwohl dies aus den Reihen der Linken – mal abgesehen von DKP-Programmen – bisher der einzige einigermaßen vollständige ,,al-

tion als auch die finanziellen Auswirkungen. 2. Indem die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit zum Programmpunkt gemacht wird, soll über Arbeitsplätze schaffende Forderungen ein Bezugspunkt für die Gewerkschaftsbewegung hergestellt werden. Die strategischen Vorstellungen, die mit diesem Stadtentwicklungsplan verbunden sind, in dem die Aufhebung

den wirtschaftlichen Wachstum gelöst werden können ... Hamburg ist unterindustrialisiert." Zum Beweis führen die SOST den Rückgang der Beschäftigten im industriellen Sektor zugunsten des Dienstleistungsbereichs an und vergleichen dies mit dem Bund, wo dieselbe Tendenz schwächer ausgeprägt ist. Gleichzeitig wird der absolute Rückgang der Bevölkerung und der Arbeitsplätze in Hamburg herangezo-

Unsicherheitsfaktor, der von den SOST nicht ausreichend berücksichtigt wurde: Der Umsatz pro Beschäftigtem ist in Hamburg zwei- bis dreimal so hoch wie in anderen Städten, darin kommt der hohe Anteil des Handels mit Öl und anderen Rohstoffen zum Ausdruck. Jede Schwankung der Preise oder etwa der Bau einer Pipeline, die nicht durch Hamburg führt, zeigt sich in hohen Änderungsraten der Umsätze, ohne daß wesentliche Strukturveränderungen vorliegen. Daher der Irrtum der SOST, der Anteil des Hamburger Hafens am Außenhandel der BRD sinke kontinuierlich, obwohl er nach einem Einbruch nach der Ölkrise 1973 wieder steigt.

stungssektors wie Schule und Gesundheit noch immer zu wenig gesellschaftliche Arbeit.

B. Therapie: Ein neuer Wachstumstyp

Die SOST sagen, das Wachstum soll nicht kapitalistisch sein, aber industriell muß es sein, die ,,produktive Basis muß ausgeweitet" werden. Und warum? Weil anders keine Arbeitsplätze geschaffen und die Mittel zur Finanzierung der sozialen Aufgaben nicht beschafft werden können. Strittig sind nicht die Maßnahmen Fernwärmeausbau, Wohnungsbau, öffentliches Nahverkehrssystem etc., sondern ist die

Kanalisationssystemen die Fälle von Cholera, Ruhr oder Typhus um mindestens 50% verringern. Aber dort fehlt ja das Geld.

Laut UNO-Bericht würden in den Industrieländern die Kosten einer vernünftigen Umweltpolitik etwa 1 bis 2% des Bruttosozialprodukts ausmachen. In der BRD wären dies 15 – 30 Mrd. DM. Der größte Teil davon wäre für die Verhütung von Verschmutzungen und für den Schutz natürlicher Ressourcen zu verwenden. Demgegenüber werden die Kosten der Umweltverschmutzung mit 3 bis 5% des Sozialprodukts beziffert.

Seit Beginn der Dauerarbeitslosigkeit finden vor allem Arbeitslose, die älter als 55 Jahre sind, nur selten wieder Arbeit. Ihre Körperkraft ist bereits zu sehr verbraucht, als daß sich die Kapitalisten für sie noch interessieren würden. Jene über 55jährigen, die Mitte vorigen Jahres aus den Karteien der Arbeitsämter verschwanden, sei es weil sie in Rente gingen, sei es, weil sie wieder Arbeit fanden, waren im Durchschnitt über 30 Wochen arbeitslos gewesen. Die über 60jährigen waren sogar mehr als 50 Wochen arbeitslos gewesen, obwohl sie noch viel öfter eine vorzeitige Rente erhalten. Andererseits finden mit der jüngsten Welle der Massenarbeitslosigkeit auch Jugendliche keine Arbeit mehr. Im Januar waren 165336 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos. (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit)

Wesentlich verbessert hat sich die westdeutsche Zahlungbilanz 1981. Insgesamt weist sie noch ein Defizit von 17,5 Mrd. DM auf, nachdem das Minus 1980 noch knapp 30 Mrd. DM betragen hatte. Die Außenhandelsbilanz, der wichtigste Teil der Leistungsbilanz, schloß mit einem Plus von 28 Mrd. DM ab gegenüber nur 9 Mrd. DM Überschuß 1980. Weitere Posten der Leistungsbilanz sind die Buchungen für Dienstleistungen und Übertragungen. Sie bringen das Defizit.

Die Woche im Rückblick

2,1 Millionen Sozialhilfeempfänger hat das Statistische Bundesamt für das Jahr 1980 gezählt. Das waren gut 2% mehr als im Jahr zuvor. Vor allem die Zahl der Ausländer unter den Sozialhilfeempfängern hat sich stark erhöht, ihr Anteil an allen Sozialhilfebeziehern betrug 1980 knapp 8%. Das sind die neuesten für das Bundesgebiet vorliegenden Zahlen.

Der Deutsche Mieterbund hat sich gegen die Schnüffelei gewandt, der sich Wohnungssuchende zunehmend ausgesetzt sehen. Noch ehe jede Aussicht auf einen Vertragsabschluß besteht, verlangen Vermieter die Ausfüllung eines langen Fragebogens. Darunter sind Fragen nach Vorstrafen oder auf Mitgliedschaft im Mieterverein. Der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer hat dazu bemerkt, vor Abschluß eines so wichtigen Vertrages, wie der über ein Mietverhältnis, müßten bestimmte persönliche Fragen zwischen Vermieter und Mieter geklärt werden.

Ein Programm für ,,Hamburg" Aber wer macht es sich zu eigen?

chs.Hamburg. Die Sozialistischen Studiengruppen (SOST) haben für die Hamburger Bürgerschaftswahlen am 6.6.1982 ein kommunalpolitisches Programm vorgelegt, das sie auch in der alternativen Liste eingebracht haben, um es dort zur Grundlage der Diskussion zu machen. Obwohl dies aus den Reihen der Linken – mal abgesehen von DKP-Programmen – bisher der einzige einigermaßen vollständige ,,alternative Stadtentwicklungsplan" ist, hat das Papier doch keine größere Wirkung erreicht und wird es auch in Zukunft nicht haben. Auf dem grün-alternativen kommunalpolitischen Kongreß sind die SOST-Vertreter schnell auf Unverständnis gestoßen mit ihrer Befürwortung eines Tiefwasserhafens im Wattenmeer bei Scharhörn (,,keine schwerwiegenden ökologischen Belastungen") und ihrer Mahnung, man dürfe wirklich nicht die Abschaltung aller KKWs als Forderung erheben.

Abgesehen von diesen und einigen anderen Eigenheiten sind die Forderungen des SOST-Papiers Allgemeingut: Fernwärmeausbau, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Verkehrsberuhigung, Verschärfung der Umweltschutzauflagen, Forcierung des sozialen Wohnungsbaus und Verbesserung der Wohnverhältnisse, Neuregelung des Bodenrechts, Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf Versorgungsbetriebe (E- und Gaswerke) als auch SAGA und Neue Heimat; schließlich alternative Sozialpolitik. In dieser allgemeinen Form ist das in der AL sicher ,,Konsens", die Kontroversen treten bei den Einzelheiten der Verstaatlichungsforderungen auf und bei dem Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung von Fernwärmeversorgung und Kraftwerken.

Die Besonderheiten des Programms, mit denen man sich schon auseinandersetzen muß, liegen in zweierlei: 1. im Versuch, die Auswirkungen dieser Forderungen – falls verwirklicht – auf die Gesamtwirtschaft darzustellen, und zwar sowohl die stoffliche Reproduktion als auch die finanziellen Auswirkungen.

2. Indem die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit zum Programmpunkt gemacht wird, soll über Arbeitsplätze schaffende Forderungen ein Bezugspunkt für die Gewerkschaftsbewegung hergestellt werden.

Die strategischen Vorstellungen, die mit diesem Stadtentwicklungsplan verbunden sind, in dem die Aufhebung der Kapital-Logik und der Bau einer Öl-Pipeline nebeneinander gefordert werden, bleiben im dunkeln. Zu dieser Auseinandersetzung muß auf die Artikel der SOST und von H.-G. Schmierer in Kommunismus und Klassenkampf 12/1981 und 1/1982 verwiesen werden. Offensichtlich stellen es sich die SOST so vor, wie sie in Kommunismus und Klassenkampf 1/1982 schreiben, daß mit Aufstellung und Diskussion dieses Programms selbst schon die politischen Kräfteverhältnisse geändert werden. Oder, wie es im Klappentext der Broschüre heißt: ,,Wir wollen damit einen Beitrag leisten, damit die Hamburger Linke die reale Chance wahrnehmen kann, die Bürgerschaftswahlen 1982 durch Herausbildung einer politischen Alternative zu beeinflussen."

Aber wie soll sich die Hamburger Linke auf ein Programm einigen, das einem sozialistischen Senat wohl Hinweise auf Maßnahmen geben könnte, den diese Linke aber nicht stellen wird und das man auch schlecht als Regierungsprogramm der SPD wird durchsetzen können?

Im folgenden soll der Gedankengang des Programms vorgestellt werden und die Theorie von der ,,Ausweitung der produktiven Basis" hinterfragt werden.

A. Diagnose: Zu wenig Arbeitsplätze in Hamburg

,,Das dringendste Problem Hamburgs ist der rapide Abbau von Arbeitsplätzen ... wir haben eine solche Zuspitzung der ökologischen Probleme, daß diese nur noch bei einem ausreichenden wirtschaftlichen Wachstum gelöst werden können ... Hamburg ist unterindustrialisiert." Zum Beweis führen die SOST den Rückgang der Beschäftigten im industriellen Sektor zugunsten des Dienstleistungsbereichs an und vergleichen dies mit dem Bund, wo dieselbe Tendenz schwächer ausgeprägt ist. Gleichzeitig wird der absolute Rückgang der Bevölkerung und der Arbeitsplätze in Hamburg herangezogen. Dabei wird die Abwanderung ins Hamburger Umland vernachlässigt, das wirtschaftlich mit Hamburg eine Einheit bildet. Der Vergleich mit dem Bund müßte erweitert werden durch den Vergleich mit anderen Großstädten, denn selbstverständlich konzentrieren sich die Dienstleistungen und staatlichen Verwaltungen dort. Die Frage besteht nicht in der besonderen Hamburger Unterindustrialisierung, sondern in der Beurteilung der Gesamttendenz vom verarbeitenden Gewerbe zum Dienstleistungssektor. Eine wirtschaftliche Besonderheit Hamburgs besteht darin, daß es außer Großstadt und Verwaltungszentrum auch Handelsmetropole mit einem großen Hafen ist.

So richtig die Gesamttendenz von den SOST dargestellt sind: schrumpfende Industrieproduktion, wachsende Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsrückgang etc., so schief sind ihre Versuche, eine besondere Hamburger Unterindustrialisierung nachzuweisen. Dabei gehen sie auch sehr ungenau mit dem statistischen Material um: so steigt z.B. die Hamburger Arbeitslosenquote, aber sie liegt stets unter dem Bundesdurchschnitt; nach den Maßstäben der SOST wären auch Essen und Bremen z.B. unterindustrialisiert, während Frankfurt blüht und gedeiht. Der Bevölkerungsrückgang ist hauptsächlich auf die großen Sterbeüberschüsse zurückzuführen, die in Hamburg höher sind als in Schleswig-Holstein und Niedersachen, die aber insgesamt hoch sind und die sicher nicht einfach als ,,kapitalistische Stagnation" einzuschätzen sind. Ein weiterer statistischer Unsicherheitsfaktor, der von den SOST nicht ausreichend berücksichtigt wurde: Der Umsatz pro Beschäftigtem ist in Hamburg zwei- bis dreimal so hoch wie in anderen Städten, darin kommt der hohe Anteil des Handels mit Öl und anderen Rohstoffen zum Ausdruck. Jede Schwankung der Preise oder etwa der Bau einer Pipeline, die nicht durch Hamburg führt, zeigt sich in hohen Änderungsraten der Umsätze, ohne daß wesentliche Strukturveränderungen vorliegen. Daher der Irrtum der SOST, der Anteil des Hamburger Hafens am Außenhandel der BRD sinke kontinuierlich, obwohl er nach einem Einbruch nach der Ölkrise 1973 wieder steigt.

Aber abgesehen von diesen Einzelheiten bleibt die Hauptfrage: was heißt ,,unterindustrialisiert"? Kapitalistisch: zu geringe Kapitalakkumulation. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Im Gegenteil stockt die Akkumulation, weil sie an ihre eigenen Grenzen stößt und die Profitrate sinkt. Gleichzeitig hat die wachsende Vergesellschaftung der Arbeit einen Zustand geschaffen, in dem ein immer größerer Teil der gesellschaftlichen Arbeit nicht zur Akkumulation des privaten Kapitals verwendet wird.

Sozialistisch: Die Bedürfnisse nach Produkten der verarbeitenden Industrie können nicht befriedigt werden, weil die vorhandenen Industriekapazitäten dazu nicht ausreichen. Das behaupten die SOST selbst nicht. Es ist natürlich sehr schwer, jetzt feststellen zu wollen, wie sich der Bedarf an Industriewaren entwickeln wird, wenn das Kapitalverhältnis überwunden ist und die Produktion gesellschaftlich bewußt geplant wird. Meiner Meinung nach ist es aber falsch, in der Ausweitung der nichtindustriellen Sektoren eine Stagnation des gesellschaftlichen Reichtums zu sehen. Sowohl kann ein Anwachsen der Bürokratie gesellschaftliche Verschwendung und kapitalistische Fäulnis sein, aber auch industrielles Wachstum bestimmter Bereiche kann eine tote Last für die Gesellschaft sein; so ist es mir sehr zweifelhaft, ob die gewaltigen Investitionen in der Kerntechnologie jemals als Gebrauchswerte in den wirtschaftlichen Kreislauf eintreten werden. Für die Rüstungsindustrie sagen die SOST ja dasselbe. Umgekehrt steckt in Teilen des Dienstleistungssektors wie Schule und Gesundheit noch immer zu wenig gesellschaftliche Arbeit.

B. Therapie: Ein neuer Wachstumstyp

Die SOST sagen, das Wachstum soll nicht kapitalistisch sein, aber industriell muß es sein, die ,,produktive Basis muß ausgeweitet" werden. Und warum? Weil anders keine Arbeitsplätze geschaffen und die Mittel zur Finanzierung der sozialen Aufgaben nicht beschafft werden können. Strittig sind nicht die Maßnahmen Fernwärmeausbau, Wohnungsbau, öffentliches Nahverkehrssystem etc., sondern ist die theoretische Konzeption, die angeblich eine Überwindung der kapitalistischen Krise aufzeigt. Ich halte es für unmöglich, das Problem der Arbeitslosigkeit zu bewältigen nur durch Ausdehnung der Produktion und nicht gleichzeitig durch erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit. Das ist aber gewissermaßen eine Schmälerung der ,,produktiven Basis". Die SOST halten das auch nicht für aktuell (siehe auch Kommunismus und Klassenkampf 1/82). Es handelt sich auch um eine Umstrukturierung der Produktion: Ausbau von Fernwärme und öffentlicher Nahverkehr bedeutet langfristig auch Schrumpfung des Wärmemarktes und des PKW-Marktes. Gleichzeitig muß dafür gekämpft werden, daß solche Programme eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Lohnabhängigen bewirken, indem der Staat Mittel der Kapitalisten einzieht und sie zum Beispiel für billige Wohnungen verwendet.

C. Wer soll für dieses Programm kämpfen

In ihrem Buch ,,Alternative Wirtschaftspolitik" stellen die SOST Forderungen nach Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen. Im Hamburg-Papier unterlassen sie das, ebenso die Behandlung der Arbeitszeitverkürzung, der Ausbildung, des gewerkschaftlichen Kampfes im öffentlichen Dienst. Für die Arbeiterbewegung ist das Programm zu inkonsequent und einseitig, um interessant zu sein. Die Umweltschutzbewegung wird mit dem ,,neuen Wachstumstyp" nichts anzufangen wissen.

Sozialistische Politik und ‚revolutionäres' Bekennertum

Zur Beurteilung des beschäftigungspolitischen Programmvorschlag des DGB / Von H.D. Meyer, Kassel

Mit dem Abdruck des folgenden Beitrags hoffen wir die Diskussion um das Beschäftigungsprogramm des DGB zu erweitern, gerade weil wir dieses – wie der Autor – als Ausdruck bedeutender positiver Entwicklungen in den Gewerkschaften betrachten. Leider sehen wir uns in der Lage, über seinen Inhalt mehr geschrieben zu haben, als man der Gewerkschaftspresse bisher entnehmen konnte. Von der Kritik seiner Schwächen werden wir uns deshalb freilich nicht abhalten lassen. *fb.*

Von seiten des KBW bzw. der Genossen, die in wirtschaftspolitischen Fragen hauptsächlich für ihn schreiben, liegen inzwischen eine ganze Reihe von Artikeln und Veröffentlichungen zum Vorschlag des DGB zu einem Beschäftigungsprogramm vor. Ich kann in den folgenden Bemerkungen nicht auf alle in diesen Artikeln vorgetragenen Argumente eingehen, zumal offenbar im Verlauf der Diskussion auf der Seite der Verfasser in einigen wichtigen Punken unter der Hand die Positionen geändert wurden bzw. von den verschiedenen Genossen teilweise gegensätzliche Positionen bezogen wurden, ohne dies für den Leser ausdrücklich erkennbar zu machen. Ich will mich auf zwei Argumente konzentrieren, die die Gesamtbeurteilung des Programms betreffen und an denen, soweit ich sehen kann, seit Beginn der Diskussion unverändert festgehalten wird. Diese sind:

1. Das beschäftigungspolitische Programm des DGB ist reformistisch, weil es „den Widerspruch zwischen diesem Programm und den Gesetzmäßigkeiten des Kapitalverhältnisses völlig verschleiert" und „die Frage der Macht- und Eigentumsverhältnisse" nicht aufwirft.

2. Das Programm ist bürokratisch, „weil es innerhalb der Gewerkschaften überhaupt nicht zur Diskussion gestellt wird", wodurch es zu einem bei der Regierung eingereichten Wunschzettel werde, dazu verurteilt, „im gesetzmäßigen Gang der kapitalistischen Geschäfte im Papierkorb zu landen". (alle Zitate: Kommunismus und Klassenkampf 1/1982, S. 17)*

M.E. sind beide Urteile relativ charakteristisch für eine Strömung in der westdeutschen Linken, der das reine Bekenntnis zur proletarischen Revolution noch immer mehr wert war, als die konkrete Analyse des Gangs der Revolution und die Bestimmung ihrer nächsten Aufgaben, und die sich die Bedingungen zu solchen reinen Urteilen noch immer durch penetrante Leugnung der konkreten Entwicklungsbedingungen der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften gesichert hat. Mithin eine Strömung, deren ganze Kritik unter dem Strich herzlich unfruchtbar ist und die an den stattgefundenen Fortschritten der Arbeiterbewegung in Westdeutschland auch kaum einen Anteil hatte.

Konzeptlosigkeit durch Phrasen ersetzt

Zur Erleichterung der Auseinandersetzung vielleicht zunächst einige Thesen:

1. Das beschäftigungspolitische Programm des DGB ist der Beginn einer programmatischen und strategischen Neuorientierung des DGB, bzw. bestimmter Kräfte im DGB, insofern es von dem über zwei Jahrzehnte verfolg-

schäfte im Papierkorb zu landen". (alle Zitate: Kommunismus und Klassenkampf 1/1982, S. 17)*

M.E. sind beide Urteile relativ charakteristisch für eine Strömung in der westdeutschen Linken, der das reine Bekenntnis zur proletarischen Revolution noch immer mehr wert war, als die konkrete Analyse des Gangs der Revolution und die Bestimmung ihrer nächsten Aufgaben, und die sich die Bedingungen zu solchen reinen Urteilen noch immer durch penetrante Leugnung der konkreten Entwicklungsbedingungen der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften gesichert hat. Mithin eine Strömung, deren ganze Kritik unter dem Strich herzlich unfruchtbar ist und die an den stattgefundenen Fortschritten der Arbeiterbewegung in Westdeutschland auch kaum einen Anteil hatte.

Konzeptlosigkeit durch Phrasen ersetzt

Zur Erleichterung der Auseinandersetzung vielleicht zunächst einige Thesen:

1. Das beschäftigungspolitische Programm des DGB ist der Beginn einer programmatischen und strategischen Neuorientierung des DGB, bzw. bestimmter Kräfte im DGB, insofern es von dem über zwei Jahrzehnte verfolg-
ten Konzept des „gerechten Anteils am Profit-Wachstum" umschwenkt auf ein Konzept der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Diese Orientierung unterscheidet sich grundsätzlich von der bis dato herrschenden Orientierung im DGB, insofern sie – bewußt oder unbewußt – nicht länger auf die möglichst störungsfreie Akkumulation des Kapitals als Motor der Entwicklung der Volkswirtschaft, sondern auf die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Produzenten setzt. Damit stellt sich der DGB faktisch die Frage der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft der BRD als Ganzer, statt diese Frage „dem Markt", d.h. der kapitalistischen Produktion zu überlassen und sich lediglich um ausreichende Abfallprodukte für die Lohnabhängigen zu kümmern.

2. Im Verfolg dieses Programms wird unvermeidlich auch die Frage der geeigneten Formen der Kontrolle und Leitung der Produktion in Richtung der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse aufgeworfen – oder, um verständlich zu bleiben, die „Macht- und Eigentumsfrage".

3. Die Auseinandersetzung um dieses Programm *im DGB* findet unter zwei, für die Diskussion des ‚Bürokratismus'-Vorwurfs wichtigen Bedingungen statt: a) daß der DGB *Einheitsfront*organisation der Arbeiterbewegung ist und als solche bloß handlungsfähig, wenn es ihm gelingt, die Interessen und Tendenzen der in ihm vorhandenen Strömungen, grob gesagt der fortschrittlich-antikapitalistischen und der christlich-konservativen Strömung, in den Auseinandersetzungen um ein konkretes Aktionsprogramm auf einen Nenner zu bringen. b) Daß die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der jetzigen Generation der Gewerkschaftsbewegung von zwei Jahrzehnten weitgehend störungsfreier Reproduktion des Kapitals geprägt sind, durch die auch die Reproduktion der Arbeiterklasse am besten gewährleistet schien. – Beide Faktoren können nicht einfach durch Aufrufe aus den Vorständen, dieses oder jenes Programm zu diskutieren, aus der Welt geschafft werden.

4. Die Auseinandersetzung um dieses Programm zwischen DGB und Kapitalisten findet unter Bedingungen statt, in denen die CDU zur Machtübernahme mit dem obersten (innenpolitischen) Programmpunkt „einschneidende Maßnahmen bei den Leistungsgesetzen" (Stoltenberg) bereit steht und außenpolitisch für Unterwerfung unter den kriegsprovokatorischen Kurs der Reagan-Regierung trommelt – Maßnahmen also, die eine offene *Revision* der erzielten Kampfergebnisse zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse bedeuten würden, während die SPD-FDP-Regierung einen Kurs fährt, der immer klarer von der Erkenntnis der Unvermeidlichkeit einer „Wende" im Kräfteverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen getragen ist, diese Wende auch durch Paralysierung des Lagers der Arbeiterklasse vorbereitet, die entscheidenden Maßnahmen selber aber offenbar lieber einer anderen parteipolitischen Konstellation in der Regierung überlassen möchte. – Unter diesen Bedingungen hatte sich der DGB zu entscheiden, ob er – durch Insistieren auf den essentiellen Punkten seines Programms – den Ausschlag für die Ablösung der jetzigen Regierungskoalition durch eine CDU-geführte Regierung gibt, oder ob er – um den Preis der Kröte des jetzi-

chen werden wir uns deshalb freilich nicht abhalten lassen. fb.

listen findet unter Bedingungen statt, in denen die CDU zur Machtübernahme mit dem obersten (innenpolitischen) Programmpunkt „einschneidende Maßnahmen bei den Leistungsgesetzen" (Stoltenberg) bereit steht und außenpolitisch für Unterwerfung unter den kriegsprovokatorischen Kurs der Reagan-Regierung trommelt – Maßnahmen also, die eine offene Revision der erzielten Kampfergebnisse zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse bedeuten würden, während die SPD-FDP-Regierung einen Kurs fährt, der immer klarer von der Erkenntnis der Unvermeidlichkeit einer „Wende" im Kräfteverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen getragen ist, diese Wende auch durch Paralysierung des Lagers der Arbeiterklasse vorbereitet, die entscheidenden Maßnahmen selber aber offenbar lieber einer anderen parteipolitischen Konstellation in der Regierung überlassen möchte. – Unter diesen Bedingungen hatte sich der DGB zu entscheiden, ob er – durch Insistieren auf den essentiellen Punkten seines Programms – den Ausschlag für die Ablösung der jetzigen Regierungskoalition durch eine CDU-geführte Regierung gibt, oder ob er – um den Preis der Kröte des jetzi-
gen „Beschäftigungs"programms eine Verlängerung der existierenden Patt-Situation zwischen den Klassen vorzieht. – Ich traue mir, ehrlich gesagt, ein Urteil über das jetzt zustande gekommene Ergebnis nicht zu. Bloß, wer so penetrant wie in Kommunismus und Klassenkampf und KVZ geschehen, dem DGB Kompromißlertum usw. vorwirft, *ohne* diese Bedingungen zu reflektieren und *ohne* zu sagen, ob und wie die westdeutsche Arbeiterbewegung auf die Regierungsübernahme der CDU *heute* politisch antworten kann, der überdeckt im besten Fall nur die eigene politische Bewußt- und Konzeptlosigkeit durch die revolutionäre Phrase.

Das Gespenst des Reformismus

Zu einigen Punkten im einzelnen: Von welchem Wert der in KVZ und Kommunismus und Klassenkampf breitgetretene Kritik-Tenor am DGB-Beschäftigungsprogrammvorschlag ist, läßt sich am besten daran ermessen, was für das Programm selber konkret aus der Kritik folgt: nämlich nichts. Oder wie muß das Programm geändert werden, damit die „Gesetzmäßigkeiten des Kapitalverhältnisses", statt, wie angenommen, „völlig verschleiert" nunmehr enthüllt werden? Welche zusätzlichen Punkte muß das Programm aufnehmen, damit „die Frage der Macht- und Eigentumsverhältnisse aufgeworfen" wird? Dafür gibt die in den entsprechenden Artikeln geführte Kritik des DGB-Vorschlags, jedenfalls bisher, nichts her. Dabei enthält natürlich der Vorschlag eine Reihe bedeutender Schwächen.

So kann man sich etwa darüber streiten, ob der soziale Wohnungsbau „verstärkt in den Ballungsgebieten" gefördert werden soll, oder ob nicht vielmehr die zweifellos notwendige breite Inangriffnahme des Wohnungsbaus bereits zu einer Entzerrung der großstädtischen Verdichtungsräume beitragen muß – eine Maßnahme, die auch eine entsprechenden Neustrukturierung der Verkehrswege nach sich zöge. So verzichtet das Programm durchweg auf die Festsetzung von zeitlich wie quantativ und qualitativ limitierten Mindestanforderungen – wie sie etwa in der Forderung nach autoverkehrsfreien Zonen in allen Großstädten ab, z.B. 1990 bestehen würde. Ebenso etwa die Forderung nach strikter Durchführung des Verursacherprinzips bei der Umweltverschmutzung und Streichung der Subventionen für Umweltschutzinvestitionen privater Betriebe. Unter dem Punkt ‚Forschung und Technologie' wird richtig die Entwicklung von Verkehrstechnologien verlangt, die das „Angebot der öffentlichen Verkehrsträger" verbessern, aber auf die dringend nötige umweltfreundliche Umrüstung des privaten Autoverkehrs etwa auf kombinierten Batterie- und Benzinbetrieb (mit der Maßgabe, im Stadtverkehr Batterieantrieb zu benutzen) verzichtet.

Bedeutender noch die Fragen, die das Programm offen läßt:
So etwa die Bereinigung bestimmter struktureller Disproportionen in der westdeutschen Volkswirtschaft, wie etwa die Überproduktion von Stahl und Chemiefasern.

Vor allem aber: das ausdrückliche Absehen von den notwendigen *politischen* Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, damit die mit dem Pro-

Mindestanforderungen – wie sie etwa in der Forderung nach autoverkehrsfreien Zonen in allen Großstädten ab, z.B. 1990 bestehen würde. Ebenso etwa die Forderung nach strikter Durchführung des Verursacherprinzips bei der Umweltverschmutzung und Streichung der Subventionen für Umweltschutzinvestitionen privater Betriebe. Unter dem Punkt ‚Forschung und Technologie' wird richtig die Entwicklung von Verkehrstechnologien verlangt, die das „Angebot der öffentlichen Verkehrsträger" verbessern, aber auf die dringend nötige umweltfreundliche Umrüstung des privaten Autoverkehrs etwa auf kombinierten Batterie- und Benzinbetrieb (mit der Maßgabe, im Stadtverkehr Batterieantrieb zu benutzen) verzichtet.

Bedeutender noch die Fragen, die das Programm offen läßt:
So etwa die Bereinigung bestimmter struktureller Disproportionen in der westdeutschen Volkswirtschaft, wie etwa die Überproduktion von Stahl und Chemiefasern.

Vor allem aber: das ausdrückliche Absehen von den notwendigen politischen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, damit die mit dem Pro-
gramm der Sache nach angezielte Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die – da sie nicht an Profitprinzipien orientiert ist und also auch nicht auf die Kapitalisten als Träger und Organisator zurückgreifen kann, sondern im Gegenteil gegen deren Widerstand wird durchgesetzt werden müssen – überhaupt durchführbar wird, in ihren Resultaten absicherbar und in den unvermeidlich fälligen Folgemaßnahmen beherrschbar sein soll. Zu solchen Maßnahmen würden m.E. gehören:

– Recht auf Volksentscheid auf kommunaler, Länder- und Bundesebene mit der Absicht, daß die jeweils Betroffenen über gesellschaftliche Planungen und Maßnahmen entscheiden können.
– Reform der kommunalen Finanzverfassung, mit der Absicht, daß die Kommunen und Kommunalverbände in dem Umfang über die von den Kommune-Mitgliedern erhobenen Steuern verfügen können, wie das zur Finanzierung der sozialen und infrastrukturellen Maßnahmen auf kommunaler Ebene notwendig ist.
– Reform der Parlamentsverfassung und der Wahlmodalitäten, u.a. in der Absicht, alle Abgeordneten nur im Direktverfahren wählbar zu machen.
– Gebietsreform, die die Länder durch arbeitsfähige Kommunalverbände ersetzt.

Darüberhinaus müssen die Rechte der Betriebsräte erweitert werden, die zwar heute schon gegen geplante Verschlechterungen der Arbeitsorganisation durch die Kapitalisten „gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse" geltend machen können (vgl. die in der BVG-Novelle eingeführten §§ 90 und 91), letztlich aber an dem Spruch der Einigungsstelle scheitern können. Das Institut bzw. die ausschlaggebende Rolle der Einigungsstelle müßte überprüft werden. Die Möglichkeiten der Einflußnahme der Betriebsräte auf die demokratisch verfaßte Kommune, etwa durch solche Zwischenglieder wie die verschiedenerorts diskutierten „Wirtschafts- und Sozialräte" müssen entwickelt werden.

Diese Punkte nur als *Andeutungen*, in welchem Umkreis sich die im Zusammenhang des Beschäftigungsprogramms notwendigen politischen Maßnahmen m.E. bewegen müßten.

Außerhalb einer solchen konkreten Diskussion über den „reformistischen" oder „revolutionären" Charakter des DGB-Vorschlags zu urteilen, halte ich für völlig witz- und fruchtlos. Dabei geht es mir – falls das gesagt werden muß – nicht um die Beschönigung der politischen Vorstellungen, die dieser oder jener Gewerkschaftsführer mit sich herumtragen mag. Sich darum größer zu sorgen, hätte sowieso nur Sinn, wenn etwa ein Eugen Loderer die Gewerkschaftsbewegung nach diesen, seinen Vorstellungen modeln könnte. (In Wirklichkeit verläuft der Prozeß eher umgekehrt: daß nämlich etliche Gewerkschaftsführer durch den Gang der Ereignisse gezwungen sind, von reformistischen Konzeptionen Abschied zu nehmen, was sie freilich oft nicht hindert, in der Phrase an ihnen festzuhalten.) Worum es mir geht, ist mit einer bestimmten Sorte der „revolutionären" Kritik Schluß zu machen, die überall, wo sich wirkliche Entwicklungsprobleme von Natur und Gesellschaft stellen, auf die mehr oder weniger alle gesellschaftlichen Kräfte heute noch keine Antwort haben, die Linke eingeschlossen, das Gespenst des Reformismus beschwört.

Leichtfertige Notenverteilung

Abschließend vielleicht zwei relativ grundsätzliche Bemerkungen, auch auf die Gefahr hin, daß sich in der Kürze Mißverständnisse nicht ganz vermeiden lassen:

1. In der Geschichte der politischen Arbeiterbewegung gibt es ziemlich durchgängig eine Strömung, die man auf den Begriff „revolutionäres Bekennertum" oder, wenn man das Fremdwort will, revolutionären Attentismus bringen kann, deren ideologisches Grundmotiv darin bestand, die Entwicklungsprobleme von Natur und Gesellschaft in Entwicklungsprobleme der Bourgeoisie umzumünzen, die damit gleichzeitig aus dem „willen- und widerstandslosen Träger der kapitalistischen Produktionsweise" in deren bewußten Lenker und Leiter verwandelt war. Diese Strömung fand in der alten SPD ihren Ausdruck in der Liebknechtschen Losung, daß die Ar-

Sorte der „revolutionären" Kritik Schluß zu machen, die überall, wo sich wirkliche Entwicklungsprobleme von Natur und Gesellschaft stellen, auf die mehr oder weniger alle gesellschaftlichen Kräfte heute noch keine Antwort haben, die Linke eingeschlossen, das Gespenst des Reformismus beschwört.

Leichtfertige Notenverteilung

Abschließend vielleicht zwei relativ grundsätzliche Bemerkungen, auch auf die Gefahr hin, daß sich in der Kürze Mißverständnisse nicht ganz vermeiden lassen:

1. In der Geschichte der politischen Arbeiterbewegung gibt es ziemlich durchgängig eine Strömung, die man auf den Begriff „revolutionäres Bekennertum" oder, wenn man das Fremdwort will, revolutionären Attentismus bringen kann, deren ideologisches Grundmotiv darin bestand, die Entwicklungsprobleme von Natur und Gesellschaft in Entwicklungsprobleme der Bourgeoisie umzumünzen, die damit gleichzeitig aus dem „willen- und widerstandslosen Träger der kapitalistischen Produktionsweise" in deren bewußten Lenker und Leiter verwandelt war. Diese Strömung fand in der alten SPD ihren Ausdruck in der Liebknechtschen Losung, daß die Ar-
beiterbewegung „diesem System keinen Mann und keinen Groschen" stellen dürfe. Ihr erster radikaler Kritiker war Bernstein, dessen politische Konsequenzen ja nicht geteilt werden müssen, wenn man feststellt, daß er als erster nach den „Voraussetzungen des Sozialismus", wie sie der Kapitalismus hervorbringt, fragte und für eine Politik eintrat, die sich auf die vorwärtstreibende Entwicklung dieser Faktoren konzentriert.

Lenin hat in seiner Polemik gegen den „imperialistischen Ökonomismus" Bucharins diese Strömung ebenfalls bekämpft – allerdings nicht ohne dabei das Problem des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf die *politischen Formen* dieses Übergangs, die für sich genommen völlig inhaltsleer bleiben, zu reduzieren (und nicht ohne die These Bucharins von der Unmöglichkeit politischer Reform im „Imperialismus" allererst durch seine eigene falsche These vom „Imperialismus gleich Reaktion auf der ganzen Linie" provoziert zu haben). – An einem anderen, folgenschweren Punkt hat Lenin selber diese Politik der „revolutionären" Verweigerung vertreten: In der Auseinandersetzung um die Taktik der Arbeiterparteien im I. Weltkrieg, wo er aus der falschen Gleichsetzung der Kriegsziele aller kriegsbeteiligten Länder als „aggressiv und räuberisch" die nicht weniger falsche taktische Devise des revolutionären Defäitismus für die Arbeiter *aller* kriegsbeteiligten Länder schlußfolgerte, während die – berechtigten – Bemühungen innerhalb der sozialdemokratischen Parteien, zu einer konkreten Taktik gegenüber den beiden hauptsächlich kriegstreibenden Mächten – dem russischen Zarismus und dem preußisch-deutschen Militarismus – zu kommen, als „Vaterlandsverteidigung" denunziert wurden.

In der revolutionären Bewegung in Westdeutschland hat der KBW die Linie der „revolutionären" Verweigerung, wenn nicht am reinsten, so doch am wirkungsvollsten vertreten. Trotz aller DK-Beschlüsse über „Stoffarmut" der revolutionären Theorien erfreut sich diese Methode der Kritik in den Publikationen des KBW weiterhin großer Beliebtheit, wie die Auseinandersetzung um das DGB-Beschäftigungsprogramm zeigt. – Vielleicht auch deshalb, weil mit der Methode tatsächlich am bequemsten die „revolutionäre" Besonderheit der eigenen Organisation demonstriert werden kann.

2. Wenngleich man sich über solche leichtfertige Notenverteilung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, wie sie KVZ und Kommunismus und Klassenkampf – jedenfalls was die in Frage stehenden Artikel betrifft – schon ärgern sollte, so ist doch die Frage angebracht, ob das dahinter liegende Problem nicht etwas größer ist als der KBW. Immerhin geht es um die Mobilisierung von ziemlich viel *revolutionärem Sachverstand*, wenn der Weg, den der DGB mit seinem Beschäftigungsprogramm im Ansatz eingeschlagen hat, erfolgreich weitergegangen werden soll. Ob der im KBW vorhandene dazu ausreicht, ist fraglich. Vor allem ist aber fraglich, ob – angesichts der aktuell nur ganz inhaltsleer verwendbaren Begriffe wie „reformistisch" und „kommunistisch" – es viel Sinn hat, die damit verbundenen politischen Abgrenzungen in der Linken aufrechtzuerhalten.

freut sich diese Methode der Kritik in den Publikationen des KBW weiterhin großer Beliebtheit, wie die Auseinandersetzung um das DGB-Beschäftigungsprogramm zeigt. – Vielleicht auch deshalb, weil mit der Methode tatsächlich am bequemsten die „revolutionäre" Besonderheit der eigenen Organisation demonstriert werden kann.

2. Wenngleich man sich über solche leichtfertige Notenverteilung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, wie sie KVZ und Kommunismus und Klassenkampf – jedenfalls was die in Frage stehenden Artikel betrifft – schon ärgern sollte, so ist doch die Frage angebracht, ob das dahinter liegende Problem nicht etwas größer ist als der KBW. Immerhin geht es um die Mobilisierung von ziemlich viel revolutionärem Sachverstand, wenn der Weg, den der DGB mit seinem Beschäftigungsprogramm im Ansatz eingeschlagen hat, erfolgreich weitergegangen werden soll. Ob der im KBW vorhandene dazu ausreicht, ist fraglich. Vor allem ist aber fraglich, ob – angesichts der aktuell nur ganz inhaltsleer verwendbaren Begriffe wie „reformistisch" und „kommunistisch" – es viel Sinn hat, die damit verbundenen politischen Abgrenzungen in der Linken aufrechtzuerhalten.

* Dieselbe Richtung der Kritik auch in der KVZ: Nach einem im wesentlichen zustimmenden Referat der Begründung A. Pfeifers für das DGB-Beschäftigungsprogramm kommentiert der Genosse Bleicher abschließend: „Doch das Wort wird hier nicht Fleisch. Angeboten wird der Weg des 50 Mrd. Investitionsprogramms. Damit könne beschleunigtes Wachstum in einigen Bereichen des bisher vernachlässigten gesellschaftlichen Wachstums konzentriert werden ... Gleichzeitig wird betont, dies ließe sich verwirklichen, ‚ohne die Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen aus dem Bereich des einzelnen Unternehmens herauszunehmen'. Theoretisch ist sich die marxistische Linke wenigstens darin einig, daß mit den Ergebnissen der kapitalistischen Wirtschaft nicht gebrochen werden kann, wenn das zugrundeliegende Kapitalverhältnis selbst nicht gebrochen wird. Geschieht dies nicht, so reproduzieren sich wenigstens in der Tendenz alle Folgen kapitalistischen Wirtschaftens immer wieder aufs neue. Und um diesen heißen Brei schleicht der DGB wie die bekannte Katze." (KVZ 49/1981, S. 11) – Ob es, die Berechtigung der Kritik unterstellt, dagegen so furchtbar nützlicher ist, immer wieder auf den „heißen Brei" zu verweisen, ohne eine Andeutung, wie er konkret zu beseitigen ist?

Vgl. auch die Argumentation des Genossen Schmierer. Auf die Frage nach der Möglichkeit einer Strategie, die politische und soziale Reformen beinhaltet und auf eine sozialistische Umgestaltung hinausläuft, die verblüffende Antwort: „Das Problem ist halt, daß innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise alles auf Reproduktion dieser Produktionsweise, einschließlich ihrer Herrschaftsverhältnisse ‚hinausläuft'." (KVZ 45/1981, S. 16) – Was will man da noch machen? Jedenfalls, wenn man das Pech hat, mit beiden Beinen „innerhalb" der kapitalistischen Produktionsweise zu stehen?

Die Lage der Umschüler und Rehabilitanden nach der „Operation '82"

Bares Geld wird ihnen genommen. Man muß und kann sich aber wehren

ebn.Hamburg. Im Juli 1981 zahlte die Bundesanstalt für Arbeit (BA) an insgesamt 102594 Empfänger Unterhaltsgeld (UHG) in Höhe von insgesamt 105950000 DM, pro Empfänger im Durchschnitt 1032,71 DM. (1)

Außerdem zahlte sie noch an 16323 Rehabilitanden insgesamt 25943000 DM Übergangsgeld (ÜG), pro Empfänger im Durchschnitt 1589,35 DM. (2)

Die Spannweite von hohen und niedrigen UHG- oder ÜG-Beträgen, die sich hinter diesen Durchschnittszahlen verbirgt, ist beträchtlich. Dazu ein Beispiel:
Eine alleinstehende Frau mit einem Kind hat vor der Umschulung monatlich als Büroangestellte netto ca. 1240 DM verdient. Sie bekommt ein UHG von 80% ihres vorherigen Nettogehalts. Das sind 995,80 DM. Nach einer Statistik der BA bekommen etwa 30% aller UHG-Empfänger ihr UHG auf der Basis eines ähnlich niedrigen oder gar niedrigeren Einkommens berechnet. (3)

Allerdings führt ein höheres Einkommen nicht unter allen Umständen zu einem höheren UHG: Ein Krankenpfleger bekam vor seiner Fortbildung zum Unterrichtspfleger ein Gehalt von ca. 1400 DM netto. Er bekommt ein UHG von 58% seines vorherigen Nettogehalts. (4) Das sind 808,60 DM im Monat. Davon muß er allerdings noch einen Teil seiner Lehrgangsgebühren selber bezahlen, 190 DM im Monat. (5) Bleiben: 618,60 DM.

Unterhaltsgeld und Übergangsgeld sind nun im Rahmen der „Operation '82" durch das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz (AFKG) zum Teil noch einmal erheblich gekürzt worden.

Kürzungen beim Unterhaltsgeld

UHG-Empfänger, die nach den alten Bestimmungen 80% bekamen, bekommen nun nur noch 68%, wenn sie keine Kinder haben, und 75%, wenn sie Kinder haben. Voraussetzung ist jedoch auch noch, daß sie vorher mindestens zwei Jahre lang versicherungspflichtig gearbeitet haben. Wenn nicht, bekommen sie überhaupt nichts mehr. (Dies trifft z.B. Leute, die nach abgeschlossenem Studium keine Arbeit finden.) Die oben genannte Frau bekommt nach der neuen Regelung statt der 995,80 DM nur noch 932,80 DM.

UHG-Empfänger, die nach den alten Bestimmungen 58% bekamen, bekommen diese nun nur noch als Darlehen, das sie nach der Ausbildung in Monatsraten zurückzahlen müssen.

Kürzungen beim Rehabilitanden-Übergangsgeld

Rehabilitanden, deren letzte versicherungspflichtige Tätigkeit nicht länger als drei Jahre zurückliegt und die mindestens ein Kind haben, bekommen – statt bisher 100% – nur noch 90% ihres vorherigen Nettolohnes. Haben sie keine Kinder, bekommen sie sogar nur noch 75%. Rehabilitanden, deren letzte versicherungspflichtige Tätigkeit länger als drei Jahre zurückliegt oder die überhaupt noch nicht versicherungspflichtig gearbeitet haben, bekamen bisher ein Übergangsgeld von 80% des Betrages, den sie nach dem Fremdrentengesetz bekommen hätten. In Zukunft wird das ÜG auf der Grundlage von 65% des Nettolohnes berechnet, den sie verdienen könnten, wenn sie nicht behindert wären. Also: 65% des vermuteten Nettolohnes, davon 90 bzw. 75%.

Diese letzte Regelung führt bei einzelnen Rehabilitanden sogar zu Kürzungen von mehr als 50%. Ein Hamburger Rehabilitand bespielsweise soll statt bisher monatlich 2079,30 nur noch 1038 DM bekommen. Er ist verheiratet und hat Kinder.

Die Kürzungen verschärfen also für viele Umschüler und Rehabilitanden die ohnehin schon beschissene materielle Lage noch einmal erheblich. Eine größere Zahl wird auf das Sozialhilfeniveau bzw. in seine Nähe gedrückt. Ihre Empörung haben sie (nach vielen Aktionen und Demonstrationen im Herbst) in einer ganzen Reihe von öffentlichen Protestaktionen und Veranstaltungen zum Ausdruck gebracht. Es hat sich jedoch eine gewisse Ratlosigkeit breit gemacht, was man zur Verteidigung seines materiellen Lebensniveaus machen kann.

Relativ günstig scheinen die juristischen Möglichkeiten zu sein, die diejenigen haben, deren Maßnahme während der Dauer der Übergangsregelung (2.9.81 bis 31.12.81) begonnen hat. In nebenstehendem Kasten sind hierzu die Einschätzung und die Ratschläge zusammengefaßt, die in der „Hamburger Umschülerzeitung" veröffentlicht wurden. Bei allen anderen ist die Lage offenbar ungleich schwieriger. Viele werden gezwungen sei zu versuchen, Sozialhilfe, Wohngeld oder ähnliche zusätzliche Mittel für ihren Lebensunterhalt zu bekommen. Viele werden aber wegen der damit oft verbundenen entwürdigenden Prozedur den Versuch auch aufgeben und die Umschulungs-Maßnahme möglicherweise abbrechen.

Organisiert kämpfen und die Gewerkschaften gewinnen

Eine der Konsequenzen, die die Umschüler und Rehabilitanden bzw. ihre Vertretungsorgane aus dieser Lage ziehen müssen, ist die, die betreffenden einzelnen Kollegen organisiert und kollektiv in ihren Auseinandersetzungen mit den entsprechenden Ämtern zu unterstützen. Man muß sich den dazu nötigen Sachverstand aneignen und auch mal bei einem Sozialamt oder Wohnungsamt eine gemeinsame öffentliche Aktion zur Unterstützung eines betreffenden Kollegen machen. Man soll auch Parlamentsabgeordnete, Bürgermeister und Politiker in diesen Fragen unter Druck setzen. Dadurch bekommen die mit solchen Aktionen verbundenen Debatten über die ökonomischen und politischen Hintergründe der Lage auch einen wesentlich umfassenderen Charakter.

Die Umschüler und Rehabilitanden sind für solche Aktivitäten in einer wesentlich besseren Lage als beispielsweise Arbeitslose oder Sozialhilfe-Empfänger, die alle immer allein ihre Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Ämtern führen müssen.

Eine andere Konsequenz, die die Umschüler und Rehabilitanden ziehen müssen, sind verstärkte Anstrengungen um gewerkschaftliche Organisierung. Neben der IG DruPa und der Gewerkschaft Gartenbau (GGLF), bei denen auf Bundesebene geklärt ist, daß sie Umschüler aufnehmen, ist die Organisierung in verschiedenen Bezirken auch bei verschiedenen anderen Gewerkschaften möglich. Außer der Organisierung der Umschüler in den Gewerkschaften (oder in DGB-Arbeitskreisen) ist es aber auch umgekehrt notwendig, in den Gewerkschaften ein Bewußtsein für die Lage der Umschüler und Rehabilitanden zu schaffen und zu einer bewußten Politik zu ihren Problemen zu kommen. (Entsprechendes gilt für die Arbeitslosen.) Dazu kann jedes Gewerkschaftsmitglied beitragen. Warum sollten Vertreter der Umschüler nicht mal auf eine Mitgliederversammlung eingeladen werden oder auf eine Funktionärskonferenz, um über ihre Lage und ihre Kämpfe zu berichten?

---

(1) Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 9/81.
(2) Die Rehabilitanden-Zahlen sind nur die von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Rehabilitanden, die ein Übergangsgeld bekommen. Ein Vielfaches dieser Zahl bekommt sein Geld von den Rentenversicherungen, Berufsgenossenschaften oder anderen Kostenträgern. Die Bundesanstalt für Arbeit hat außer an die oben genannte Zahl noch an 30454 Rehabilitanden, die vor der Rehabilitation nie berufstätig waren, ein Ausbildungsgeld von 4106 Mio. DM gezahlt, pro Empfänger ein Taschengeld von 134,83 DM. (Quelle ebenda)
(3) Quelle: Bundesarbeitsblatt 4/81
(4) 80% des vorherigen Nettoeinkommens erhielten bis Jahresende diejenigen Umschüler oder Fortzubildenden, die arbeitslos waren, von Arbeitslosigkeit bedroht waren, nach längerer beruflicher Tätigkeit ohne Abschluß einer Berufsausbildung einen solchen machen wollten oder in einen Mangelberuf hinein umschulten. 58% bekamen diejenigen, bei denen nach Ansicht des Arbeitsamtes dies alles nicht gegeben war, deren Umschulung oder Fortbildung zwar „sinnvoll", aber nicht „notwendig" ist.
(5) Dies müssen alle diejenigen, die nur 58% UHG erhalten. Sie müssen außerdem noch einen Teil ihrer Lehrmittel selber bezahlen, häufig noch einmal einen Betrag von 400 bis 500 DM.

Die Übergangsregelung des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes (AFKG)

Sie besagt, daß alle Umschüler, Fortzubildenden und Rehabilitanden, die zwischen dem 2.9. und 31.12.1981 mit ihrer Maß-

Was kann man tun

Jeder, der zwischen dem 2.9. und dem

aller UHG-Empfänger ihr UHG auf der Basis eines ähnlich niedrigen oder gar niedrigeren Einkommens berechnet. (3)

Allerdings führt ein höheres Einkommen nicht unter allen Umständen zu einem höheren UHG: Ein Krankenpfleger bekam vor seiner Fortbildung zum Unterrichtspfleger ein Gehalt von ca. 1400 DM netto. Er bekommt ein UHG von 58% seines vorherigen Nettogehalts. (4) Das sind 808,60 DM im Monat. Davon muß er allerdings noch einen Teil seiner Lehrgangsgebühren selber bezahlen, 190 DM im Monat. (5) Bleiben: 618,60 DM.

Unterhaltsgeld und Übergangsgeld sind nun im Rahmen der „Operation '82" durch das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz (AFKG) zum Teil noch einmal erheblich gekürzt worden.

Kürzungen beim Unterhaltsgeld

UHG-Empfänger, die nach den alten Bestimmungen 80% bekamen, bekommen nun nur noch 68%, wenn sie keine

nach der neuen Regelung statt der 995,80 DM nur noch 932,80 DM.

UHG-Empfänger, die nach den alten Bestimmungen 58% bekamen, bekommen diese nun nur noch als Darlehen, das sie nach der Ausbildung in Monatsraten zurückzahlen müssen.

Kürzungen beim Rehabilitanden-Übergangsgeld

Rehabilitanden, deren letzte versicherungspflichtige Tätigkeit nicht länger als drei Jahre zurückliegt und die mindestens ein Kind haben, bekommen – statt bisher 100% – nur noch 90% ihres vorherigen Nettolohnes. Haben sie keine Kinder, bekommen sie sogar nur noch 75%. Rehabilitanden, deren letzte versicherungspflichtige Tätigkeit länger als drei Jahre zurückliegt oder die überhaupt noch nicht versicherungspflichtig gearbeitet haben, bekamen bisher ein Übergangsgeld von 80% des Betrages, den sie nach dem Fremdrentengesetz bekommen hätten. In Zukunft wird das ÜG auf der

statt bisher monatlich 2079,30 nur noch 1038 DM bekommen. Er ist verheiratet und hat Kinder.

Die Kürzungen verschärfen also für viele Umschüler und Rehabilitanden die ohnehin schon beschissene materielle Lage noch einmal erheblich. Eine größere Zahl wird auf das Sozialhilfeniveau bzw. in seine Nähe gedrückt. Ihre Empörung haben sie (nach vielen Aktionen und Demonstrationen im Herbst) in einer ganzen Reihe von öffentlichen Protestaktionen und Veranstaltungen zum Ausdruck gebracht. Es hat sich jedoch eine gewisse Ratlosig-

auch Parlamentsabgeordnete, Bürgermeister und Politiker in diesen Fragen unter Druck setzen. Dadurch bekommen die mit solchen Aktionen verbundenen Debatten über die ökonomischen und politischen Hintergründe der Lage auch einen wesentlich umfassenderen Charakter.

Die Umschüler und Rehabilitanden sind für solche Aktivitäten in einer wesentlich besseren Lage als beispielsweise Arbeitslose oder Sozialhilfe-Empfänger, die alle immer allein ihre Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Ämtern führen müssen.

geld von 4106 Mio. DM gezahlt, pro Empfänger ein Taschengeld von 134,83 DM. (Quelle ebenda)
(3) Quelle: Bundesarbeitsblatt 4/81
(4) 80% des vorherigen Nettoeinkommens erhielten bis Jahresende diejenigen Umschüler oder Fortzubildenden, die arbeitslos waren, von Arbeitslosigkeit bedroht waren, nach längerer beruflicher Tätigkeit ohne Abschluß einer Berufsausbildung einen solchen machen wollten oder in einen Mangelberuf hinein umschulten. 58% bekamen diejenigen, bei denen nach Ansicht des Arbeitsamtes dies alles nicht gegeben war, deren Umschulung oder Fortbildung zwar „sinnvoll", aber nicht „notwendig" ist.
(5) Dies müssen alle diejenigen, die nur 58% UHG erhalten. Sie müssen außerdem noch einen Teil ihrer Lehrmittel selber bezahlen, häufig noch einmal einen Betrag von 400 bis 500 DM.

Investlohn: ‚Neue Wege diskutieren!'

„Die Zeit ist offensichtlich um in der wie bisher gewohnt, mit ‚klingendem Spiel' der jahrzehntelang gewohnte ‚Tarifmarsch' angetreten werden konnte", schreibt der Vorsitzende B. Keller der Gewerkschaft Textil-Bekleidung. Auch in anderen Gewerkschaften werden Überlegungen angestellt wie bei hohen Arbeitslosenzahlen, scharfer internationaler Konkurrenz der westdeutschen Kapitalisten die Gewerkschaften reagieren sollen. Er sieht in der Beteiligung am Produktivvermögen eine alternative Tarifpolitik.

Die Übergangsregelung des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes (AFKG)

Sie besagt, daß alle Umschüler, Fortzubildenden und Rehabilitanden, die zwischen dem 2.9. und 31.12.1981 mit ihrer Maßnahme angefangen haben, bis 31.12. ihr Geld nach altem Recht bekommen, ab 1.1.1982 nach neuem Recht. Das AFKG ist jedoch erst seit dem 1.1. in Kraft.

Um die Übergangsregelung trotzdem schon vorher anzuwenden, hat das Bundesarbeitsministerium eine Verordnung erlassen, nach der die Bewilligungsbescheide zwischen dem 2.9. und dem 31.12. mit einem Vorbehalt versehen werden sollten. Der Vorbehalt besagte, daß die Leistungen nach dem 31.12. dem neuen Recht angepaßt werden sollten.

Die Vorbehalte schränkten damit den eindeutigen gesetzlichen Anspruch, den die Betroffenen auf ein Unterhaltsgeld (UHG) oder ein Übergangsgeld nach den derzeit gültigen gesetzlichen Bestimmungen hatten, in seiner zeitlichen Dauer bis zum Jahresende ein. Im AFG bzw. in den für die Rehabilitation in Frage kommenden verschiedenen Gesetzen gibt es dafür keine Rechtsgrundlage. Durch die Ehrenbergsche Verordnung sollte also der gesetzliche Anspruch eingeschränkt werden.

Bei der Ablehnung von Widersprüchen gegen derartige Bewilligungsbescheide mit Vorbehalt berufen sich die Kostenträger häufig auf §32 Sozialgesetzbuch X Abs. 2. Danach seien „Nebenbestimmungen" wie die Vorbehalte bei „Verwaltungsakten" (der Bewilligung von UHG z.B.) zulässig.

Dieser Absatz 2 erlaubt aber solche „Nebenbestimmungen" nur für solche Fälle, wo die betreffende Behörde nach „pflichtgemäßem Ermessen" entscheiden muß. Das bedeutet, in all solchen Fällen, wo das Gesetz selber keine eindeutige Regelung vorschreibt und wo die entsprechende Behörde deshalb innerhalb eines Ermessensspielraumes entscheiden muß.

Was kann man tun

Jeder, der zwischen dem 2.9. und dem 31.12.1981 mit seiner Maßnahme angefangen hat, sollte gegen den Kürzungsbescheid Widerspruch einlegen. Das ist bis vier Wochen nach Erhalt des Kürzungsbescheides möglich. (Entscheidend ist das Empfangsdatum, nicht das Absendedatum des Bescheides!) Auch diejenigen müssen gegen den Kürzungsbescheid Widerspruch einlegen, die bereits gegen den Bescheid mit dem Vorbehalt Widerspruch eingelegt hatten. Bekommt man eine Ablehnung seines Widerspruches, so muß man vor dem Sozialgericht Klage erheben. Als Gewerkschaftsmitglied sollte man dabei versuchen, Rechtsschutz von seiner Gewerkschaft zu bekommen.

Es empfiehlt sich, das Widerspruch-Einlegen und auch das Klagen in den Kursen gemeinsam zu organisieren. Dauert die Bearbeitung der Widersprüche bei den Kostenträgern zu lange, haben viele Kurse schon durch einen gemeinsamen Besuch beim Kostenträger erfolgreich auf eine schnellere Bearbeitung gedrängt. Zumindest sollte man versuchen, wenigstens die Entscheidung über einen (möglichst typischen) Widerspruchsfall in möglichst kurzer Zeit zu erreichen. Erhebt dann der betreffende Kollege Klage, so kann man auch (mit Hinweis auf das schwebende Verfahren) beim Kostenträger die Aussetzung der Entscheidung über die anderen Widersprüche beantragen (bis zur Entscheidung in dem schwebenden Verfahren).

Dies ist auch deshalb zu empfehlen, weil man dann nicht durch eine Schwemme von Klagen selber die Sozialgerichte vollständig blockiert. Man muß aber auf jeden Fall klagen, wenn man die Ablehnung seines Widerspruchs bereits erhalten hat, und zwar ebenfalls wieder innerhalb von vier Wochen.

Investlohn: ‚Neue Wege diskutieren!'

„Die Zeit ist offensichtlich um in der wie bisher gewohnt, mit ‚klingendem Spiel' der jahrzehntelang gewohnte ‚Tarifmarsch' angetreten werden konnte", schreibt der Vorsitzende B. Keller der Gewerkschaft Textil-Bekleidung. Auch in anderen Gewerkschaften werden Überlegungen angestellt wie bei hohen Arbeitslosenzahlen, scharfer internationaler Konkurrenz der westdeutschen Kapitalisten die Gewerkschaften reagieren sollen. Er sieht in der Beteiligung am Produktivvermögen eine alternative Tarifpolitik.

„Zum Angriff übergehen. Das heißt für mich, daß wir uns endlich der so wichtigen Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen zuwenden müssen. Auch und gerade die Textil- und Bekleidungsindustrie. Von der Lösung dieses Problems wird das Schicksal des größten Teils der Arbeitsplätze in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie abhängen. Die Industrie muß eine ausreichende Kapitalausstattung haben, wenn sie im immer härter werdenden weltweiten Konkurrenzkampf überleben soll. Damit dies Ziel nicht unter Ausnutzung der schlechten Wirtschaftslage durch endgültigen Lohnverzicht der Arbeitnehmer erreicht wird, müssen wir zum Angriff übergehen. Wir müssen prüfen, ob ein bestimmter Anteil bei Tariferhöhungen den Unternehmen z.B. als Darlehen langfristig und verzinst zur Verfügung gestellt werden kann. Natürlich nur unter tarifvertraglicher Absicherung des Anspruchs auch im Fall des Konkurses." (Keller, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil, Bekleidung)

Beteiligt am Produktivvermögen sind heute einschließlich den Eigentümern der sogenannten „Belegschaftsaktien", die oft zu Vorzugskursen freiwillig von den Beschäftigten erworben werden können und um die es hier nicht gehen soll, rund 850000 Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, die vertraglich einen Teil ihres Lohns nicht ausbezahlt bekommen. Dieser Teil wird als Darlehen dem Kapitalisten zur Verfügung gestellt, als Aktien ausgegeben oder in Fonds eingezahlt, die dem Kapitalisten so für die Geldbeschaffung zur Verfügung stehen.

Bisher kam der Ruf nach – meist betrieblicher – Vermögensbildung von der CDU. Gegenwärtig werden von der niedersächsischen Landesregierung und der CDA, den Sozialausschüssen der CDU, Gesetzesinitiativen dazu eingebracht. In der Haushaltsdebatte warfen sich Genscher und Kohl die Bälle zu (s. Kasten). Neu ist die Unterstützung dieser Überlegungen aus den Gewerkschaften. Die DAG stellte in der letzten Woche Gemeinsamkeiten mit der FDP fest. Der Bezirksleiter der IG Chemie, H. Schweitzer (Rheinland-Pfalz) fordert, daß 1% des Lohns in einen Fonds eingezahlt werden solle. Die Kapitalisten sollten nochmal die gleiche Summe zuschießen und könnten aus diesem Fonds Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen finanzieren. Würden mit diesen Investitionen dann aber doch keine Arbeitsplätze geschaffen, sollten die Investitionen wieder zurückgezahlt werden.

Kellers Ansatz ist: Die westdeutsche Industrie ist unterkapitalisiert, namentlich die Textil- und Bekleidungsindustrie. Um konkurrenzfähig zu werden, braucht sie Investitionen, das Kapital dazu müsse von Arbeitern mit aufgebracht werden. Nur über diesen Weg könnten Arbeitsplätze gesichert werden und gar neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Interesse daran überlagere noch das Interesse an ausreichenden Löhnen. Am Ende dieser Entwicklung könne man dann auch wieder den Lohn, auf den nur zwischenzeitlich verzichtet worden sei, endgültig sichern.

Nun kann man vielleicht sagen, daß allgemein die westdeutsche Industrie „unterkapitalisiert" ist, namentlich die Textil- und Bekleidungsindustrie. Aber die Ursache der mangelnden Konkurrenzfähigkeit liegt nicht einfach am mangelnden Kapital. Das Ziel „Konkurrenzfähigkeit" akzeptiert, so bedeutet „konkurrenzfähig", billiger produzieren. Wenn nicht das Lohnniveau der Dritten Welt akzeptiert wird, bedeutet dies, produktiver produzieren. Bei gegebenem Markt folgt daraus nicht Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern weiteres Überflüssigmachen von Arbeitsplätzen.

Auch die anderen Annahmen sind falsch: Kapitalmangel in den Betrieben und Konzernen bedeutet nicht, daß kein Kapital vorhanden ist. Es ist nur, weil es zuwenig Profit bringen würde, nicht in der Produktion verausgabt, sondern als zinsbringende Kredite angelegt. Über 50% der Gewinne werden gegenwärtig in der BRD nicht wieder investiert, sondern aus dem industriellen Kreislauf herausgezogen.

Der „Angriff" der Arbeiter soll darin bestehen, von sich aus auf einen Teil des Lohns zu verzichten und ihn den Kapitalisten zu überlassen. Dies würde bedeuten, daß ihnen neben den 4 Mrd. DM aus dem „Beschäftigungsprogramm" noch weitere 8 Mrd. DM zugeschanzt werden, die sie natürlich zu günstigsten Bedingungen gerne mitnehmen werden. Den Nachweis von geschaffenen Arbeitsplätzen hat Keller nicht mal gefordert.

Keller begründet diese Taktik damit, daß so kein endgültiger Lohnverzicht eintreten werde. Gerade dies wird gegenwärtig aber von den Kapitalisten als Bedingung weiterer Investitionen gefordert. Den Kapitalisten, der CDU und der FDP kommt es ja auch nicht in erster Linie darauf an, Arbeitsplätze zu schaffen. Sie stört höchstens die Masse nicht ausgebeuteter Arbeiter. Der Sachverständigenrat hat es so formuliert: „Auf mittlere Sicht wäre wenig gewonnen, wenn niedrigen Abschlüssen in der kommenden Lohnrunde später um so höhere folgten. Wichtig ist die Verläßlichkeit der lohnpolitischen Grundlinie über das kommende Jahr hinaus, einer Grundlinie, die dahin führen muß, daß mehr Produktion und Beschäftigung nicht an den Kosten scheitern. Vermögenspolitische Maßnahmen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern vereinbart, könnten den notwendigen Konsens herbeiführen und sichern helfen. Nicht zuletzt der hohe Bedarf an Investitionen für die

Auf dem Hof werden die LKW blockiert. Der Sicherheitsingenieur legt sich ins Zeug: „Was Sie hier machen ist Freiheitsberaubung und Nötigung der LKW-Fahrer.“ „Sorgen Sie bitte dafür, daß die Leute den Platz vor den LKWs dort verlassen, damit die den Hof verlassen können!“ (Bild lks) Das klappt nicht. Der kaufmännische Leiter Dr. Kunter: „Was soll denn das Barrikaden bauen?“ Als das nichts fruchtet, macht sich der Sicherheitsingenieur (Bild Mitte) gemeinsam mit der Geschäftsleitung an den Containern zu schaffen. Es geht auch ohne! Eine Menschenwand blockiert nun die LKWs. (Bild rts)

Streiks in allen O & K-Betrieben gegen Lohnkürzungen

hak. Westberlin. Der Vorstand des Baumaschinen- und Anlagenbaukonzerns Orenstein & Koppel wollte zum 1. März die Zeitvorgaben für die Akkordarbeiter zwischen 10 und 20% senken. Er kündigte kurzerhand die Betriebsvereinbarungen, die teilweise zehn Jahre und älter sind. Am 29.1. wurde dies per Anschlag am Schwarzen Brett den Belegschaften mitgeteilt. So einfach stellte sich das für diese Belegschaften jedoch nicht:

Von Montag bis Freitag letzter Woche wurde in fünf Werken gestreikt. Zur Überraschung der Arbeiter hing nun am letzten Montag in allen Werken eine Bekanntmachung auf rosa Papier an den Schwarzen Brettern und selbst in der Garderobe, wo sonst an sich gar nichts bekanntgegeben wird: Die „Maßnahmen“ des Vorstands werden vorläufig ausgesetzt.

Das Ziel des Vorstandes ist es, „Verhandlungen über die notwendigen Produktivitätssteigerungen im Akkord-Bereich offen und ohne Vorbedingungen von der einen oder anderen Seite führen zu können. Vorstand und Werksleitung erklären darüberhinaus ihre ausdrückliche Bereitschaft, die Frage des Ausgleichs der durch die Arbeitsniederlegungen ausgefallenen Zeiten in die Verhandlungen miteinzubeziehen.“

Im Werk Westberlin wurde am letzten Freitag, also einen Tag bevor obige Bekanntmachung erschien, noch ein Schreiben ausgehängt, in dem um mehr Besonnenheit gebeten wurde. In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, daß Arbeitsniederlegungen „unzulässig sind und eine arbeitsrechtliche Arbeitsverweigerung darstellen. Die durch Streik ausfallende Zeit wird nicht bezahlt.“

In den einzelnen Werken stellte sich die Lage folgendermaßen dar:

1.2. Ca. 300 Kollegen streikten im Werk Hagen (insgesamt ca. 650 Beschäftigte)

2.2. Streik in Dortmund. 850 Akkordarbeiter zogen um 8 Uhr für über zwei Stunden vor die Hauptverwaltung; viele gingen anschließend nach Hause.

3.2. Sitzung des Gesamtbetriebsrats in Dortmund

4.2. Außerordentliche Betriebsversammlung in Dortmund. Danach nehmen über 700 Arbeiter – davon erstmals auch mehrere Zeitlohnarbeiter, die nicht von den Kürzungen betroffen sind – die Arbeit nicht mehr auf. Sie setzten dem Vorstand ein Ultimatum bis zum Freitag 9 Uhr, die geplanten Lohnkürzungen zurückzunehmen.

4.2. Streik im Werk Westberlin. Ca. 500 Arbeiter treten nach der Mittagspause für den Rest des Arbeitstages in den Ausstand. In einigen Abteilungen streiken die Schichtarbeiter abends bis zum Schichtende. Auf der Streikversammlung wird ohne Gegenstimme beschlossen, den Streik am Montagmorgen fortzusetzen. Freitags ist im Werk Westberlin Kurzarbeitstag.

5.2. Nach Ablauf des Ultimatums streiken ab 9 Uhr in Dortmund ca. 850 Beschäftigte, in Hattingen ca. 750. In beiden Betrieben wird bis zum Feierabend gestreikt.

In den Werken Enningerloh (ca. 350 Beschäftigte) und im Werk Lübeck (ca. 1800) kam es vereinzelt in Abteilungen zu Arbeitsniederlegungen. Zudem wurde in allen Werken eine hohe Fehlquote registriert. Nach den Streiks ließen sich viele Arbeiter für den Rest des Tages beurlauben oder debattierten in größeren Gruppen.

Die Bevollmächtigten der IGM in den Tarifbezirken Nordrhein-Westfalen und Berlin, Möller und Wagner (letzterer ist außerdem Mitglied im Aufsichtsrat von O&K) unterstützten die Forderungen der Arbeiter. Sie sprachen von willkürlichen Streichungen, die man nicht ohne weiteres hinnehmen könne, auch nicht in schlechten Zeiten. „Wenn es früher gute Gründe und Berechtigung für die freiwilligen Zusatzleistungen gab, dann gelten sie auch heute noch.“ In einem Interview im SFB II Freitagmorgen machte Wagner auf die Problematik solcher Streiks aufmerksam. Dies seien keine tarifvertragsrechtlichen Streitigkeiten, und mithin dürfe die IGM nicht zum Streik aufrufen, da sie dann auf Schadensersatz verklagt werden könne. Das Problem der materiellen Unterstützung stelle sich für ihn zur Zeit noch nicht.

Im Tarif-Info Nr. 2 der IG Metall in Westberlin wurde darauf hingewiesen, daß der IGM einige Betriebe bekanntgeworden seien, die die übertariflichen

hen oder in der Spätschicht während der Arbeitszeit teilweise duschen gehen, so lange ist noch genug Luft drin. Außerdem will er die nach seiner Meinung überhöhten Vorgabezeiten durchforsten. In der Montage werden heute in 4 Kurzarbeitstagen genausoviele Bagger gebaut, wie vorher in 5 Tagen. Mehrere Zeiten wurden bis zu 50% gekürzt nach neuen Zeitaufnahmen.

Betriebsvereinbarungen gekündigt

Bei O&K in Westberlin sind in der Vorgabezeit 21% übertarifliche Zulage enthalten, d.h. auf die Grundzeit von 100% werden 21% davon aufgeschlagen als Zulage. Hinzu kommen noch 10% Verteilzeit (für kleine Nebentätigkeiten und für persönliche Belange, z.B. Zigarettenpause). Diese insgesamt 131% der Grundzeit werden als Vorgabezeit vorgegeben. Wird die Arbeit in der vorgegebenen Zeit erledigt, erhält man den Tariflohn (z.Z. 9,81 DM in der Ecklohngruppe 5). Bei höherer Leistung erhält man entsprechend mehr. Der Durchschnittslohn bei O&K liegt bei 14,35 DM (in Westberlin bei 15,41 DM). Die Kürzung des Reallohns würde dann bei 200 – 300 DM liegen, das sind zwischen 13 und 17%.

Diese Betriebsvereinbarung (ähnlich wie in anderen Werken) soll gekündigt werden, weil 1972 die übertarifliche Zulage von 16 auf 21% als sogenannter Konjunkturzuschlag aufgestockt wurde. Außerdem soll der Zuschlag für unbeeinflußbare Zeit (Maschinenzeit) von 51% teilweise entfallen. Da die Konjunktur schlecht ist, greifen die Kapitalisten in die Trickkiste und erklären die Betriebsvereinbarung für ungültig.

Der Streikbeschluß in Westberlin am letzten Freitag wurde mit großem Beifall begrüßt. Für Warnstreiks sprach sich keiner aus. Viele Arbeiter spra-

Schaffung neuer Arbeitsplätze sollte es im Interesse beider Seiten möglich machen, zu einer Einigung zu finden. Den Unternehmern würde eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Kapitalbildung das Investieren leichter machen, und den Arbeitnehmern könnte eine Beteiligung an den Unternehmenserträgen viel von der Sorge nehmen, bei der Einkommensverteilung ins Hintertreffen zu geraten, wenn sie bei den Lohnabschlüssen mehr als kleine Schritte zur Verbesserung der Ertragslage zulassen.“

Der Sachverständigenrat empfiehlt: „Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten sich im Rahmen der Tarifautonomie darauf einigen, daß das vorrangige Ziel der kommenden Jahre darin besteht, mehr als eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es wäre ein Konsens darüber anzustreben, daß für eine Reihe von Jahren der volkswirtschaftliche Produktivitätsfortschritt für diese Aufgabe genutzt werden soll.

gewinnen und der Kapitalbildung, die zur Lösung der Beschäftigungsprobleme erforderlich sind, müßten ein tragendes Element der grundsätzlichen Verständigung sein.“

Zur Form, in der diese „Kapitalbildung der Arbeitnehmerhand“ erfolgen soll, hatte sich der Sachverständigenrat schon 1976 geäußert. Zwei Modelle sind es. Einmal die Verteilung des Kapitals auf die Branche oder auch auf einzelne Unternehmen, wobei entstehende Gewinne an die beteiligten Arbeitnehmer ausgezahlt würden. Und ein Modell der „geteilten Tarifverhandlungen“, wobei einmal die Löhne auf der Grundlage einer vorsichtigen Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung ausgehandelt werden sollten und in einer zweiten – späteren – Phase sollte dann mit den erzielten Ergebnissen über vermögenswirksame Leistungen verhandelt werden.

Die Kapitalisten lehnten bislang solche Vermögensbildung über große

mungen kann den Lohnabhängigen dies nun auch nicht erstrebenswert erscheinen.

Keller hat sich von vornherein gegen den Vorwurf „Arbeiterverrat“ abgesichert. Man mag dies so nennen oder auch nicht, jedenfalls werden nach Lage der Dinge weder Arbeitsplätze sicherer oder gar geschaffen noch wird der „endgültige Lohnverzicht“ verhindert. Die von ihm geforderten „machbaren und brauchbaren Alternativen“ bestehen nicht darin, vor dem Kampf um den Erhalt des Lohns in andere Bereiche auszuweichen, sondern darin, die Einheit aller Arbeiter dafür herzustellen. Kellers Plan, die „Konkurrenzfähigkeit“ der eigenen Wirtschaft herzustellen, ist sozialchauvinistisch, wie sich dies schon bei der Auseinandersetzung um das Welt-Textilabkommen zeigte. Kellers Plan führt aber auch über die Konkurrenzfähigkeit des „eigenen Kapitals“ zur tausendfachen Spaltung der Arbeiterklasse im eigenen

jedoch nicht:

Von Montag bis Freitag letzter Woche wurde in fünf Werken gestreikt. Zur Überraschung der Arbeiter hing nun am letzten Montag in allen Werken eine Bekanntmachung auf rosa Papier an den Schwarzen Brettern und selbst in der Garderobe, wo sonst an sich gar nichts bekanntgegeben wird: Die „Maßnahmen“ des Vorstands werden vorläufig ausgesetzt.

hen.“

Im Werk Westberlin wurde am letzten Freitag, also einen Tag bevor obige Bekanntmachung erschien, noch ein Schreiben ausgehängt, in dem um mehr Besonnenheit gebeten wurde. In diesem Zusammenhang wurde darauf verwiesen, daß Arbeitsniederlegungen „unzulässig sind und eine arbeitsrechtliche Arbeitsverweigerung darstellen. Die durch Streik ausfallende Zeit wird nicht bezahlt.“

3.2. Sitzung des Gesamtbetriebsrats in Dortmund

4.2. Außerordentliche Betriebsversammlung in Dortmund. Danach nehmen über 700 Arbeiter – davon erstmals auch mehrere Zeitlohnarbeiter, die nicht von den Kürzungen betroffen sind – die Arbeit nicht mehr auf. Sie setzten dem Vorstand ein Ultimatum bis zum Freitag 9 Uhr, die geplanten Lohnkürzungen zurückzunehmen.

4.2. Streik im Werk Westberlin. Ca.

streiken ab 9 Uhr in Dortmund ca. 850 Beschäftigte, in Hattingen ca. 750. In beiden Betrieben wird bis zum Feierabend gestreikt.

In den Werken Enningerloh (ca. 350 Beschäftigte) und im Werk Lübeck (ca. 1800) kam es vereinzelt in Abteilungen zu Arbeitsniederlegungen. Zudem wurde in allen Werken eine hohe Fehlquote registriert. Nach den Streiks ließen sich viele Arbeiter für den Rest des Tages beurlauben oder debattierten in größeren Gruppen.

Die Bevollmächtigten der IGM in den Tarifbezirken Nordrhein-Westfalen und Berlin, Möller und Wagner (letzterer ist außerdem Mitglied im Aufsichtsrat von O&K) unterstützten die Forderungen der Arbeiter. Sie sprachen von willkürlichen Streichungen, die man nicht ohne weiteres hinnehmen könne, auch nicht in schlechten Zeiten. „Wenn es früher gute Gründe und Berechtigung für die freiwilligen Zusatzleistungen gab, dann gelten sie auch heute noch.“ In einem Interview im SFB II Freitagmorgen machte Wagner auf die Problematik solcher Streiks aufmerksam. Dies seien keine tarifvertragsrechtlichen Streitigkeiten, und mithin dürfe die IGM nicht zum Streik aufrufen, da sie dann auf Schadensersatz verklagt werden könne. Das Problem der materiellen Unterstützung stelle sich für ihn zur Zeit noch nicht.

Im Tarif-Info Nr. 2 der IG Metall in Westberlin wurde darauf hingewiesen, daß der IGM einige Betriebe bekanntgeworden seien, die die übertariflichen

Betriebsvereinbarungen gekündigt

Bei O&K in Westberlin sind in der Vorgabezeit 21% übertarifliche Zulage enthalten, d.h. auf die Grundzeit von 100% werden 21% davon aufgeschlagen als Zulage. Hinzu kommen noch 10% Verteilzeit (für kleine Nebentätigkeiten und für persönliche Belange, z.B. Zigarettenpause). Diese insgesamt 131% der Grundzeit werden als Vorgabezeit vorgegeben. Wird die Arbeit in der vorgegebenen Zeit erledigt, erhält man den Tariflohn (z.Z. 9,81 DM in der Ecklohngruppe 5). Bei höherer Leistung erhält man entsprechend mehr. Der Durchschnittslohn bei O&K liegt bei 14,35 DM (in Westberlin bei 15,41 DM). Die Kürzung des Reallohns würde dann bei 200 – 300 DM liegen, das sind zwischen 13 und 17%.

Diese Betriebsvereinbarung (ähnlich wie in anderen Werken) soll gekündigt werden, weil 1972 die übertarifliche Zulage von 16 auf 21% als sogenannter Konjunkturzuschlag aufgestockt wurde. Außerdem soll der Zuschlag für unbeeinflußbare Zeit (Maschinenzeit) von 51% teilweise entfallen. Da die Konjunktur schlecht ist, greifen die Kapitalisten in die Trickkiste und erklären die Betriebsvereinbarung für ungültig.

Der Streikbeschluß in Westberlin am letzten Freitag wurde mit großem Beifall begrüßt. Für Warnstreiks sprach sich keiner aus. Viele Arbeiter spra-

Schaffung neuer Arbeitsplätze sollte es im Interesse beider Seiten möglich machen, zu einer Einigung zu finden. Den Unternehmern würde eine Beteiligung der Arbeitnehmer an der Kapitalbildung das Investieren leichter machen, und den Arbeitnehmern könnte eine Beteiligung an den Unternehmenserträgen viel von der Sorge nehmen, bei der Einkommensverteilung ins Hintertreffen zu geraten, wenn sie bei den Lohnabschlüssen mehr als kleine Schritte zur Verbesserung der Ertragslage zulassen.“

Der Sachverständigenrat empfiehlt: „Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten sich im Rahmen der Tarifautonomie darauf einigen, daß das vorrangige Ziel der kommenden Jahre darin besteht, mehr als eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es wäre ein Konsens darüber anzustreben, daß für eine Reihe von Jahren der volkswirtschaftliche Produktivitätsfortschritt für diese Aufgabe genutzt werden soll.

Bei der Tarifpolitik würde dann die Sicherung der Reallöhne im Vordergrund stehen ... Eine Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmens-

gewinnen und der Kapitalbildung, die zur Lösung der Beschäftigungsprobleme erforderlich sind, müßten ein tragendes Element der grundsätzlichen Verständigung sein.“

Zur Form, in der diese „Kapitalbildung der Arbeitnehmerhand“ erfolgen soll, hatte sich der Sachverständigenrat schon 1976 geäußert. Zwei Modelle sind es. Einmal die Verteilung des Kapitals auf die Branche oder auch auf einzelne Unternehmen, wobei entstehende Gewinne an die beteiligten Arbeitnehmer ausgezahlt würden. Und ein Modell der „geteilten Tarifverhandlungen“, wobei einmal die Löhne auf der Grundlage einer vorsichtigen Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung ausgehandelt werden sollten und in einer zweiten – späteren – Phase sollte dann mit den erzielten Ergebnissen über vermögenswirksame Leistungen verhandelt werden.

Die Kapitalisten lehnten bislang solche Vermögensbildung über große

Fonds ab, da sie eine Vergrößerung der Macht der Gewerkschaften fürchteten. Gerade nach den jüngsten Erfahrungen mit gewerkschaftlichen Unterneh-

mungen kann den Lohnabhängigen dies nun auch nicht erstrebenswert erscheinen.

Keller hat sich von vornherein gegen den Vorwurf „Arbeiterverrat“ abgesichert. Man mag dies so nennen oder auch nicht, jedenfalls werden nach Lage der Dinge weder Arbeitsplätze sicherer oder gar geschaffen noch wird der „endgültige Lohnverzicht“ verhindert. Die von ihm geforderten „machbaren und brauchbaren Alternativen“ bestehen nicht darin, vor dem Kampf um den Erhalt des Lohns in andere Bereiche auszuweichen, sondern darin, die Einheit aller Arbeiter dafür herzustellen. Kellers Plan, die „Konkurrenzfähigkeit“ der eigenen Wirtschaft herzustellen, ist sozialchauvinistisch, wie sich dies schon bei der Auseinandersetzung um das Welt-Textilabkommen zeigte. Kellers Plan führt aber auch über die Konkurrenzfähigkeit des „eigenen Kapitals“ zur tausendfachen Spaltung der Arbeiterklasse im eigenen

Land mit dem Resultat, daß der „endgültige Lohnverzicht“noch höher als der für die Kapitalbildung abgezweigte Betrag sein wird. *geh*

oder sonstigen (sozialen) Zulagen streichen oder dies vorhaben. Die IGM sehe einen Zusammenhang damit, daß die Lohnerhöhungen zunichte gemacht und Reallohnabbau betrieben werde.

In den ergebnislosen Verhandlungen letzter Woche wurden die Betriebsräte einzelner Werke unter Druck gesetzt. In Westberlin gebärdeten sich die Kapitalisten besonders schlimm. Dem Betriebsrat wurde mit weiteren Kündigungen von Arbeitern gedroht, wenn er die Lohnkürzungen nicht akzeptiere. Sogar mit der Stillegung des Werkes wurde gedroht, was gar nicht so abwegig und keinesfalls als hohle Phrase abzutun ist.

„Dies ist eine nach vorn gerichtete Strategie, um O&K national und international wettbewerbsfähig zu machen.“ So begründet der Vorstandssprecher von Bernuth die Kündigungen der übertariflichen Zulagen für Akkordarbeiter. Bei ungefähr konstantem Umsatz von etwa 1,3 Mrd. DM wurde die Belegschaft innerhalb von nicht einmal zwei Jahren um fast 2000 auf 7500 verringert. Zuletzt wurden zum Jahresende rund 800 „Allgemeinkostenlöhner“ und Angestellte im Konzern gefeuert nach einem nicht gerade begeisternden Sozialplan.

Wie die Vorwärtsstrategie aussieht, verdeutlicht der Technische Leiter in Westberlin: „Solange die Arbeiter die Pausen bis zu 5 Minuten noch überzie-

chen sich in Debatten für längere Streiks aus. Der Vorstand als auch die örtliche bürgerliche Presse waren von der Hartnäckigkeit überrascht, mit der dieser Kampf geführt wurde, ohne materielle Streikunterstützung. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung sprach am Freitag davon, daß „O&K von einer Welle von Arbeitsniederlegungen erschüttert wird“.

Der Vorstand sieht das natürlich anders. Für ihn ist die Produktivität unterdurchschnittlich, er will nichts vom Lohn abziehen, sondern nur mehr Arbeit sehen. Erbost hat die Kapitalisten vor allem die Tatsache, daß in Dortmund und Westberlin die Tore bzw. Abfahrt zeitweise versperrt wurden. In Westberlin wurde die Abfahrt von LKWs verhindert. Müllcontainer wurden als Barrikaden vor die LKWs gestellt. Nur mit Hilfe von Betriebsräten konnten sie den Hof verlassen.

Die Bedingungen für eine Zerschlagung der Kapitalistenträume stehen deshalb nicht schlecht, weil v.a. für die älteren Arbeiter ein Arbeitsplatzwechsel nicht in Frage kommt. Am Montag und Dienstag ist der Vorstand mit den Betriebsleitern in Klausur getreten. „O&K muß sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen“ meinte Rohwedder, Aufsichtsratsvorsitzender von O&K und Vorstandsvorsitzender von Hoesch.

Genscher und Kohl im Bundestag zu Lohn und Vermögensbildung

Genscher, FDP, Bundesminister des Äußeren: „Die Tarifpartner werden dieser Verantwortung gerecht werden, wenn sie erkennen, daß sich in unserer Lage die Solidarität zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die Arbeit suchen, erweisen muß. Diese Solidarität muß sich durch eine Zurückhaltung in der Tarifpolitik ausweisen. Nun muß man wissen, daß in einer solchen wirtschaftlichen Phase verteilungspolitisch enorme Spannungen entstehen. Denn gerade wenn man etwas zur Förderung privater Investitionen tut, aber gleichzeitig tarifpolitische Zurückhaltung fordert, ergeben sich verteilungspolitische Probleme. Diesen verteilungspolitischen Problemen kann man nur begegnen, wenn man gleichzeitig die Frage der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu einem zentralen gesellschaftlichen Problem erklärt. Nur dann können sie diese Zurückhaltung erwarten. *Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Ganz neu! – Dr. Kohl (CDU/CSU): Herr Kollege Genscher, machen wir doch in Gemeinsamkeit einen gemeinsamen Gesetzentwurf! ...*

Wenn sie für Schnellschüsse in der Vermögenspolitik sind, so ist das ihre Sache. Wir sind es nicht. Aber wir sind dafür, daß wir die verteilungspolitischen Probleme, die wir in diesem Jahr bekommen, durch eine aktive Vermögensbildung zu entschärfen versuchen. Beseitigen können wir sie auf keinen Fall.“

Kohl (CDU/CSU): „Die Höhe unserer Lohnkosten ist von entscheidender Bedeutung für die Frage, wie viele Arbeitsplätze wir zusätzlich schaffen können. Deshalb müssen wir auch darüber sprechen können, inwieweit ein teilweiser Verzicht auf Einkommenssteigerungen die Chance verbessert, für die heutigen Arbeitslosen einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen.

Man sagt – Herr Kollege Genscher, das ist eine Antwort auf die von Ihnen gestellte Frage – dies sei angesichts der gegebenen und auch von uns bejahten und verteidigten Tarifautonomie nicht durchsetzbar. Ich bin nicht so pessimistisch. Wir haben die Lage heute seit 1950 nicht mehr gehabt. Ich kann nicht glauben, daß ein Akt der Vernunft, wie er in der Schweiz oder in diesen Tagen bei General Motors in Detroit möglich war, wo Unternehmensleitung und Arbeitnehmer ein Abkommen geschlossen haben, nach dem die Sicherung der Arbeitsplätze den absoluten Vorrang vor Lohnerhöhungen hat in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich sein soll. *(Beifall bei der CDU/CSU)* Das ist keine Einmischung in die Tarifautonomie ...“

4,5% Abschluß in NRW anvisiert

geh. Nach den Verhandlungen über die Streichungen im öffentlichen Dienst am 5.2. in Bonn, die erwartungsgemäß damit endeten, daß Baum der „Verrechnungs-Lösung" zustimmte, haben jetzt der DGB und der Beamtenbund gefordert, die Verrechnungslösung auch auf die Beamtenbesoldungskürzungen anzuwenden.

Der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen hat sich wieder auf die Metallindustrie verlagert. Die Gespräche in Südbaden am Montag wurden praktisch ohne Verhandlungen wieder vertagt. Die Metallkapitalisten wollen jetzt in der dritten Verhandlungsrunde in Hessen am 11.2. oder in NRW am 15.2. ein höheres Angebot entsprechend ihrer Taktik (s. KVZ 6/1982, S. 1) vorlegen. Sie hoffen nach den eher verhaltenen und damit ihre Taktik bestätigenden Äußerungen des IG Metall-Vorstandes sogar, vielleicht noch ohne Schlichtung in NRW zu einem Abschluß zu kommen. Bräuer von der IGM und Pleiger von den dortigen Kapitalisten seien schon über die Größenordnung einig, kolportiert das Handelsblatt. Unsicher sei bisher noch die Zustimmung der Tarifkommission zu einem „maßvollen Abschluß". Janßen vom IG Metall-Vorstand hat erklärt: „Ich kann für die IG Metall erklären, daß die Arbeitgeber in den nächsten Verhandlungen einen Abschluß haben können, wenn sie sich redlich und ehrlich bemühen." Obwohl die IG Metall nicht gezwungen ist, sich auf die Schlichtung einzulassen, sondern ab Ende Februar Kampfmaßnahmen einleiten könnte, hat dies Janßen abgelehnt: „Wir werden sehr sorgfältig überlegen, ob wir uns den Schwarzen Peter zuschieben lassen und damit in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob wir nicht alle Möglichkeiten für eine Einigung zu nutzen bereit sind."

Gesamtmetall-Kirchner droht mit dem Beschäftigungsprogramm und verlangt einen „kostenstabilisierenden Abschluß". „Jedes Prozent Lohnerhöhung zuviel ist ein Anschlag auf Beschäftigung und eine Kampfansage an jedes Beschäftigungsprogramm." Die Gewerkschaft könne nicht die Pflicht der Firmen zu Investitionen aus dem Beschäftigungsprogramm ableiten und auf der anderen Seite diese Milliarden wieder in Lohn umsetzen.

Dies von den Gewerkschaften so nicht gewollte, aber samt und sonders geschluckte Beschäftigungsprogramm lähmt offensichtlich die IG Metall-Führung und nicht nur sie. Ein anvisierter 4,5%-Abschluß, vielleicht mit einer Abschlagszahlung für einen Monat, entspräche nicht den Möglichkeiten.

Lohnforderungen Druck:

Stuttgart: „Der a.o. Bezirkstag Stuttgart hält einen Abschluß über der derzeitigen Inflationsrate und mit höherer Anhebung der unteren Lohngruppen für unverzichtbar! Falls dies nicht machbar sein sollte, wurde mit 2 Nein und 5 Enthaltungen die Forderung 100 DM Grundbetrag und 3% aufgestellt."

Bremen, Vertrauenskörper Bremer Tageszeitungen: Die Forderung der IG Drupa für die Tarifrunde 1982 soll betragen: 10% mehr Lohn und Gehalt; Vorweganhebung der unteren Lohngruppen um 1%.

Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, Hamburg: 10%, mindestens aber 220 DM.

Generalstreik in Belgien gegen Regierungsvollmachten

kvz. Am vergangenen Montag fand in Belgien auf Aufruf des sozialistischen Gewerkschaftsbundes FGTB ein 24stündiger Generalstreik gegen die Sondervollmachten der christdemokratisch-liberalen Regierung statt. Die Sondervollmachten, mit denen die Regierung bis Ende 1982 das Parlament faktisch ausgeschalter hat, geben ihr die Möglichkeit, mit königlichen Erlassen alle Maßnahmen zu treffen, „die die wirtschaftliche und finanzielle Gesundung des Landes zum Ziele haben". Kernstück der jetzt folgenden Maßnahmen soll die Begrenzung der automatischen Anpassung der Löhne und Gehälter an die steigenden Lebenshaltungskosten sein. Es ist die Rede, durch Anpassungskorrektur eine Lohnsenkung um 3 Prozent zu erreichen. Genauere Angaben hat die Regierung nicht gemacht, damit die christlichen Gewerkschaften nicht so in die Streikfront kamen. Wie wichtig für die belgische Arbeiterbewegung aber die Verteidigung der automatischen Lohnanpassung ist, zeigte auch der Lohnvergleich unter wichtigen Ländern (siehe KVZ 3/1982), wo Belgien noch sehr gut abschnitt. In Kenntnis der Bedeutung folgten denn auch 1,2 Mio. Arbeiter – vor allem im von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen südlichen Landesteil Wallonien – dem Aufruf. Hier hatten sich auch mehrere Ortsverbände der christlichen CSC dem Streikaufruf angeschlossen.

Krach um die 39-Stunden-Woche in Frankreich

cof. Mit Protesten, Demonstrationen, Streiks und Fabrikbesetzungen reagierten Arbeiter und Angestellte in fast allen Branchen und im öffentlichen Dienst auf die Form, in der in Frankreich die per 1.2. durch Verordnung eingeführte Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden umgesetzt wird. Das Abkommen zwischen Regierung und Gewerkschaften vom Juli '81 steckte nur den Rahmen ab, der auf dem Weg von Verhandlungen auf Branchen- und Betriebsebene konkretisiert werden sollte. Das Ergebnis: Nur für 3 Mio. Beschäftigte wurde die Arbeitszeitverkürzung samt Lohnausgleich tariflich geregelt. Die restlichen 11 Mio. müssen sich jetzt gegen alle möglichen Tricks, mit denen die Kapitalisten die Verordnung so billig wie möglich gestalten wollen, zur Wehr setzen. Diese reichen von einer Verkürzung um täglich 6 Minuten über die Streichung von Pausen bis zur Verweigerung der vollen Lohnzahlung – teilweise führt das wie bei den Zollbeamten über Streichung von Ruhezeiten und Anrechnung der Fahrt zum Dienst sogar zu einer Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um 2 Stunden. Der Streik der Zollbeamten dauert noch an. Eine Einigung wurde inzwi-

schiedenen Abteilungen der Firma im Akkord beschäftigt werden. Sie montieren – wie Männer auch, die an diesen Arbeitsplätzen beschäftigt sind – Schreibmaschinen. – In diesen Arbeitsbereichen ist es nach Angaben der IG Metall üblich, daß alle Arbeitnehmer alle Arbeiten machen und auch machen können, denn sämtliche Arbeitsplätze seien von den Anforderungen her im wesentlichen gleichwertig. Trotz dieser Gleichwertigkeit seien die Frauen in der Lohngruppe zwei und die Männer in der Lohngruppe fünf eingestuft gewesen. Der jetzt gefällte Richterspruch bedeute für die Frauen konkret, daß sie ebenfalls in die Lohngruppe fünf eingruppiert werden müssen. – Die betroffenen Arbeitnehmerinnen forderten im Mai und Juni 1980 die Triumph-Adler-Werke schriftlich auf, die Ungleichbehandlung aufzuheben und sie ebenfalls in die Lohngruppe fünf einzustufen. Da die Firma keine Reaktion gezeigt habe, sei den Frauen kein anderer Weg geblieben, als mit Hilfe der IG Metall Klage beim Arbeitsgericht zu erheben. Sie warfen den Triumph-Adler-Werken einen permanenten Verstoß gegen Artikel drei des Grundgesetzes und gegen das im August 1980 in Kraft getretene „EG-Anpassungsgesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz" vor. Diese Klage hat-

haben". Kernstück der jetzt folgenden Maßnahmen soll die Begrenzung der automatischen Anpassung der Löhne und Gehälter an die steigenden Le-

– dem Aufruf. Hier hatten sich auch mehrere Ortsverbände der christlichen CSC dem Streikaufruf angeschlossen.

Krach um die 39-Stunden-Woche in Frankreich

cof. Mit Protesten, Demonstrationen, Streiks und Fabrikbesetzungen reagierten Arbeiter und Angestellte in fast allen Branchen und im öffentlichen Dienst auf die Form, in der in Frankreich die per 1.2. durch Verordnung eingeführte Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden umgesetzt wird. Das Abkommen zwischen Regierung und Gewerkschaften vom Juli '81 steckte nur den Rahmen ab, der auf dem Weg von Verhandlungen auf Branchen- und Betriebsebene konkretisiert werden sollte. Das Ergebnis: Nur für 3 Mio. Beschäftigte wurde die Arbeitszeitverkürzung samt Lohnausgleich tariflich geregelt. Die restlichen 11 Mio. müssen sich jetzt gegen alle möglichen Tricks, mit denen die Kapitalisten die Verordnung so billig wie möglich gestalten wollen, zur Wehr setzen. Diese reichen von einer Verkürzung um täglich 6 Minuten über die Streichung von Pausen bis zur Verweigerung der vollen Lohnzahlung – teilweise führt das wie bei den Zollbeamten über Streichung von Ruhezeiten und Anrechnung der Fahrt zum Dienst sogar zu einer Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um 2 Stunden. Der Streik der Zollbeamten dauert noch an. Eine Einigung wurde inzwi-
schen bei der Renault-Niederlassung Maubeuge erzielt, wo nach einer Woche Streik eine wöchentliche Reduktion von 45 Minuten am Stück und weiteren 30 Minuten ab 1. Juni erreicht wurde, anstatt der von der Direktion ursprünglich vorgesehenen täglichen 6 Minuten.

Streikende Lokführer bekommen weitere Unterstützung

kvz. Der Streik der britischen Lokomotivführer geht jetzt in die fünfte Woche und wurde faktisch auch ausgeweitet. In dieser Woche wurde statt mittwochs und donnerstags am Dienstag und Donnerstag gestreikt. Die Eisenbahnverwaltung bekommt dann natürlich den Mittwoch kaum noch geregelt. Ansonsten haben die nordenglischen Bergleute bereits ihre Unterstützung durch Verweigerung von Umladearbeiten von Bahn auf Lastwagen bewiesen. Der Chef der Lokführergewerkschaft hat sich jetzt auch offiziell an die Bergarbeitergewerkschaft gewandt und um massive Unterstützung gebeten.

Adler-Frauen vor Gericht erfolgreich: Von LG 2 in LG 5

mpd. Die Firma Triumph-Adler muß am Fließband beschäftigte Frauen ebenso bezahlen wie ihre männlichen Kollegen. Das hat nach Angaben der IG Metall vom Freitag die siebte Kammer des Arbeitsgerichts Frankfurt in einem zwei Jahre dauernden Prozeß entschieden. Die klagenden Frauen sind Bandarbeiterinnen, die in ver-

schiedenen Abteilungen der Firma im Akkord beschäftigt werden. Sie montieren – wie Männer auch, die an diesen Arbeitsplätzen beschäftigt sind – Schreibmaschinen. – In diesen Arbeitsbereichen ist es nach Angaben der IG Metall üblich, daß alle Arbeitnehmer alle Arbeiten machen und auch machen können, denn sämtliche Arbeitsplätze seien von den Anforderungen her im wesentlichen gleichwertig. Trotz dieser Gleichwertigkeit seien die Frauen in der Lohngruppe zwei und die Männer in der Lohngruppe fünf eingestuft gewesen. Der jetzt gefällte Richterspruch bedeute für die Frauen konkret, daß sie ebenfalls in die Lohngruppe fünf eingruppiert werden müssen. – Die betroffenen Arbeitnehmerinnen forderten im Mai und Juni 1980 die Triumph-Adler-Werke schriftlich auf, die Ungleichbehandlung aufzuheben und sie ebenfalls in die Lohngruppe fünf einzustufen. Da die Firma keine Reaktion gezeigt habe, sei den Frauen kein anderer Weg geblieben, als mit Hilfe der IG Metall Klage beim Arbeitsgericht zu erheben. Sie warfen den Triumph-Adler-Werken einen permanenten Verstoß gegen Artikel drei des Grundgesetzes und gegen das im August 1980 in Kraft getretene „EG-Anpassungsgesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz" vor. Diese Klage hat-
te nach zweijähriger Laufzeit Erfolg, allerdings geht die Sache in Berufung.

Kurzmeldungen

Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung in Gaststätten. 4,4% mehr Lohn ab 1.1.1982 für die ca. 60000 Beschäftigten im baden-württembergischen Hotel- und Gaststättengewerbe. Außerdem im Rahmen eines Stufenplans ab 1.1.1984 die Fünftagewoche mit 40 Stunden, ab 1.1.1982 schon mal auf fünfeinhalb Tage verkürzt. Der Urlaub wird ab 1.1.1982 um 1 bzw. 2 Tage erhöht und ab 1.1.84 um weitere 2 Tage. Dann ist der Höchsturlaub 30 Tage.

Sozialplan bei Kalle-Wiesbaden abgeschlossen. Nach dreimonatiger Verhandlung wurde vereinbart: Angebot „zumutbarer anderweitiger Arbeitsplätze mit einer zeitlich gestaffelten Verdienstabsicherung", Frühpensionierung mit 60 oder Zahlung einer Abfindung bei Kündigung. 500 sind im Werk beschäftigt.

Truppenalarm nach Generalstreikankündigung in Bolivien. Schon am letzten Samstag hat die Militärregierung das Militär und die Polizei in Alarmzustand versetzt. Die weitgehend in der Illegalität tätigen Gewerkschaften haben am Montag einen 48stündigen Generalstreik gegen die Abwertung des Pesos um 76% und die Erhöhung von Strom- und Benzinpreisen begonnen. In den Zinngruben des Südens wird der Streik am umfangreichsten durchgeführt. Die Regierung führt jetzt eine Nachrichtensperre durch.

Kreidler und der Coup der „Willner-Bande"

Werksblockade verhindert Selbstbedienung einiger Gläubiger / Vergleichsverfahren eingeleitet

Kreidler und der Coup der „Willner-Bande"

Werksblockade verhindert Selbstbedienung einiger Gläubiger / Vergleichsverfahren eingeleitet

has.Stuttgart. Die Kriegslist der Kreidler Geschäftsführung zählt wohl inzwischen schon zum Standardrepertoire industrieller Bankrotteure: Im Dezember wird für den ganzen Januar Kurzarbeit angemeldet, damit die Werksschließung möglichst lautlos über die Bühne und alles Verkaufbare vor der Belegschaft in Sicherheit gebracht werden kann. Der Ende Januar bereits eingeleitete Abtransport von Kleinkrafträdern aus dem umfangreichen Verkaufslager scheiterte jedoch nach wenigen Stunden an einer über Telefonkette organisierten Werksblockade. IG Metall, Betriebsrat und Belegschaft liegen seit dem vergangenen Frühjahr beständig auf der Lauer, um solcherart Raubzüge im Ansatz zu unterbinden. Gesichert werden sollen zumindest die Gelder für fällige Löhne und die Begleichung der Kreidler-Schulden bei der AOK, die inzwischen auf gut 660000 Mark aufgelaufen sind.

Vor knapp einem Jahr wurde das erste Vergleichsverfahren über die renommierte schwäbische Moped-Fabrik eröffnet. Die unprofitablen Werksteile wurden abgestoßen und mit diesen knapp 1000 von zuvor 1400 Beschäftigten. Die Fahrzeughändler Willner aus Ingolstadt stiegen damals mit lächerlichen 27 Mio. Mark weitgehend risikofrei ins Mofa- und Mopedgeschäft ein; allein das Fabrikgrundstück wird auf 25 Millionen geschätzt. Die Gebrüder Willner, von der Stuttgarter IGM-Ortsverwaltung schlicht „Willner-Bande" genannt, hatten wohl auch nie ernsthaft die Absicht, den völlig veralteten Produktionsapparat auf Stand zu bringen. Jedenfalls haben weder der Betriebsrat noch die Rumpfbelegschaft in den vergangenen 11 Monaten davon irgend etwas bemerkt. Interesse zeigte die Willner-Bande lediglich an der Fertigmontage von Kleinkrafträdern mit Teilen aus Lagerbeständen und am Verkauf der reichlichen Fertiglagerbestände, die bei einem Totalbankrott bereits im vergangenen Jahr nahezu unverkäuflich geworden wären. Um nach der Befriedigung dieses ausschließlichen Interesses, die Liquidierung unumgänglich zu machen, ließen sich die Willner-Brüder einiges einfallen. So enthüllte Paul Rotenfels vom IGM-Hauptvorstand nach der Vergleichseröffnung auf einer Betriebsversammlung Anfang Februar, der auf 450 Beschäftigte reduzierte Betrieb habe auf Anweisung der sauberen Brüder 17 Personenwagen aus deren Ingolstädter Vertretung dauergemietet, für 600000 Mark fünf leitende Angestellte neu eingestellt, 200000 Mark für eine Reise der Geschäftsleitung mit Ehefrauen in die USA springen lassen usw. ...

Fraglich ist jetzt, ob überhaupt ein Vergleich zustande kommt oder Kreidler gleich in Konkurs geht. Für eine Fortführung des Unternehmens wären sofort 17 Mio. Mark notwendig, kein einziger Kapitalist zeigt Interesse, die Belegschaft ist nicht in der Lage, den hochverschuldeten Betrieb in eigener Regie zu übernehmen. Die Willner-Bande hat ihr Ziel erreicht, so wie es vor einem Jahr bereits von Gewerkschaftsvertretern vorausgesehen worden war: die noch warme Leiche fleddern und mit den Überresten ab auf den Müll.

Krebs – Krankheit als Industrieprodukt oder natürliches Schicksal?

Von Helmut Veil

Der Wissenschaftsjournalist Egmont R. Koch hat mit seinem Buch „Krebswelt" eine heftige, weit über die fachliche Öffentlichkeit reichende Debatte über den gegenwärtigen Stand der Krebsforschung, über Krebsursachen und politische Verantwortlichkeiten ausgelöst.

Jedes Jahr sterben über 150000 Bundesbürger an Krebs. Kochs These: „Krebs ist unser Tribut an die Industrialisierung, eine Folge des ungezügelten Wirtschaftswachstums, das auf die Qualität der Umwelt keine Rücksicht nahm. Krebstherapie muß daher längst vor der Behandlung der Patienten anfangen, bei der Heilung eben dieser Umwelt." Er nennt zahlreiche Fakten, die ein „mitteleuropäisches Krebsnest" nahelegen. So ist das Risiko, einer Krebserkrankung zu erliegen, in der Bundesrepublik 20% größer als in den USA und Schweden, 35% größer als in Japan. Ähnlich hohe Sterberaten wie bei uns gibt es nur in Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Österreich, Ungarn und der CSSR.

Die Interpretation solcher Zahlen ist schwierig. Sie könnten sogar als Beweis dafür genommen werden, daß die Belastungen der Umwelt nicht die entscheidende Rolle bei der Krebsentwicklung spielen. Wie etwa soll man das geringere Krebsrisiko Japans erklären? Die Umweltbelastungen dort sind sicher nicht geringer als in der Bundesrepublik. Solche auf Länderebene erhobenen Zahlen sind außerdem mit vielen Unsicherheitsfaktoren belastet. Eine optische Täuschung könnte z.B. dadurch entstehen, daß in Mitteleuropa Krebs statistisch besser als in anderen Ländern erfaßt wird, dies aber kaum für Schweden, Japan und die USA anzunehmen ist. Sie könnten dadurch verzerrt sein, daß in Mitteleuropa zwar nicht mehr Menschen an Krebs erkranken, aber wegen schlechterer medizinischer Versorgung häufiger an Krebs sterben. Das aber erklärt nicht die nie-

ten anfangen, bei der Heilung eben dieser Umwelt." Er nennt zahlreiche Fakten, die ein „mitteleuropäisches Krebsnest" nahelegen. So ist das Risiko, einer Krebserkrankung zu erliegen, in der Bundesrepublik 20% größer als in den USA und Schweden, 35% größer als in Japan. Ähnlich hohe Sterberaten wie bei uns gibt es nur in Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Österreich, Ungarn und der CSSR.

Die Interpretation solcher Zahlen ist schwierig. Sie könnten sogar als Beweis dafür genommen werden, daß die Belastungen der Umwelt nicht die entscheidende Rolle bei der Krebsentwicklung spielen. Wie etwa soll man das geringere Krebsrisiko Japans erklären? Die Umweltbelastungen dort sind sicher nicht geringer als in der Bundesrepublik. Solche auf Länderebene erhobenen Zahlen sind außerdem mit vielen Unsicherheitsfaktoren belastet. Eine optische Täuschung könnte z.B. dadurch entstehen, daß in Mitteleuropa Krebs statistisch besser als in anderen Ländern erfaßt wird, dies aber kaum für Schweden, Japan und die USA anzunehmen ist. Sie könnten dadurch verzerrt sein, daß in Mitteleuropa zwar nicht mehr Menschen an Krebs erkranken, aber wegen schlechterer medizinischer Versorgung häufiger an Krebs sterben. Das aber erklärt nicht die nie-

drigeren Sterberaten Portugals, Griechenlands und Rumäniens, in denen eine bessere medizinische Versorgung als in Westdeutschland kaum wahrscheinlich ist.

Man muß schon weitergehen und die globalen Sterberaten nach der Lokalisation der Krebserkrankung aufschlüsseln. Und da zeigen sich für die USA, Japan und die BRD auffallende Unterschiede. Von allen Krebstoten in Japan sterben 38% der Männer an Magenkrebs, in den USA sind es 4,5%, in der BRD 14%. Umgekehrt liegen die Verhältnisse beim Lungenkrebs. Hier liegen die Sterberaten der Männer in den USA bei 31,5%, in der BRD bei 25%, in Japan jedoch nur bei 6,5% der Krebstoten. Auch das Brustkrebsrisiko der japanischen Frauen ist geringer als das der deutschen und amerikanischen. Diese doch deutlichen Unterschiede bei Ländern mit einem ähnlichen Industrialisierungsgrad werden etwas verständlicher, wenn man die Länderstatistik verläßt und relativ eng umgrenzte, in ihrer Umweltbelastung und Bevölkerungsstruktur klar definierte Räume untersucht. Koch hat hier einige sehr interessante Einzelheiten zusammengetragen:

– Im südlichen Elsaß um Colmar und Mühlhausen, in der Bretagne und der Normandie wurde ein Speiseröhren-Krebsnest ausgemacht. Durch hartnäckige Nachforschungen konnte der Genuß des Apfelschnaps Calvados, der in dieser Gegend, abgesehen vom sonstigen Alkoholkonsum, überdurchschnittlich hoch ist, verantwortlich gemacht werden. Es schälen sich Nitrosamine und die polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe (PAH), die auch die wesentlichen krebserregenden Substanzen im Zigarettenqualm sind, als die schädlichen Bestandteile des Calvados heraus. In Abhängigkeit vom Spitzenplatz im Alkoholkonsum in der Welt, weist Frankreich auch die mit Abstand höchsten Sterbenraten an Mundhöhlen-, Rachen- und Kehlkopfkrebs auf.

– Magenkrebs tritt in ländlichen Regionen häufiger auf als in den Städten. In den USA sind die landwirtschaftlich geprägten Staaten Minnesota, Nord- und Süd-Dakota, Michigan und Wisconsin Magenkrebs-Hochburgen. In Westdeutschland ist es Bayern. International liegen Japan und Chile an der Spitze, in Europa Ungarn. Sehr wahrscheinlicher Grund: der Kunstdüngerverbrauch, der zu hoher Nitratkonzentration in der Umwelt, vor allem auch im Trinkwasser führt, in Chile die Salpeter-Industrie. So erkranken in der kolumbianischen Stadt Cali 25% der Männer an bösartigen Geschwülsten des Magens, weil ihr Wasser hohe Düngemittel-Rückstände aufweist. In dem englischen Ort Worksop ist die Magenkrebssterberate doppelt so hoch wie in der Nachbargemeinde. Der Nitratgehalt des Trinkwassers in Worksop beträgt 90 Milligramm/Liter, in der Nachbargemeinde 10. In Japan lag der Verbrauch von Kunstdünger in den Jahren 1951 – 55 fast zwanzigmal so hoch wie in den USA, 1971 – 75 immer noch zwölfmal.

– In dem Ort Hofoavatn in Island starben in den letzten 30 Jahren von 56 Männern 25 an Magenkrebs (45%). Dort wird extrem viel geräuchertes Fleisch konsumiert, das die og. PAH enthält. In den Industriestaaten werden PAH weniger über geräucherte Lebensmittel als durch pflanzliche Nahrung, die in der Nähe von Verkehrswegen und Industriegebieten gezogen wird, aufgenommen. Hier ist der Benzpyrengehalt (ein aromatischer Kohlenwasserstoff) der Nahrung extrem hoch,

Westdeutschland ist es Bayern. International liegen Japan und Chile an der Spitze, in Europa Ungarn. Sehr wahrscheinlicher Grund: der Kunstdüngerverbrauch, der zu hoher Nitratkonzentration in der Umwelt, vor allem auch im Trinkwasser führt, in Chile die Salpeter-Industrie. So erkranken in der kolumbianischen Stadt Cali 25% der Männer an bösartigen Geschwülsten des Magens, weil ihr Wasser hohe Düngemittel-Rückstände aufweist. In dem englischen Ort Worksop ist die Magenkrebssterberate doppelt so hoch wie in der Nachbargemeinde. Der Nitratgehalt des Trinkwassers in Worksop beträgt 90 Milligramm/Liter, in der Nachbargemeinde 10. In Japan lag der Verbrauch von Kunstdünger in den Jahren 1951 – 55 fast zwanzigmal so hoch wie in den USA, 1971 – 75 immer noch zwölfmal.

– In dem Ort Hofoavatn in Island starben in den letzten 30 Jahren von 56 Männern 25 an Magenkrebs (45%). Dort wird extrem viel geräuchertes Fleisch konsumiert, das die og. PAH enthält. In den Industriestaaten werden PAH weniger über geräucherte Lebensmittel als durch pflanzliche Nahrung, die in der Nähe von Verkehrswegen und Industriegebieten gezogen wird, aufgenommen. Hier ist der Benzpyrengehalt (ein aromatischer Kohlenwasserstoff) der Nahrung extrem hoch,

so hoch, daß ein Bewohner solcher Regionen im Laufe eines 70jährigen Lebens so viel Benzpyren zu sich nimmt, als hätte er täglich 100 Zigaretten geraucht.

Für die meisten übrigen Krebsarten lassen sich inzwischen ähnliche Zusammenhänge erkennen. Das gilt insbesondere für den Brust- und Dickdarmkrebs, die Koch als den „Krebs der Satten" bezeichnet, weil seine Häufigkeit, abhängig von der Ernährung in den verschiedenen Industriestaaten, deutlich ansteigt. Daß dieser Punkt viel entscheidender ist als die von bestimmten interessierten Krebsforschern vertretene These der rassischen Verschiedenheit, belegen Zahlen über die Krebsanfälligkeit bei Auswanderern. Hier zeigt es sich, daß das Verteilungsmuster der Krebserkrankungen ab der zweiten Auswanderergeneration dem der neuen Heimat angeglichen wird.

Trotz zahlreicher, meist auch gut abgesicherter statistischer Erkenntnisse über die Epidemiologie – die Verbreitung – der Krebskrankheit, ist der tatsächliche *Beweis* dafür, daß Krebs *im wesentlichen* ein „Tribut an die Industrialisierung" ist, nur schwer zu erbringen. Das liegt in der Natur der epidemiologischen Untersuchungen selbst. Um beweiskräftige Aussagen zu erhalten muß die Statistik zunächst von zahlreichen Merkmalen der untersuchten Bevölkerung und ihrer Umwelt abstrahieren, einige wenige Merkmale isolieren und diese über einen sehr langen Zeitraum verfolgen. Im Gegensatz zu den Infektionskrankheiten entsteht der Krebs nicht von heute auf morgen, sondern oft erst nach einer jahrzehntelangen stummen Zeit der Einwirkung schädigender, sich vielfältig beeinflussender Substanzen. Deshalb wird der Höhepunkt an Erkrankungs- und Sterbefällen bei einmaliger, kurzdauernder Einwirkung schädigender Stoffe eventuell erst nach 30 – 40 Jahren meßbar, bei schleichender Einwirkung sich statistisch aber kaum fassen lassen. Zur Zeit sind daher Angaben über die Häufung bestimmter Krebsarten in einer klar definierten Region oder einem Industriebetrieb äußerst wertvolle Hinweise für das Krebspotential einer Substanz, während globale Statistiken höchstens Hinweise für weitere Nachforschungen geben können. Es ist z.B. umstritten, ob es in den Industriestaaten überhaupt eine Zunahme der Krebssterblichkeit in den letzten 100 Jahren gegeben hat, wenn die Zunahme der Lebenserwartung berücksichtigt wird.

Nach einer Untersuchung, die sich auf 105 Jahre Hamburger Sterberegister stützt, zeichnet sich lediglich für die 70 bis über 80jährigen seit Ende des 2. Weltkrieges ein mäßiger Anstieg für alle Krebsformen zusammengenommen ab, die Sterblichkeit an Krebs der Verdauungsorgane sinkt seit der Jahrhundertwende, während der Krebs der Atmungsorgane (hauptsächlich Lungekrebs) steil zunimmt für die über 80jährigen, sich bei jüngeren Altersgruppen aber wieder zu verringern beginnt. Der Autor dieser Studie, W. Lock, kommt zu dem Ergebnis, daß es keineswegs erwiesen sei, daß der Mensch vor 100 Jahren in einem viel geringeren Maße krebserregenden Stoffen ausgesetzt gewesen sei als heu-

Hinweise für weitere Nachforschungen geben können. Es ist z.B. umstritten, ob es in den Industriestaaten überhaupt eine Zunahme der Krebssterblichkeit in den letzten 100 Jahren gegeben hat, wenn die Zunahme der Lebenserwartung berücksichtigt wird.

Nach einer Untersuchung, die sich auf 105 Jahre Hamburger Sterberegister stützt, zeichnet sich lediglich für die 70 bis über 80jährigen seit Ende des 2. Weltkrieges ein mäßiger Anstieg für alle Krebsformen zusammengenommen ab, die Sterblichkeit an Krebs der Verdauungsorgane sinkt seit der Jahrhundertwende, während der Krebs der Atmungsorgane (hauptsächlich Lungekrebs) steil zunimmt für die über 80jährigen, sich bei jüngeren Altersgruppen aber wieder zu verringern beginnt. Der Autor dieser Studie, W. Lock, kommt zu dem Ergebnis, daß es keineswegs erwiesen sei, daß der Mensch vor 100 Jahren in einem viel geringeren Maße krebserregenden Stoffen ausgesetzt gewesen sei als heu-

Krebsmortalität Männer u. Frauen, altersstandardisiert / 100000 Einwoh.

Männer: Frankreich, BRD, England, Schweiz, USA, Japan, Schweden (Skala 130–200; 1970–1975)

Frauen: BRD, England, Schweiz, USA, Schweden, Frankreich, Japan (Skala 90–130; 1970–1975)

te. Und Vergleichsuntersuchungen gibt es nicht, sind wohl zum großen Teil auch nicht zu bekommen.

Die Hamburger Zahlen zeigen jedenfalls, daß der eingängige Slogan vom „Krebs als Industrieprodukt" zumindestens einseitig ist. Auch vor der industriellen Ära starben Menschen an Krebs, man hat selbst bei den Pharaonen bösartige Geschwulste nachweisen können. Und heute sterben in Schwarzafrika Menschen von allen Krebsarten am häufigsten an Leberkrebs. Ursache: Nahrungsmittel, die mit dem stark krebserregenden Gift des Schimmelpilzes verunreinigt sind. Hier hat die Industrie mit der Einführung von Kühlschränken wohl eher zur Verringerung der Sterberate beigetragen. Auch der Apfelschnaps der Bretonen ist kein industrielles Gift. Auf das Konto der Industrie geht hier höchstens, daß sie trotz bekannter Zusammenhänge und technischer Möglichkeiten solche Genußmittel nicht entschärft, indem die krebserregenden Stoffe ausgefiltert werden. Für die Zigarette, die immerhin für 25% der Krebstodesfälle bei den Männern und für 5% bei den Frauen verantwortlich gemacht wird, wäre dies durchaus möglich.

Die Gegner von Koch machen es sich aber allzu einfach, wenn sie die These aufstellen, Krebs sei bei einem Teil der Menschen halt eingebaut und würde mit zunehmendem Alter wegen schwindender natürlicher Gegenkräfte eben auftreten. Motto: Krebs sei so natürlich wie der Tod. Sie gestehen den Umwelteinflüssen allenfalls beim Rauchen eine wichtige und bei extremen industriellen Vergiftungen eine bescheidene Rolle zu. Es sind dies dann auch die bevorzugten Gutachter der chemischen Industrie.

Handfeste Interessen der Chemiegiganten verhindern Erfolge selbst da, wo sie auf Grund gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse längst möglich wären. Beispiele dafür sind die bisherige Verhinderung des Asbest-Verbotes; die schleppende Behandlung von Maßnahmen gegen das PVC (Vinylchlorid) Anfang der siebziger Jahre durch die Dynamit Nobel AG in Troisdorf – PVC verursacht Gefäß-, Hirn- und Lungentumoren; die Lungenkrebsfälle durch Dichlordimethyläther, das von 1952 bis 1971 in einer Versuchsanlage der BASF in Ludwigshafen verwandt wurde, verantwortlich für Krebserkrankung von bisher mehr als der Hälfte der 30 beschäftigten Arbeiter. Dazu gehört aber auch das allgemeine Herunterspielen von Ergebnissen aus Tierversuchen, in denen krebserregende Potenzen zahlloser in Gebrauch oder in Erprobung befindlicher chemischer Substanzen nachgewiesen wurden. Da Auswirkungen am Menschen oft erst Jahrzehnte später nachweisbar werden und wegen der Vielschichtigkeit des Problems erst auffallen, wenn massive Häufungen von Krebserkrankungen auftreten, wie das beim Asbest der Fall war, ist der ständige Hinweis auf die sogenannte Nichtübertragbarkeit von Tierversuchen auf den Menschen ein russisches Roulette auf die Zukunft.

Als einigermaßen gesichert können heute folgende Risiken am Arbeitsplatz gelten:

– langjähriger Umgang mit aromatischen Aminen führt zu Blasen- und Lungenkrebs

– organische Metallverbindungen (Blei, Zinn) stehen im Verdacht, Tumoren der ableitenden Harnwege, der Prostata, des Ma-

Versuchsanlage der BASF in Ludwigshafen verwandt wurde, verantwortlich für Krebserkrankung von bisher mehr als der Hälfte der 30 beschäftigten Arbeiter. Dazu gehört aber auch das allgemeine Herunterspielen von Ergebnissen aus Tierversuchen, in denen krebserregende Potenzen zahlloser in Gebrauch oder in Erprobung befindlicher chemischer Substanzen nachgewiesen wurden. Da Auswirkungen am Menschen oft erst Jahrzehnte später nachweisbar werden und wegen der Vielschichtigkeit des Problems erst auffallen, wenn massive Häufungen von Krebserkrankungen auftreten, wie das beim Asbest der Fall war, ist der ständige Hinweis auf die sogenannte Nichtübertragbarkeit von Tierversuchen auf den Menschen ein russisches Roulette auf die Zukunft.

Als einigermaßen gesichert können heute folgende Risiken am Arbeitsplatz gelten:

– langjähriger Umgang mit aromatischen Aminen führt zu Blasen- und Lungenkrebs

– organische Metallverbindungen (Blei, Zinn) stehen im Verdacht, Tumoren der ableitenden Harnwege, der Prostata, des Ma-

gens und der Leber zu verursachen

– in Chemiebetrieben und Druckereien erkrankt man häufiger an Blasenkrebs; in der metallverarbeitenden und Textilindustrie überdurchschnittlich oft an Prostatakrebs; Raffinerien zeichnen sich durch ein erhöhtes Rachen-, Haut-, Lungen- und Gehirnkrebsrisiko aus

– Speiseröhren- und Mundkrebs tritt vermehrt in der Textil- und Papierindustrie auf, Lungenkrebs in der Chrom- und Farbindustrie, Nasen- und Rachenkrebs bei den Holzarbeitern, Blasenkrebs bei den Lederarbeitern.

Diese Liste ist unvollständig. Sie wird täglich länger, weil die eigentliche chemische Expansion erst Mitte der 50er Jahre begann und die Überschwemmung der Umwelt mit Substanzen von unbekanntem Risiko ihren Höhepunkt längst noch nicht erreicht hat.

Dem wachsenden Chemierisiko steht keine adäquate Forschung gegenüber. Auf vielen Gebieten ist Westdeutschland hier trotz Milliarden Forschungsaufwand ein Entwicklungsland.

Koch berichtet, daß die Bundesrepublik bei Untersuchungen über die Epidemiologie von Krebs erst an 8. Stelle in der Welt steht, hinter Italien, Australien und Indien; daß, obwohl durch Viren nur ein ganz geringer Teil der Krebserkrankungen ausgelöst werden dürften, der Etat des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg für diese Virusforschung von 1977 bis 1980 fast verdoppelt wurde; daß gerade dort, wo die Bundesrepublik weltweit eine der höchsten Krebssterberaten aufzuweisen hat – beim Prostatakrebs – erhebliche Forschungslücken bestehen; daß immer wieder die Wirkungen bereits bekannter Krebssubstanzen untersucht werden, aber die Fahndung nach weiteren äußerst dürftig bleibt. Kurz und gut, das Chemieland Bundesrepublik Deutschland leistet sich den Luxus einer teuren Krebsforschung, die sich aber nicht im Zentrum der wissenschaftlichen Front, sondern an der Peripherie der Probleme tummelt.

Während in anderen Ländern davon ausgegangen wird, daß wenigstens ¾ der Krebserkrankungen heutzutage vermeidbar wären, schwadronieren hierzulande hochkarätige Professoren herum, man müsse erst einmal die „Biologie des Alterns" klären statt nach weiteren Krebssubstanzen zu suchen (so Prof. Peter Koeppe im „Spiegel"). Oder so renommierte medizinische Fachzeitschriften wie die „Münchner Medizinische Wochenschrift" lullen ihr Publikum damit ein, es sei doch alles nicht so schlimm, der prozentuale Anteil an bösartigen Neubildungen bleibe bei uns bis zum Jahr 2000 bei 20%. Wobei diese 20%ige Sicherheit weder aus Kenntnissen über die Biologie des Alterns noch aus solchen über krebserregende Substanzen gewonnen wird, sondern einzig und allein aus – dem Altersaufbau der Bevölkerung.

Sicher lassen sich aus dem bloßen Sammeln weiterer krebserregender Substanzen nicht geradlinig Erkenntnisse über das Wesen der Krebskrankheit gewinnen. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wird dieses Faktensammeln den Interessen der Industrie geopfert, wird die Basis, auf der zum Wesen der Krankheit vorgedrungen werden soll, immer dürftiger, und empirisch nicht überprüfbare Spekulationen schießen ins Kraut. Humaner wäre es, den Weg über ein Verbot krebserregender Substanzen für die industrielle Nutzung zu gehen, um dann in einigen Jahren oder Jahrzehnten ein Absinken der Krebssterblichkeit nachweisen zu können, anstatt umgekehrt auf ein Ansteigen zu warten und sich den Weg wissenschaftlicher Erkenntnis mit Leichen pflastern zu lassen. In der Bundesrepublik, einem Spitzenland der Chemie, sucht man vergeblich nach wegweisenden Spitzenleistungen in der Verhinderung umweltbedingter Krebserkrankungen, im Gegenteil. Bevor

prozentuale Anteil an bösartigen Neubildungen bleibe bei uns bis zum Jahr 2000 bei 20%. Wobei diese 20%ige Sicherheit weder aus Kenntnissen über die Biologie des Alterns noch aus solchen über krebserregende Substanzen gewonnen wird, sondern einzig und allein aus – dem Altersaufbau der Bevölkerung.

Sicher lassen sich aus dem bloßen Sammeln weiterer krebserregender Substanzen nicht geradlinig Erkenntnisse über das Wesen der Krebskrankheit gewinnen. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wird dieses Faktensammeln den Interessen der Industrie geopfert, wird die Basis, auf der zum Wesen der Krankheit vorgedrungen werden soll, immer dürftiger, und empirisch nicht überprüfbare Spekulationen schießen ins Kraut. Humaner wäre es, den Weg über ein Verbot krebserregender Substanzen für die industrielle Nutzung zu gehen, um dann in einigen Jahren oder Jahrzehnten ein Absinken der Krebssterblichkeit nachweisen zu können, anstatt umgekehrt auf ein Ansteigen zu warten und sich den Weg wissenschaftlicher Erkenntnis mit Leichen pflastern zu lassen. In der Bundesrepublik, einem Spitzenland der Chemie, sucht man vergeblich nach wegweisenden Spitzenleistungen in der Verhinderung umweltbedingter Krebserkrankungen, im Gegenteil. Bevor

nicht in andern Ländern eindeutige Schritte unternommen worden sind, rührt sich bei uns gar nichts. Und wenn sich dann was rührt, sind es nur halbe Sachen, siehe Asbest-Verbot oder auch das Chemikaliengesetz. Erfolge sind natürlich nur zu erzielen, wenn der Industrie wehgetan wird. Wer will das schon?

Zum Abschluß noch einmal Egmont R. Koch: „Hierzulande sind die meisten metall- und speziell cadmiumverarbeitenden Betriebe in Nordrhein-Westfalen anzutreffen. Dort liegt die Prostatakrebsrate 12% über dem Bundesdurchschnitt und damit an der Spitze aller Bundesländer. Zufall?

Besonderer Aufmerksamkeit bedarf außerdem die Tatsache, daß im Tierversuch Eisenoxid-Staub die Wirkung von Benzpyren verstärkt. Dort, wo beide Schadstoffe zusammentreffen, ist das Lungenkrebsrisiko besonders hoch. Im Ruhrgebiet ist das in erster Linie im Raum Duisburg der Fall. Und dort erkranken und sterben die meisten Menschen an einem Bronchialkarzinom in ganz Nordrhein-Westfalen. Zufall?

Der Landkreis Euskirchen in Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch eine über dem Landesdurchschnitt liegende Lungenkrebsrate aus. Dort sind insgesamt sieben Papiermühlen angesiedelt. Zufall?"

Egmont R. Koch: Krebswelt, Kiepenheuer und Witsch 1981, 19,80 DM
Deutsche Forschungsgemeinschaft, Berufskrebsstudie 1981
Spiegel 1/82: Verwirrung über die Krebsgefahr
Münchner Medizinische Wochenschrift 123 (1981) Nr. 40 und 50/51
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.1.82, S. 21

Friedlicher Einheitsbrei

Was bots, Maffay, Danzer und Lindenberg gemeinsam haben

acm. Der „Musik-Express“ hatte einen mittelschweren Skandal beschworen, als Kritiker Bauduin der „bots“-LP „Entrüstung“ das Prädikat „mies“ verlieh. Leser protestierten in scharfen Worten über die „ungerechte Behandlung“. Bauduin schlug darauf nochmals zu:
„Ich wiederhole, daß ich diese mittlerweile zu Hymnen diverser Bewegungen aufgestiegenen Songs hinsichtlich Melodie, Rhythmus und Text für naiv, grobklotzig und auf Dauer sogar für gefährlich halte ... ‚Das ist Entrüstung, wir haben die Schnauze voll‘, singen die bots und mit ihnen mindestens weitere 140000, deren Wille zum Frieden unbezweifelbar ist. Aber wer entrüstet sich eigentlich nicht über Rü-

Ihr nicht
(Peter Maffay)

Seit ihr wirklich aggressiv
Hinterhältig und gemein
Wollt ihr Haß und Streit bis in alle Ewigkeit
Braucht ihr das zum Glücklichsein
Wer möchte denn den Krieg
Wer will den Sieg
Wer rüstet auf um jeden Preis
Ihr nicht
Das Thema ist euch viel zu heiß
(...)

Wo Häuser wegsaniert, einfach ausradiert werden,
Muß doch jemand schuldig sein
Ihr nicht
Das fiele euch im Traum nicht ein

Fünf vor zwölf, es ist höchste Zeit
Die Bombe fängt zu ticken an
Die Lunte brennt, keiner weiß Bescheid,
Wie man Bomben stoppen kann
Solange sich ein anderer euren Kopf zerbricht
Habt ihr keine Zeit zu ruh'n
Ihr nicht
Packt an, es gibt soviel zu tun

Träumt nicht, Schlaft nicht
Sagt nicht, ihr hättet nichts gewußt

stung, wer will nicht den Frieden? ... Die durch die bots untermalte Kollektiventrüstung degradiert den Friedenswillen zum Schlagwort.“

Bauduin kritisiert, die Lieder der bots wären so richtig zum Mitgrölen gemacht. Friedenslieder mit Marschmusiktönen zu unterlegen sei schon gefährlich. Abgesehen davon, daß rhythmusbetonte Elemente nicht per se das falsche Mittel sind, daß die Möglichkeit zum Mitsingen nicht sofort was Schlechtes sein muß, – mit dem einfachen Verweis, die Nazis hätten sich diese *Mittel* auch nutzbar gemacht, ist nicht viel getan – sind die Vorwürfe an die bots wohl gerechtfertigt. Bei-

(...)
Wo Häuser wegsaniert, einfach ausradiert werden,
Muß doch jemand schuldig sein
Ihr nicht
Das fiele euch im Traum nicht ein
Fünf vor zwölf, es ist höchste Zeit
Die Bombe fängt zu ticken an
Die Lunte brennt, keiner weiß Bescheid,
Wie man Bomben stoppen kann
Solange sich ein anderer euren Kopf zerbricht
Habt ihr keine Zeit zu ruh'n
Ihr nicht
Packt an, es gibt soviel zu tun
Träumt nicht, Schlaft nicht
Sagt nicht, ihr hättet nichts gewußt

stung, wer will nicht den Frieden? ... Die durch die bots untermalte Kollektiventrüstung degradiert den Friedenswillen zum Schlagwort.“

Bauduin kritisiert, die Lieder der bots wären so richtig zum Mitgrölen gemacht. Friedenslieder mit Marschmusiktönen zu unterlegen sei schon gefährlich. Abgesehen davon, daß rhythmusbetonte Elemente nicht per se das falsche Mittel sind, daß die Möglichkeit zum Mitsingen nicht sofort was Schlechtes sein muß, – mit dem einfachen Verweis, die Nazis hätten sich diese *Mittel* auch nutzbar gemacht, ist nicht viel getan – sind die Vorwürfe an die bots wohl gerechtfertigt. Bei-
spiel:

Komm feiern wir ein Friedensfest
und zeigen, wie sich's leben läßt
Mensch! Menschen können Menschen sein
das weiche Wasser bricht den Stein.

„Daß ‚das weiche Wasser den Stein bricht‘, wie die bots glauben machen wollen, ist geologisch richtig, historisch völlig unhaltbar. Wenn in der Geschichte Veränderungen stattfanden, dann staatlich verordnet oder aufgrund massiven ... Drucks“, stellt Bauduin richtig fest. Und hier liegt auch die reale Gefahr, denn die Methode, den minimalsten Nenner einer Bewegung zu fixieren, damit diese sich ihr eigenes Fixierbild zu Hause nochmal anhören kann, hat mit einer fortgeschrittenen künstlerischen Verarbeitung von politischen Kämpfen nichts mehr zu tun. Der Verweis auf die *Einheit der Bewegung* führt in dieser Form zu Begriffs- und Gedankenlosigkeit. Im übrigen ist sie nicht wahr. Die Friedensbewegung beispielsweise auf die Einheit des Krefelder Appells zu bringen, war und ist für manche politische Kräfte das Ziel, aber wohl nicht gelungen, was auch fatal wäre. Die bots sind dafür – nun, schlecht! Aber Probleme und Widersprüche untergehen zu lassen, um vermeintliche Einheit herzustellen, ist gefährlich.

Die bots sagen in ihren Liedern „Popmusikant“ und „Auf zum bots“, sie wollten Musik machen, damit das Volk aufsteht, mit einfachen Worten, nicht mit Gedichten. Der Widerspruch liegt aber nicht zwischen *einfachen* Worten und *Gedichten*, er liegt zwischen Platitüden und realen Anstößen oder Hinweisen. Natürlich soll, kann und muß ein Text nicht alle Fragen der Friedensbewegung behandeln oder die großen Handlungsanweisungen vermitteln. Aber etwas, wonach eine Bewegung nur noch tanzen und feiern kann, jemand außerhalb dieser Bewegung aber *nichts* mehr lernen kann, verfehlt völlig seinen Zweck.

Der Verdacht muß entstehen – hier ist etwas auf eine bestimmte Substanz zugeschnitten. Man könnte das, böswillig, auch geschicktes Marketing nennen. Der Eindruck entsteht vor allem dann, wenn man die erste bots-LP kennt (sie wurde von mir in der KVZ relativ positiv bewertet) und merkt, daß aus Ansätzen von Analysen „up to date“-Texte und die weitgehend musikalisch schlechte, nach dreimaligem Hören ausgeleierte zweite LP gewor-

Wozu sind Kriege da?
(Udo Lindenberg und Pascal)

Keiner will sterben, das ist doch klar,
wozu sind denn dann Kriege da?
Herr Präsident, Du bist doch einer von diesen Herren,
Du mußt das doch wissen
kannst Du mir das mal erklären?
Keine Mutter will ihr Kind verlieren
und keine Frau ihren Mann.
Also, warum müssen Soldaten losmarschieren?
Um Menschen zu ermorden – mach mir das mal klar,
wozu sind Kriege da?

Herr Präsident ich bin jetzt zehn Jahre alt

oder die großen Handlungsanweisungen vermitteln. Aber etwas, wonach eine Bewegung nur noch tanzen und feiern kann, jemand außerhalb dieser Bewegung aber *nichts* mehr lernen kann, verfehlt völlig seinen Zweck.

Der Verdacht muß entstehen – hier ist etwas auf eine bestimmte Substanz zugeschnitten. Man könnte das, böswillig, auch geschicktes Marketing nennen. Der Eindruck entsteht vor allem dann, wenn man die erste bots-LP kennt (sie wurde von mir in der KVZ relativ positiv bewertet) und merkt, daß aus Ansätzen von Analysen „up to date“-Texte und die weitgehend musikalisch schlechte, nach dreimaligem Hören ausgeleierte zweite LP gewor-

Wozu sind Kriege da?
(Udo Lindenberg und Pascal)

Keiner will sterben, das ist doch klar,
wozu sind denn dann Kriege da?
Herr Präsident, Du bist doch einer von diesen Herren,
Du mußt das doch wissen
kannst Du mir das mal erklären?
Keine Mutter will ihr Kind verlieren
und keine Frau ihren Mann.
Also, warum müssen Soldaten losmarschieren?
Um Menschen zu ermorden – mach mir das mal klar,
wozu sind Kriege da?

Herr Präsident ich bin jetzt zehn Jahre alt
und ich fürchte mich in diesem Atomraketenwald.
Sag mir die Wahrheit, sag mir das jetzt,
wofür wird mein Leben auf's Spiel gesetzt?
Und das Leben all der ander'n – sag mir mal warum!
(...)

Na ja, vielleicht kann ich's noch nicht verstehen,
wozu Kriege nötig sind.
Ich bin ja wohl noch zu klein,
ich bin ja noch ein Kind.

den ist. Bei der ersten LP konnte man meinen, da wären welche, die mal die Kämpfe unterstützen, die geführt werden. Aber jetzt sieht nur noch alles danach aus, als sollten bestehende Meinungen noch mal in Liedern aufgegossen werden. Nichts gegen Popularität und große Verbreitung. Aber etwas gegen nichtssagende Sprüche und flache Musik, die der Bewegung nur die notwendige *begleitende* Unterhaltung verschaffen sollen.

Wenn die bots in dieser Weise auf die Einheit der Bewegung abrauschen, müssen sie sich z.B. überhaupt nicht wundern, wenn beim Textvergleich nicht mehr rauskommt, als Georg Danzer, Peter Maffay oder Udo Lindenberg auch zu sagen haben. Und das ist für den heutigen Stand der Debatte

Entrüstung
(bots)

Die alten kalten Herrn des Wilden Westens
wolln keinen Krieg – so dicht vor ihrer Tür
die Kolonie Europa macht sich bestens
da kann man es vielleicht ja mal riskiern

Sie wolln bei uns Raketen stationieren
so werden wir zum Zielgebiet erklärt
jede Weltmacht kann die Welt zehnmal zerstören
und schreit: die andre kann es aber einmal mehr

Nach dem 10fachen Overkill
liegt alles strahlend da und still
solang noch Zeit ein Mensch zu sein
wolln wir es laut und lauter schrein:
Refr.: ...
Das ist Entrüstung – das ist Entrüstung
wir ham die Schnauze voll
(weil kein Krieg mehr kommen soll)
das ist Entrüstung – das ist Entrüstung
weil wir ohne Waffen Frieden schaffen wolln

Frieden
(Georg Danzer)

Ned nur i hab so a Angst
ned nur i hab so an Haß auf Euch
die ihr uns regiert's, tyrannisiert's
in Kriege führt's
wir san nur Dreck für euch
vier Milliarden Menschen,
vier Milliarden Träume
über die ihr lacht's
vier Milliarden Hoffnungen
die ihr mit einem Schlag zunichte macht's
und ihr baut's Raketen und Atomkraftwerke
und dann Bunker – wo ihr euch versteckt's
– aber diesmal, meine Herren, könnt's euch
sicher sein, daß ihr mit uns verreckt's
(...)

in großen Teilen des Volkes und in der Friedensbewegung selbst nun wahrlich nicht viel. Daß Maffay mit seinen Texten – perfekt auf seiner neuen LP „Ich will leben“ – auf alles draufspringt, was gerade „große Themen“ sind (vorwiegend seichte Bekenntnisabgabe), verwundert ja nicht. Daß

Refr.: ...
Das ist Entrüstung – das ist Entrüstung
wir ham die Schnauze voll
(weil kein Krieg mehr kommen soll)
das ist Entrüstung – das ist Entrüstung
weil wir ohne Waffen Frieden schaffen wolln

Frieden
(Georg Danzer)

Ned nur i hab so a Angst
ned nur i hab so an Haß auf Euch
die ihr uns regiert's, tyrannisiert's
in Kriege führt's
wir san nur Dreck für euch
vier Milliarden Menschen,
vier Milliarden Träume
über die ihr lacht's
vier Milliarden Hoffnungen
die ihr mit einem Schlag zunichte macht's
und ihr baut's Raketen und Atomkraftwerke
und dann Bunker – wo ihr euch versteckt's
– aber diesmal, meine Herren, könnt's euch
sicher sein, daß ihr mit uns verreckt's
(...)

in großen Teilen des Volkes und in der Friedensbewegung selbst nun wahrlich nicht viel. Daß Maffay mit seinen Texten – perfekt auf seiner neuen LP „Ich will leben“ – auf alles draufspringt, was gerade „große Themen“ sind (vorwiegend seichte Bekenntnisabgabe), verwundert ja nicht. Daß
Udo Lindenberg zur naiven Anmache neigt, ist auch bekannt. Daß Georg Danzer, nachdem er vor einigen Jahren den BKA-Werbesong abließ und reichlich unter Druck kam, nun auch den „Friedenswillen“ besingt, ist auch nicht unnormal. Wenn die bots sich hier inhaltlich einreihen lassen, als selbsternannte „politische Rockgruppe“, so zeigt das nur überdeutlich, daß in Sachen „Frieden“ zwar alle am Ball sind, allerdings ohne große Substanz.

„Was ich noch sagen will: sei nicht so lau und still“

Bettina Wegner auf Konzertreise

bed.Frankfurt. Das erste Mal hörte ich Bettina Wegner in einer Fernseh-Konzertaufnahme von deutschen Liedermacherinnen und Rocksängerinnen 1979 – da sagte sie, daß sie sich „freute“, als einzige Frau ein Ausreisevisum aus der DDR für dieses Konzert bekommen zu haben. Im letzten Jahr sah ich sie dann wieder in einer Fernsehsendung anläßlich der Berliner Funkausstellung, einer Diskussion über „die deutsche Frage“: da diskutierten viele Bekannte und Unbekannte aus westdeutscher Politik, Wissenschaft und Kultur darüber, wie die deutsche Teilung zu überwinden sei. Nach einem jener ekelhaften, demagogischen Beiträge von Mathias Walden für die „Brüder und Schwestern hinter dem Eisernen Vorhang, die für ihre politische Überzeugung ins Gefängnis gesperrt werden und unter schlimmen Haftbedingungen leiden“, war es ausgerechnet Bettina Wegner als einzige anwesende DDR-Bewohnerin, die als einzige die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik und die schamlose Doppelzüngigkeit von Walden angriff. Jetzt habe ich Bettina Wegner im ausverkauften Großen Saal der Frankfurter Alten Oper wieder gehört:

Im Urteil über ihre sängerischen Fähigkeiten kann man sich fast an ihre eigenen Worte halten: „... Wär meine Stimme nicht so laut, daß einem schon beim Hören graut ...“, hat sie sich zwar selber mal gewünscht, aber im Vordergrund ihres Konzertes stehen ihre Texte. Auch da gibt es „Kritiker“, die kennen von Bettina Wegner gerade noch „Sind so kleine Hände ...“, wie anderen bei Albrecht Dürer entweder nur die Betenden Hände oder der Hase in den Sinn kommen. Ebenso einfallslos finde ich es, Bettina Wegner den Titel ihrer neuen LP und Konzertreise generell zum Vorwurf zu machen (vgl. Titanic), denn – traurig war sie sowieso:

1947 geboren, erlernte B.W. den Beruf eines Bibliotheksfacharbeiters, besuchte von 1966 bis 1968 die Schauspielschule in Berlin. Ihr Protest gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR führte zur Exmatrikulation und Haftstrafe, die später ausgesetzt wurde. Sie arbeitete als Siebdruckerin, besuchte 1971/72 das Berliner Zentrale Studio für Unterhaltungskunst. Anschließend hatte sie zwei Veranstaltungsreihen in Berlin-Ost, die beide verboten wurden: „Eintopp“ mit Künstlern und Musikern, wurde von ihr moderiert: da lasen Stefan Heym, Christa Wolf, Thomas Brasch, Uwe und Hermann Kant. Weil

Im Urteil über ihre sängerischen Fähigkeiten kann man sich fast an ihre eigenen Worte halten: „... Wär meine Stimme nicht so laut, daß einem schon beim Hören graut ...“, hat sie sich zwar selber mal gewünscht, aber im Vordergrund ihres Konzertes stehen ihre Texte. Auch da gibt es „Kritiker“, die kennen von Bettina Wegner gerade noch „Sind so kleine Hände ...“, wie anderen bei Albrecht Dürer entweder nur die Betenden Hände oder der Hase in den Sinn kommen. Ebenso einfallslos finde ich es, Bettina Wegner den Titel ihrer neuen LP und Konzertreise generell zum Vorwurf zu machen (vgl. Titanic), denn – traurig war sie sowieso:

1947 geboren, erlernte B.W. den Beruf eines Bibliotheksfacharbeiters, besuchte von 1966 bis 1968 die Schauspielschule in Berlin. Ihr Protest gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR führte zur Exmatrikulation und Haftstrafe, die später ausgesetzt wurde. Sie arbeitete als Siebdruckerin, besuchte 1971/72 das Berliner Zentrale Studio für Unterhaltungskunst. Anschließend hatte sie zwei Veranstaltungsreihen in Berlin-Ost, die beide verboten wurden: „Eintopp“ mit Künstlern und Musikern, wurde von ihr moderiert: da lasen Stefan Heym, Christa Wolf, Thomas Brasch, Uwe und Hermann Kant. Weil
ein paar „Hingeschickte sich Notizen machten“, wurde die Reihe dichtgemacht, Bettina bekam „noch eine Gelegenheit“ im Weißenseer Jugendclub. Wieder lasen Jurek Becker und andere. „Der Eintopp hieß nun Kramladen und wurde ganz schnell aus technischen Gründen geschlossen ... Die Auftritte haben abgenommen seit dem Herbst 1976.“ (Sarah Kirsch über B.W.) – Dazugekommen sind jetzt ihre Auftritte im Westen. Keine Biographie, die zum Frohsein angetan wäre ...

Ob sie als „die beste Liedermacherin der DDR gelten darf“ (FAZ), weiß ich nicht, aber viele ihrer Texte sind eine gute Mischung aus ganz privater und öffentlicher Poesie wie ihr „Spruch fürs sozialistische Poesiealbum“ zeigt; der Spruch beginnt: „*Hätte ich Sehnsucht / wär es nach dir / Suchte ich Zuflucht / sucht ich bei dir ...*“ und endet: „*Hätt' ich ein Herz / würd' es zerbrechen / heute und hier.*“ Andeutungen an den „realen Sozialismus“. Und weil so viele ihrer Kollegen und Freunde nicht mehr in der DDR leben, hat, sie ein Lied geschrieben für ihre „weggegangenen Freunde“, aus dem zugleich deutlich wird, wie sie ihre Lage sieht: „*... Stille Statistik wird sich jetzt mit euch befassen / und doch habt ihr ein bißchen mehr verlassen / als euren Zorn und eure Bitterkeit. / Da war noch anderes, das lohnte / hier zu bleiben. / Ich meine alle, die euch wirklich brauchen / und jetzt in ihrer Trauer untertauchen / die euch noch folgen werden auf die gleiche Reise / ... Ich weiß nur sicher, daß ich bleiben mußte / daß unsre Ohnmacht nicht noch größer wird.*“ Das war 1978, und bereits zehn Jahre zuvor hatte sie den Grund für ihre zitierte Traurigkeit in einem Lied so angegeben: „*... Hab getan, was man nicht tut / hab's getan mit zuviel Mut / wäre nichts geschehn / wär ich heute schön / Klopft nicht mit der wunden Hand / gegen eine kalte Wand ...*“

Ihr Frankfurter Konzert „in diesem Protzpalast, den man nur besetzen kann“ (B.W.) war unzeitgemäß genau in dem Sinn, in dem der Kritiker der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Bettinas Anziehungs- und Überzeugungskraft wähnt: diese ihre „deutsche Biographie, die in ihren Liedern sichtbar wird“ ist stehengeblieben – irgendwann zwischen 1968 und 1978. Seit Bettina Lieder macht, pendelt sie zwischen „*Hat sich alles nicht gelohnt*“ (1968) und „*doch ihr schafft mich nicht / da bin ich mir ganz sicher. / Ich wünsche mir / ein guter Kommunist zu werden / und weiß auch, daß ich auf der richt'gen Seite steh*“ (1978). Dabei ist sie so unkonkret, daß sie heute wohl niemandem – außer vielleicht noch sich selber – weh tut. Als Bettina Wegner Ende der 60er Jahre ihre „Traurigkeit“ und auch Hafterfahrung in Lieder faßte, war die westdeutsche Linke weder gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR kampfbereit noch ein „Kind von Traurigkeit“; heute darf B.W. ihre Lieder im Westen singen, aber sie sind unaktuell, und da, wo sie „aktuel-

te sie den Grund für ihre zitierte Traurigkeit in einem Lied so angegeben: „*... Hab getan, was man nicht tut / hab's getan mit zuviel Mut / wäre nichts geschehn / wär ich heute schön / Klopft nicht mit der wunden Hand / gegen eine kalte Wand ...*“

Ihr Frankfurter Konzert „in diesem Protzpalast, den man nur besetzen kann“ (B.W.) war unzeitgemäß genau in dem Sinn, in dem der Kritiker der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Bettinas Anziehungs- und Überzeugungskraft wähnt: diese ihre „deutsche Biographie, die in ihren Liedern sichtbar wird“ ist stehengeblieben – irgendwann zwischen 1968 und 1978. Seit Bettina Lieder macht, pendelt sie zwischen „*Hat sich alles nicht gelohnt*“ (1968) und „*doch ihr schafft mich nicht / da bin ich mir ganz sicher. / Ich wünsche mir / ein guter Kommunist zu werden / und weiß auch, daß ich auf der richt'gen Seite steh*“ (1978). Dabei ist sie so unkonkret, daß sie heute wohl niemandem – außer vielleicht noch sich selber – weh tut. Als Bettina Wegner Ende der 60er Jahre ihre „Traurigkeit“ und auch Hafterfahrung in Lieder faßte, war die westdeutsche Linke weder gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR kampfbereit noch ein „Kind von Traurigkeit“; heute darf B.W. ihre Lieder im Westen singen, aber sie sind unaktuell, und da, wo sie „aktuel-
le“ Themen wie Umweltverschmutzung und Smogalarm aufgreifen, sind sie betulich, peinlich. Wenn Bettina dann in ihrem Jesus-Lied ausruft: „*Jesus war Pole und Jesus war rot / Mensch, Jesus, bleib oben / sonst schlagen sie dich tot!*“ werde ich noch einmal hellhörig, aber da kommt nichts mehr.

Bettina Wegner: Wenn meine Lieder nicht mehr stimmen, mit einem Vorwort von Sarah Kirsch, rororo 1980

Fernsehtip

Kurre
Die Bedingungen, unter denen sich Arbeiter bei den „Sklavenhändlern“ verdingen müssen, das ist das Thema des schwedischen Fernsehspiels, welches im Rahmen „Das Fernsehspiel des Auslands“ zu sehen ist. Kurre arbeitet für den Spediteur Sven. Dieser betreibt die Firma schwarz, zahlt keine Steuern und Sozialabgaben für die Arbeiter. Diese machen das Spiel nur mit, weil sie dadurch mehr verdienen. Dazu kommt die Arbeit: gepfändeten Leuten die Gegenstände mit sanfter Gewalt abzunehmen. Als Kurre sich schwer verletzt und der Chef nicht mehr zahlt, spitzt sich die Sache zu ...
Montag, 15.2., 21.20 Uhr im ZDF

Phantasten
In zwei Teilen wird das Fernsehspiel über die Krise einer Bank, die Machenschaften und der Zusammenbruch eines großen Bauunternehmens und die Taten eine Politikers wiederholt. Es geht um Korruption, Schieberei, Satellitenstadt, Bürgerinitiative und Arbeitsplätze.
Donnerstag, 18.2., 23.00 Uhr und Freitag, 26.2., 23.00 Uhr im ARD

Nacht der Lieder
Wer Liedermacher hören will: Chris de Burg, B. Wegner, G. Moustaki, L. Hirsch, A. Branduardi, G. Danzer und K. Wecker tun.
Freitag, 19.2., 22.20 Uhr im ZDF

Aus der Geschichte der Arbeit
Leider *nur im WDR* läuft schon seit dem 7.2. diese Serie mit dokumentarischen Filmen über Arbeit und Arbeitsbedingungen. 14.2.: Sklavenarbeit im Rom der Kaiserzeit – 21.2.: Leben und Arbeit der Bauern im späten Mittelalter – 28.2.: Zünftiges Handwerk und Manufakturen – 7.3.: Hausbandweber und Textilfabriken im Tal der Wupper – 14.3.: Arbeit auf der Zeche und im Stahlwerk – 21.3.: Menschliche Arbeit und Automation – 28.3. Arbeit in der Planwirtschaft.
Jeweils Sonntags, 20.15 Uhr, im WDR